

Jahrestagung

Öffentliche Wissenschaft

Großer Konvent der Schader-Stiftung

Dokumentation der Jahrestagung am 20. November 2015

Schader-Stiftung (Hrsg.)



Schader Stiftung

Jahrestagung

Öffentliche Wissenschaft

Großer Konvent der Schader-Stiftung

Dokumentation der Jahrestagung am 20. November 2015

Schader-Stiftung (Hrsg.)



Schader Stiftung

Herausgeber

Schader-Stiftung
Goethestraße 2, 64285 Darmstadt
Telefon 0 61 51 / 17 59 - 0
Telefax 0 61 51 / 17 59 - 25
kontakt@schader-stiftung.de
www.schader-stiftung.de

Redaktion

Alexander Gemeinhardt (verantwortlich), Peter Lonitz

Texte

Elena Albrecht, Monika Berghäuser, Tyll Birnbaum, Sebastian Fellner,
Alexander Gemeinhardt, Alina Gute, Peter Lonitz, Kirsten Mensch,
Alice Pawlik, Natascha Riegger, Tobias Robischon, Aaron Szczerba

Korrektorat

Monika Berghäuser, Alla Stoll

Photographie

Christoph Rau, Darmstadt

Satz

Ph. Reinheimer GmbH, Darmstadt

Gestaltung und Herstellung

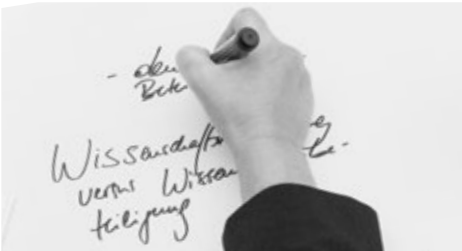
Ph. Reinheimer GmbH, Darmstadt

Alle Rechte vorbehalten

ISBN 978-3-932736-45-2



Dezember 2015



Inhaltsverzeichnis

1

7 **Einleitung**

2

13 **Programm**

3

19 **Keynote**

4

31 **Dialog-Cafés**

5

75 **Resümee**

6

79 **Biogramme der Teilnehmenden**

7

103 **Wahl zum Kleinen Konvent**

„Öffentliche Wissenschaft“ haben wir als Leitwort für den dritten Großen Konvent der Schader-Stiftung angeboten und damit eine vielfältige Resonanz hervorgerufen. Diese äußert sich nicht nur in der großen Beteiligung, sondern auch in vielen Anregungen, Widersprüchen, Nachfragen und Ideen, mit denen die Teilnehmenden des Großen Konvents und viele weitere der Schader-Stiftung verbundene Personen uns in den vergangenen Monaten konfrontiert haben.

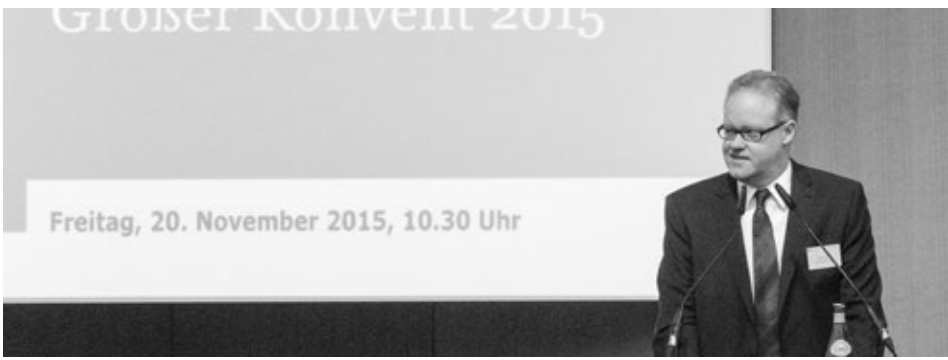
Dabei ist offenkundig aufgenommen worden, dass die Schader-Stiftung eine „Öffentliche Wissenschaft“ nicht ausschließlich als Wissenstransfer und schon gar nicht ausschließlich als Wissenschafts-PR begreift, wenn auch beides konstitutive Elemente einer öffentlich diskussionsfähigen Wissenschaft sind. Wir haben mit dieser Einladung weit früher angesetzt und sind der Frage nachgegangen, wie sich Gesellschaftswissenschaften im Dialog mit der Praxis als Öffentliche Wissenschaft entwickeln können.

Mit der „Werkstatt Öffentliche Wissenschaft“ im März dieses Jahres haben wir den Spannungsbogen eröffnet, der die Schader-Stiftung bereits weitaus länger beschäftigt; eigentlich von Anfang an. Denn natürlich ist die Frage nach „Öffentlicher Wissenschaft“, zumal nach *guter* „Öffentlicher Wissenschaft“, eine zentrale Frage, die den Stifter und seine Stiftung seit mehr als einem Vierteljahrhundert umtreibt. Was ist der Gedanke, Gesellschaftswissenschaften und Praxis in den Dialog zu bringen, diesen Dialog zu initiieren, zu fördern, zu stärken, manchmal auch massiv einzuklagen, dazu die Errichtung eines Stiftungszentrums für ebendiesen Dialog – was ist das anderes als das kontinuierliche und ehrliche und zuweilen aufreibende Ringen um eine „Öffentliche Wissenschaft“, die auf beiden Seiten Engagement fordert: In der Öffentlichkeit, in dem, was wir bei aller Trennschärfe als Praxis bezeichnen, die Bereitschaft, dass sich Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft auf den Eros der Wissenschaft, auf die Faszination der Erkenntnis und die Notwendigkeit, überkommene Gewissheiten zu hinterfragen, einlassen. Und im Sektor der Wissenschaft auf die legitimen Interessen der Gesellschaft an guter Forschung, auf die Kompetenz der Praktikerinnen und Praktiker in ihren verantwortungsvollen Handlungsfeldern und die Innovationskraft von ökonomischer wie auch ideeller Vernunft.

Die Schader-Stiftung hat ihre Projektarbeit schon vor längerer Zeit mit fünf Begriffen umschrieben, die als implizites Modell nach wie vor handlungsleitend sind:

- Initiieren: Fragen stellen und Ideen auf den Weg bringen
- Kommunizieren: Akteure aus Wissenschaft und Praxis zusammenbringen
- Moderieren: Entscheidungs- und Umsetzungsprozesse fördern
- Evaluieren: nach Ergebnissen fragen
- Publizieren: Ideen, Erfahrungen und Ergebnisse verbreiten

Mögen auch neue Themen mit der Zeit aufscheinen und andere in den Hintergrund treten, Methoden sich als mehr oder weniger tauglich erweisen und deshalb im Sinne der Sache weiter entwickelt werden, so bleiben für die Schader-Stiftung die Abläufe dahingehend konstant, dass sie Menschen sucht, die zur richtigen Zeit die richtigen Fragen stellen und sich selbst befragen lassen. Dies ist nicht zuletzt das Kernanliegen des Großen Konvents als zentralem Beratungsgremium der Schader-Stiftung. Wir sind mit der „Öffentlichen Wissenschaft“ also mittendrin im Auftrag der Schader-Stiftung.



Erstmals haben wir 2013 zum Jubiläum der Schader-Stiftung diesen Konvent einberufen und über „25 Jahre Dialog zwischen Gesellschaftswissenschaften und Praxis“ verhandelt. Im vergangenen Jahr haben wir uns mit einer großen Zahl an Expertinnen und Experten dem Thema der „Nachhaltigkeit im Dialog“ gewidmet. 130 Personen sind der Einladung zum Großen Konvent 2015 gefolgt, etliche haben sich mit großem Bedauern entschuldigen lassen müssen und sich zum Teil bereits im Vorfeld mit Diskussionsbeiträgen zu Wort gemeldet. Wiederum wurden neben Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus der Soziologie, aus der Politik- und der Kommunikationswissenschaft, aus historischen, juristischen und ökonomischen Fächern, der Geographie, Theologie und Psychologie auch Vertreterinnen und Vertreter verschiedenster Praxisfelder eingeladen. Ihnen ist besonders dafür zu danken, dieses vordergründig wissenschaftslastige Thema aus ihrer Sicht mit zu beleuchten.

Wir unsererseits sind dankbar, dass so viele Personen bereit sind, mit ihrer Zeit, ihren Ideen und Anregungen und ihrer kritischen Begleitung im Horizont der Schader-Stiftung mitzudenken. Einige wurden im Vorfeld wie in den vergangenen Jahren gebeten, mit Impulsen die jeweiligen Sessions der Dialog-Cafés zu eröffnen. Diese 18 Impulsreferate beschreiben schon einen guten Teil der vielfältigen Zugänge zum Thema. Etliche der Impulsgeberinnen und Impulsgeber haben bereits langjährige oder auch recht frische Verbindungen zur Schader-Stiftung; dies war sicher eine gute Grundlage für die fruchtbaren Diskussionen.

Besonders dankbar ist die Schader-Stiftung, dass der ehemalige Exekutivdirektor des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP), Bundesminister a.D. Professor Dr. Dr. h.c. mult. Klaus Töpfer, Zeit gefunden hat, mit seiner Keynote am Großen Konvent mitzuwirken. Auch wenn mit dem Thema Nachhaltigkeit, das die Schader-Stiftung seit einiger Zeit stark beschäftigt, ein Lebensthema von Professor Töpfer angesprochen wird, haben wir ihn zum Thema „Öffentliche Wissenschaft“ gerade auch aufgrund seiner Erfahrungen als Gründungsdirektor des Institute for Advanced Sustainability Studies (Potsdam) eingeladen, das sich zum Ziel gemacht hat, relevante Formen des Wissens interdisziplinär und intersektoral zusammenzuführen. Die Keynote dokumentieren wir in diesem vorliegenden Band ebenso wie als Videomitschnitt auf der Webseite der Schader-Stiftung. Online ist auch in Auszügen die anschließende Podiumsdiskussion mit Professor Töpfer, dem Vorsitzenden der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, Professor Dr. Stephan Lessenich, und der Parlamentarischen Staatssekretärin beim Bundesminister für Wirtschaft und Energie, Brigitte Zypries MdB, zu sehen. Moderator des Großen Konvents war der Journalist Pitt von Bebenburg, Korrespondent der Frankfurter Rundschau in der Landeshauptstadt Wiesbaden.

In der bereits erwähnten und schriftlich dokumentierten „Werkstatt Öffentliche Wissenschaft“ hat sich die Schader-Stiftung im Vorfeld auf die Suche begeben nach tragfähigen Konzepten des Dialogs, die gesellschaftlich relevante Fragen aufgreifen

und verschiedenen Sphären des Denkens und Handelns Raum und Gewicht geben. Dabei sind wir von der Beobachtung ausgegangen, dass das Interesse an den Folgen, Ergebnissen, Prozessen und Motivationen von Forschung in der Gesellschaft steigt. Mit der Möglichkeit der Kommunikation und Diskussion von Wissenschaft in weiten Milieus steht Wissenschaft stärker denn je im öffentlichen Fokus.

Die „Leitlinien zur guten Wissenschafts-PR“, die der Bundesverband Hochschulkommunikation und die Initiative „Wissenschaft im Dialog“ jüngst in die Arbeit des Bundestagsausschusses für Bildung, Forschung und Technologiefolgenabschätzung eingebracht haben, halten fest, dass sich zwar Bürgerinnen und Bürger aus der immer weiter differenzierten Wissenschaftskommunikation ausklinken, während andere „ein neues, kritisches Bewusstsein gegenüber der Wissenschaft“ entwickeln: „Immer mehr Menschen sehen sich nicht nur als Nutzer oder Rezipienten, sondern als Akteurinnen und Akteure. Sie wollen Einfluss nehmen.“

Das Interesse an Wissenschaft geht also weiter als die Nachfrage nach Erkenntnis und Lösungen. Vielmehr deuten sich dialogische Prozesse an, in denen die Nachfrage nach Wissenschaft, der Anspruch an Wissenschaft und das Angebot eines Gesprächs von Seiten der Praxis korrespondieren könnte mit der entsprechenden Kommunikation der Wissenschaft zur Praxis. Wo bestehen Probleme, Gegenstände, Konflikte? Welche Erwartungen hat Gesellschaft, haben Gesellschaften an Wissenschaft, an Wissenschaften?

Über den Wissenstransfer geht das, was unter „Öffentlicher Wissenschaft“ zu bedenken ist, also hinaus. Im Dialog, für den die Schader-Stiftung im Bereich der Gesellschaftswissenschaften in besonderer Weise steht, erschöpft sie sich allerdings auch nicht. Deshalb setzt der Hebel des Großen Konvents auch an anderen Stellen an. Wir fragen mit Ihnen gemeinsam nach der Ausbildung der Menschen, die Öffentliche Wissenschaft betreiben sollen und wollen. Wo werden ihnen die Räume für Ideen, Projekte und Formate geöffnet? Wo erweist sich allerdings der Dialog mit der Praxis als kontraproduktiv für die eigene Karriere und das eigene Projekt? Es stellt sich die Frage der Beteiligung an der Beauftragung von Wissenschaft seitens der Gesellschaft ebenso wie jene nach der Identifikation von Gegenständen wissenschaftlicher Debatten und Forschungen und den Interessen der Akteurinnen und Akteure gesellschaftlicher Gruppen. Die Interessen von Öffentlichkeiten orientieren sich jedenfalls nicht immer und nicht nur am Impact, sondern auch an einem Public Value. All diese Fragen spiegeln sich in den Berichten aus den sechs parallelen Dialog-Cafés, die in drei aufeinanderfolgenden Sessions zunächst methodischen Zugängen, im zweiten Schritt den Folgen und zuletzt möglichen Visionen Öffentlicher Wissenschaft nachgegangen sind.

Stiftungen haben als unabhängige Akteure eine besondere Verantwortung in diesem Prozess und sind in der Lage, Angebote zu machen, die über die Horizonte anderer Einrichtungen hinausgehen können und sollten. Die Stellungnahme der Nationalen Akademie der Wissenschaften Leopoldina, der Deutschen Akademie der Technikwissenschaften (acatech) sowie der Union der deutschen Akademien der Wissenschaften nehmen in ihren Empfehlungen an den oben bereits genannten Bundestagsausschuss im Juni 2014 auch Stiftungen in den Blick und schreiben ihnen beispielsweise in Bezug auf den Wissenschaftsjournalismus ins Stammbuch: „Stiftungen in Deutschland sind aufgefordert, ein künftiges Engagement in der nachhaltigen Förderung des Qualitätsjournalismus zu prüfen. Dies gilt insbesondere für Stiftungen, die sich satzungsgemäß mit der Stärkung der demokratischen Strukturen beschäftigen, aber auch für jene, die sich der Stärkung von Bildung und Wissenschaft, Forschung und Technologie in Deutschland verschrieben haben.“ Deshalb wird die Wissenschaftskommunikation einer der roten Fäden sein, die den Großen Konvent durchziehen.

Mit der Einladung an Personen und Institutionen, die durch ihren Kontakt mit der Schader-Stiftung bereits Engagement in dieser Form der Kooperation gezeigt haben, stellen wir die programmatische Arbeit der Stiftung weiter auf eine breite Basis. Durch die zeitnahe Dokumentation werden die Diskussionen des Großen Konvents für weitere Interessentinnen und Interessenten anschlussfähig. Deshalb dient diese Dokumentation nicht zuletzt als Anregung, bei und mit der Schader-Stiftung tätig zu werden. Dieses Angebot gilt grundsätzlich allen potentiellen Kooperationspartnern, die im Konzept des Dialogs zwischen Gesellschaftswissenschaften und Praxis ein probates Mittel sehen, um die Wissenschaft zu fördern und das Gemeinwesen zu bereichern.

Das Konventsthema „Öffentliche Wissenschaft“ hat das Jahr 2015 geprägt. Dabei kam vieles an die Oberfläche, was dem Stifter Alois M. Schader seit einem Vierteljahrhundert als Antrieb der Schader-Stiftung vor Augen steht; wissenschaftliche Expertise mit der Praxis in den Dialog zu bringen und aus den gesellschaftlichen Anforderungen und Realitäten heraus Zutrauen zur Lösungsfähigkeit wissenschaftlicher Ansätze zu entwickeln. Im vorliegenden Band dokumentieren wir den Großen Konvent 2015. Die Kolleginnen und Kollegen der Schader-Stiftung waren als Moderatorinnen und Protokollanten tätig – vor allem aber als jene, die sehr genau hingehört und dokumentiert haben, was die Aufgaben der Zukunft sein können im Dialog zwischen Gesellschaftswissenschaften und Praxis. Die Mitglieder des Kleinen Konvents haben ihre spezielle Funktion der Berichterstattung aus den Dialog-Cafés wahrgenommen und werden mit der Auswertung dieses und der Vorbereitung des nächsten Großen Konvents die Arbeit der Schader-Stiftung weiter begleiten.

Auch das kommende Jahr 2016 wird wieder unter einem Konventsthema stehen, das die laufenden Projekte rahmt und zum Großen Konvent im November 2016 hinführen soll: **Kulturelle Praktiken 4.0 – Verführung oder Selbstbestimmung?**

Dem Kleinen Konvent als Wissenschaftlichem Beirat, dem Stiftungsrat und nicht zuletzt dem Stifter ist zu danken für die Beharrlichkeit, diesen Dialog zwischen Gesellschaftswissenschaften und Praxis immer wieder einzufordern, anzuregen und ihm den notwendigen Raum zu verschaffen.



Alexander Gemeinhardt
Vorsitzender des Vorstands
Direktor des Stiftungszentrums

- 9:30 - 10:30 Uhr **Galerie**
*Führungen in der Galerie der Schader-Stiftung:
DIALOGE 03 „Transit: Orte“*
- 10:30 - 10:40 Uhr **Begrüßung**
*Alexander Gemeinhardt,
Vorsitzender des Vorstands der Schader-Stiftung*
- 10:40 - 11:30 Uhr **Keynote**
*Bundesminister a.D. Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Klaus Töpfer,
ehem. Exekutivdirektor des Institute for Advanced Sustainability
Studies e.V. (IASS), Potsdam*
- 11:30 - 12:15 Uhr **Aussprache**
*Prof. Dr. Stephan Lessenich
Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Klaus Töpfer
Parl. Staatssekretärin Brigitte Zypries MdB*
Gesamtmoderation
*Pitt von Bebenburg,
Frankfurter Rundschau - Landesbüro Hessen, Wiesbaden*
- 12:15 - 12:30 Uhr **Wahl**
**Erläuterung des schriftlichen Verfahrens und Vorstellung der
Kandidierenden für den Kleinen Konvent (Wissenschaftlicher
Beirat) der Schader-Stiftung**
- 12:30 - 13:30 Uhr Mittagessen
- ab 13:30 Uhr **Dialog-Cafés**
Dialog-Café 1 Aufgabe / Vergabe
*Es ist sowohl notwendig wie möglich, die Themenstellungen von Forschung
sowie die Finanzierung von Wissenschaft zu demokratisieren.*
Dialog-Café 2 Partizipation
*In der reflexiven Moderne geht es nicht mehr darum ob, sondern wie eine
sinnvolle Partizipation zwischen Wissenschaft und „ihren“ Öffentlichkeiten
stattfinden kann.*
Dialog-Café 3 Strukturen
*Strukturen des Wissenschaftssystems und der gesellschaftlichen Sektoren sind
nicht notwendigerweise auf Vermittlung angelegt. Öffentliche Wissenschaft
benötigt Strukturen des gegenseitigen Interesses, Vertrauens und verlässlichen
Dialogs.*
Dialog-Café 4 Koproduktion
*Die Koproduktion wissenschaftlicher Erkenntnis einerseits durch Wissenschaft-
lerinnen und Wissenschaftler, andererseits durch Laien, die an intensiver
Erkenntnisgewinnung interessiert sind und Expertise in ihrem jeweiligen
Praxisfeld aufweisen, ist ein Element Öffentlicher Wissenschaft.*

Dialog-Café 5 Transfer

Wissenstransfer verläuft nicht als linearer Prozess, sondern als interaktiver, wechselseitiger und rückgekoppelter Prozess zwischen Wissenschaft und Praxis. Ein erfolgreicher Transfer setzt voraus, dass gesellschaftliche Fragestellungen und Forschungsinteressen aus Sicht der Praxis bereits von Beginn an in ein Projekt integriert werden.

Dialog-Café 6 Kommunikation

Methoden der Kommunikation und Ansprüche der Medien üben unterschiedlichen Einfluss auf die Wissenschaft aus. Die Reduzierung wissenschaftlicher Erkenntnisse auf das medial Vermittelbare führt zu Konsequenzen im ökonomisierten Wissenschaftsbetrieb.

13:30 - 14:15 Uhr

Session 1

Dialog-Café 1

Prof. Dr. Stefan Selke, Hochschule Furtwangen

Durch welche Maßnahmen kann sichergestellt werden, dass beim Agenda-Setting und der Themenwahl in der Forschung auch außerwissenschaftliche Interessen berücksichtigt werden?

Dialog-Café 2

Dr. Sergio Bellucci, Zentrum für Technologiefolgen-Abschätzung, Bern

Wenn der Partizipationsbegriff im Zentrum einer dialogischen Orientierung steht, wie gelingt es dann zu gewährleisten, dass die Inklusion wissenschaftsexterner Akteure, beispielsweise aus den Bereichen Politik und Zivilgesellschaft, in wissenschaftliche Arbeit nicht nur als Legitimationsprozess wissenschaftlicher Forschung verstanden wird, sondern einen produktiven Öffnungsprozess der Wissenschaft und ihrer Arbeit nach sich zieht?

Dialog-Café 3

Dr. Ulrich Schreiterer, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung

Welche Strukturen Öffentlicher Wissenschaft sind tragfähig? Wo funktionieren personale oder strukturelle Verbindungen zur Etablierung und Unterstützung Öffentlicher Wissenschaft? Was sind Kriterien funktionierender Strukturen über die Grenzen von Disziplinen, Sektoren und Generationen hinaus?

Dialog-Café 4

Peter Zoche, Fraunhofer-Institut für System- und Innovationsforschung (ISI), Karlsruhe

Wie sehen wissenschaftliche Koproduktionsprozesse aus? Welche Rolle können Laien oder Reallabore hierbei spielen? Welche Aufgaben fallen den Berufs-Wissenschaftlern zu?

Dialog-Café 5

Wiebke Drews, European University Institute, Florenz

Wenn von Beginn eines Forschungsprojekts an Wissenstransfer als wesentlicher Bestandteil von Öffentlicher Wissenschaft im Sinne eines transdisziplinären Diskurses mit der Gesellschaft gesehen wird, stellt sich die Frage, wie die Vermittlung von Wissenschaft gewährleistet werden kann. Welche Schritte sind notwendig, um Wissen in die Öffentlichkeit zu transferieren?

Dialog-Café 6

Dr. Alexander Deppert, alias Alex Dreppel / Science Slam, Darmstadt

Wie kommunizieren Gesellschaftswissenschaftler? Benötigen sie überhaupt Wissenschaftsjournalismus? Wie entsteht wissenschaftliche Realität zwischen reiner Informationsversorgung und Einflussnahme auf gesellschaftliches Bewusstsein und Machtstrukturen?

14:15 - 14:30 Uhr

Pause

14:30 - 15:15 Uhr

Session 2

Dialog-Café 1

Thorsten Witt, Wissenschaft im Dialog gGmbH, Berlin

Wie könnte eine Auswahl von Forschungsthemen mittels demokratischer Verfahren erfolgen – und welche praktischen Folgen sind davon zu erwarten?

Dialog-Café 2

Prof. Dr. Caroline Y. Robertson-von Trotha, Karlsruher Institut für Technologie (KIT)

Welche Folgen hat die Einbindung von Laien in den Wissenschaftsprozess? Inwieweit können derartige Verfahren, beispielsweise Bürgerdialogverfahren, mehr sein als Wissensvermittlung? Welche partizipativen Forschungsmethoden sind hier zielführend?

Dialog-Café 3

Staatssekretär a.D. Prof. Dr. Joachim-Felix Leonhard, Vorsitzender des Stiftungsrats der Schader-Stiftung

Wie verändern sich Wissenschaftsförderung und die Ansprüche an Wissenschaft, wenn Wissenschaft von Anfang an für die Praxis entwickelt, gefordert und gefördert wird und in ihrem Effekt auf den Austausch und die Wirkung in die Gesellschaft und mit der Praxis zielt?

Dialog-Café 4

Prof. Dr. Ulrike Gerhard, Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg

Welche Auswirkung hat das gemeinsame Erarbeiten wissenschaftlicher Erkenntnis für deren Qualität und Komplexität? Wird es hier zu Verbesserungen kommen, weil ein Mehr an Erfahrung und eine Vielfalt an Expertise beteiligt sind? Oder sinkt das wissenschaftliche Niveau, weil es durch die Einbeziehung von Laien zu Komplexitätsreduzierungen kommen muss?

Dialog-Café 5

Prof. Dr. Heinz Bude, Universität Kassel

Wenn ein erfolgreicher Transfer voraussetzt, dass gesellschaftliche Fragestellungen und Forschungsinteressen aus Sicht der Praxis bereits von Beginn an in ein Projekt integriert werden, stellt sich auch die Frage, welche positiven und negativen Folgen damit verbunden sind. Was bedeutet diese Ausrichtung für das Wissenschaftsverständnis? Können Gesellschaftswissenschaftlerinnen und Gesellschaftswissenschaftler die Vermittlung von Wissen überhaupt leisten?

Dialog-Café 6

Prof. Dr. Irene Neverla, Universität Hamburg

Was muss sich die Wissenschaft zunutze machen, um ihre Themen wirksam in die Gesellschaft und in die Praxis zu verbreiten? Welche Akteure müssen gefunden, welche Strategien entwickelt werden? Ob als Bürger und Forscher (und zunehmend als „Experte“), Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sollten ihre Rolle in der Öffentlichkeit deutlich kommunizieren.

15:15 - 15:30 Uhr

Pause

15:30 - 16:15 Uhr

Session 3

Dialog-Café 1

Dr. Steffi Ober, Zivilgesellschaftliche Plattform Forschungswende, Berlin

Die Wissenschaft sollte die Bürgerinnen und Bürger dazu ermächtigen, informierte und kluge Entscheidungen im Sinne des Gemeinwohls zu treffen. Wie können mehr Transparenz und eine stärkere Demokratisierung in der Vergabe öffentlicher Mittel für Wissenschaft und Forschung zu diesem Ziel beitragen?

Dialog-Café 2

Dr. Harald Wilkoszewski, Population Europe, Brüssel

Welche Auswirkungen hat die Integration außerwissenschaftlicher Akteure in Partizipationsprozesse auf die Wissenschaft? Wie könnten sich in diesem Zusammenhang neue Formen von Beteiligung darstellen? Wo zeichnen sich Grenzen einer solchen Einbeziehung ab?

Dialog-Café 3

Bundesminister a.D. Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Klaus Töpfer

Was würde passieren, wenn die Strukturen, Bedingungen und Möglichkeiten Öffentlicher Wissenschaft transparent würden? Was wäre geschehen, wenn für den Rezipienten, die Dialogpartnerin, die Nutznießenden von Wissenschaft die Wege zu guter Forschung und Lehre und zurück in die Gesellschaft nachvollziehbar, partizipativ und luzide wären?

Dialog-Café 4

Michael Wihlenda, Weltethos-Institut an der Universität Tübingen

Wie sähe Wissenschaft aus, wenn sie grundsätzlich weitere Partner in Koproduktionsprozessen einbezieht, nämlich am Thema interessierte Nicht-Wissenschaftler, Vertreterinnen bestimmter gesellschaftlicher Gruppen oder durch Zufallsprinzip gefundene Laien? Unter welchen Bedingungen und in welchen Grenzen ist eine solcherart gemeinsam betriebene Wissenschaft sinnvoll?

Dialog-Café 5

Prof. Dr. Thomas Pleil, Hochschule Darmstadt

Wenn Wissenstransfer nicht als linearer Prozess abläuft, sondern eines interaktiven und wechselseitigen Vermittlungsmoments bedarf, stellt sich die Frage, wie ein erfolgreicher Transfer im transdisziplinären Diskurs mit der Gesellschaft zukünftig gestaltet werden könnte. Wie sähe Wissenschaft aus, wenn sie von Beginn an Fragestellungen und Forschungsinteressen aus Sicht der Praxis integrieren würde? Inwiefern könnten beispielsweise digitale Kommunikations- und Austauschplattformen oder Open-Science- und Open-Source-Projekte vermittelnd wirken?

Dialog-Café 6

Volker Stollorz, Science Media Center Germany gGmbH, Köln

Welche Rolle spielt die mediale Berichterstattung für die Wissenschaft selbst und für die Zusammenarbeit von Journalisten und Wissenschaftlern? Wie müssen beide Disziplinen angesichts der zunehmenden Ökonomisierung ihrer Disziplinen miteinander kommunizieren, um weiterhin einen nützlichen Beitrag für die Gesellschaft zu leisten?

16:15 - 16:30 Uhr

Pause

16:30- 17:15 Uhr

Plenum

Statements der Mitglieder des Kleinen Konvents (Wissenschaftlicher Beirat) zur Weiterführung der Arbeit des Großen Konvents

Diskussion der Resümees aus den Dialog-Cafés

17:15 - 17:30 Uhr

Stiftungsratsleitung Gratulation an die neuen Mitglieder des Kleinen Konvents

Staatssekretär a.D. Prof. Dr. Joachim-Felix Leonhard,
Vorsitzender des Stiftungsrats

Vorstand Verabschiedung

17:30 - 21:00 Uhr

Jazz-Lounge

20 **Öffentliche Wissenschaft im Anthropozän**

Bundesminister a.D. Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Klaus Töpfer

Der Große Konvent der Schader-Stiftung 2015 wurde mit einer Keynote von Klaus Töpfer eröffnet, die unter www.schader-stiftung.de/GrKo15 für Sie als Aufzeichnung zur Verfügung steht.



Öffentliche Wissenschaft im Anthropozän

*Keynote anlässlich des Großen Konvents der Schader-Stiftung am 20. November 2015.
Dieser leicht überarbeitete Text beruht auf dem Transkript des Vortrags.*

Einen schönen guten Morgen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, sehr geehrter Herr Schader, Herr Gemeinhardt, Herr Oberbürgermeister, Abgeordnete. Zunächst möchte ich mich herzlich dafür bedanken, dass Sie mich eingeladen haben.

Ich muss wahrscheinlich zu meiner Schande gestehen, ich bin zum ersten Mal in dieser Stiftung. Nachdem ich mich etwas vorbereitet habe, weiß ich, das ist wohl wirklich eine Schande, zum ersten Mal hier zu sein. Umso mutiger sind diejenigen, die mich dann auch eingeladen haben. Ich habe als Wehrpflichtiger bei der Bundeswehr den schönen Satz gelernt, dass der Mut des Unteroffiziers die Unkenntnis der Gefahr ist. Also diesen Mut des Unteroffiziers müssen Sie nun ertragen.

Dafür haben Sie aber eine andere Sache gut abgearbeitet. Sie haben sich sicherlich gesagt, ein Pensionär muss sein, der hat nicht die Begründung, „dienstliche Verpflichtungen“ vorzuschieben. Das geht beim Pensionär nicht mehr. Und nach etwa sechs Wochen in diesem Zustand, den man gewöhnlich den Ruhestand nennt, bin ich durchaus ohne jede Möglichkeit, einmal Zugesagtes abzusagen. Das ist eine Schwierigkeit, ich sage das den jungen Leuten, je älter man wird, umso schwerer wird es, eine Einladung abzusagen. Das „Nein“ geht einem verdammt schwer von der Zunge, denn man weiß nie genau, ob man nochmals eingeladen wird. Und deswegen nimm mit, was du so kriegst. Und das war sicherlich ein Fehler, denn wenn Sie das einmal gemacht haben, sitzen Sie in der Kette der „Jas“ fest.

Sie haben mich in der Begrüßung freundlicherweise als einen Grenzgänger bezeichnet. Ich bezeichne mich immer als Hybrid. Ein Hybrid, also jemand, der viele Jahre seines Lebens Politik betrieben hat, der aber davor Hochschullehrer war und hinterher so etwas weitergemacht hat als Hybrid. Das war ja nicht zufällig, dass man dieses Institute for Advanced Sustainability Studies mit jemandem an der Spitze besetzt hat, der von beiden Seiten etwas dazu sagen kann. Wobei, auch das als Warnung an die Jüngeren hier, Hybrid ist ein gefährliches Dasein. Sie kennen den schönen Satz von dem singenden Fußballspieler. Die Fußballspieler sagen alle: „Der mag ja gut singen können.“ Und die Sänger sagen: „Der mag ja gut Fußball spielen können.“ So ungefähr ist das beim Hybrid durchgehend. Sie werden mir nachsehen, dass ich möglicherweise nicht immer nur der Spezialist sein kann, ja nicht einmal sein will.

Ich soll über Öffentliche Wissenschaft etwas sagen. Da halte ich es für sinnvoll, einmal anzubinden an die Struktur unserer Gesellschaft, in der wir sind und in die wir weitergehen. Dazu möchte ich Sie einladen, mit mir einen Artikel aus dem Jahre 2002, der in „Nature“ veröffentlicht worden ist, anzusehen. Sie wissen, Nature ist der Ritterschlag für jeden wissenschaftlichen Veröffentlichter. „Peer-reviewter“ geht es nicht mehr. In diesem Nature 2002 steht ein kleiner Artikel von Paul Crutzen. Der ein oder der andere von Ihnen mag Paul Crutzen kennen, er ist ja auf der anderen Seite des Rheins als Chef des Max-Planck-Instituts für Chemie tätig gewesen, Nobelpreisträger. Paul Crutzen hat nicht nur über den Nobelpreis und das damit verbundene Fachwissen geschrieben, sondern er hat die Überschrift gewählt „Economy World-wide“. Auf jeden Fall hat er darin nachgewiesen, dass wir eigentlich nicht mehr in einem Holozän, in einem erdgeschichtlichen Zeitalter leben. Er hat darauf hingewiesen, dass sich in der letzten Zeit, fast wie in einer Hockeykurve ansteigend, die Zahl der Menschen massiv erhöht hat. Ich verweise immer darauf, als ich geboren wurde, 1938 – ich weiß, ich sehe jünger aus, aber hier muss man ehrlich sein – 1938, dialogisch mit Ihnen diskutiert, gab es auf der Welt wie viele Menschen? Insgesamt 2,7 Milliarden. Jetzt sind es, wie wir wissen, nicht 2,7 Milliarden, sondern 7,3 Milliarden. Und wenn meine jüngste Enkeltochter 38 Jahre alt sein wird, wird die Welt in etwa 9 Milliarden Menschen tragen. Es ist also eine explosionsartige Entwicklung. Den Auftrag aus der Bibel „wachset und mehret Euch“ haben wir sauber abgearbeitet. Dies ist ganz unstrittig der Fall.

Gleichzeitig sehen wir, dass damit andere, massive Eingriffe des Menschen in die Erde vorgenommen worden sind. Es gibt praktisch nichts Unberührtes mehr. Paul Crutzen kommt deswegen zu dem Ergebnis, dass wir nicht mehr im Holozän, sondern in einem Anthropozän leben. Dass wir in einem Anthropozän leben, also in einem Menschenzeitalter, das dadurch gekennzeichnet ist, dass der Mensch sich eigentlich immer wieder in der Lage sieht, die Nebenfolgen seines vorangegangenen Tuns durch ingenieurmäßiges Handeln auszugleichen. Das führt uns am Ende, das will ich nicht weiter vertiefen, zu dem Ergebnis, dass offenbar unser wirtschaftliches Wachstum nur darin besteht, dass wir die negativen Folgen vorangegangenen Wachstums bewältigen. Gehen Sie das einmal im geistigen Auge durch und Sie werden sehen, dass das sehr, sehr bedenkenswert ist.

Ein Anthropozän also begründet offenbar Pfadabhängigkeiten aus dem heraus, was in der Vergangenheit passiert ist. Die Pfadabhängigkeit ist aber immer dann sofort verbunden mit der Frage, was kann man denn über die Seite der Nebenfolgen hinaus überhaupt noch tun? Je pfadabhängiger wir sind, werden wir offenbar immer alternativer. Merke, das Unwort des Jahres 2010 war „alternativlos“. Frau Thatcher wurde im Kabinett „Tina“ Thatcher genannt: „There is no alternative.“ Das heißt, wir begeben uns offenbar in dem Moment der Einsicht in solch ein Anthropozän mit diesen Pfadabhängigkeiten in eine Situation, in der wir Freiheitsräume einengen und immer stärker eigentlich abhängig werden.

Paul Crutzen schreibt in diesem Artikel: „A daunting task lies ahead of scientists and engineers to guide society through the area of the Anthropocene.“ Und er führt fort: „That requires appropriate human behaviour.“ Das heißt, das was mit der Anthropozän-Analyse verbunden ist, reduziert offenbar die Steuerung dessen, was wir in der Welt tun, auf die Ergebnisse von Science und Engineers: „They guide.“ Und damit wir ein „appropriate human behaviour“ haben, müssen wir uns fragen, wie wir das denn erreichen können. Wir sind also wieder ganz nah bei dem Unwort des Social Engineerings. Die Frage, wie denn so etwas in einer offenen Demokratie gestaltet werden kann, bleibt unbeantwortet.

Vielleicht hat der eine oder der andere von Ihnen vor zwei Jahren den Artikel von Herfried Münkler im „Spiegel“ gelesen. Mit der schönen Überschrift „Der rasende Politiker“, über das voraussehbare Ende der parlamentarischen Demokratie. Und er weist darin nach, dass ja eigentlich gar nicht mehr die Politik oder die Gesellschaft die Zeitabläufe bestimmen, sondern diese von den Märkten vorgegeben werden, die so schnell entscheiden, dass eine zwischenzeitliche Beratung über die Konsequenzen kaum möglich wird. Alternativlos: Ja oder nein? Anthropozän im ökonomisch finanz-architektonischen Bereich.

Dass das Konsequenzen hat, zeigt sicherlich ein wunderschönes Zitat, das ich dem Buch von Wolfgang Streeck entnommen habe, dem ehemaligen Direktor des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung in Köln. Das Buch heißt „Gekaufte Zeit“, sehr empfehlenswert zu lesen. Ich habe es zweimal gelesen. Das liegt daran, dass ich Hybrid bin, ich brauche es für beide Seiten je einmal. Das Buch zitiert Alan Greenspan. Sie werden sicherlich Alan Greenspan noch in Erinnerung haben; Zentralbankpräsident der Vereinigten Staaten von Amerika, über eine lange Zeit eine legendäre Figur auf diesem Posten. Vor der Wahl des Präsidenten in den USA hat man ihn gefragt, wen man denn wohl wählen solle von den beiden, die da noch sind. Daraufhin hat er Folgendes schön geantwortet, ich habe es übersetzt: „Wir haben das Glück, dass die politischen Beschlüsse in den USA größtenteils durch die weltweite Marktwirtschaft besetzt werden. Mit Ausnahme der nationalen Sicherheit spielt es kaum eine Rolle, wer Präsident wird. Die Welt wird durch Marktkräfte regiert.“ Pfadabhängigkeiten again. Alternativlosigkeiten again.

Dies hat natürlich weitreichende Konsequenzen, meine Damen und Herren, denn wir sind gleichzeitig in einer Situation, in einer Zeit angekommen, in der wir eigentlich eine unglaubliche Beschleunigung der Entscheidungsabläufe haben. Wir sehen aber, dass wir durch die wissenschaftliche Forschung immer tiefer in die Bausteine der Konstruktionsmuster von Natur und Umwelt hineinkommen, sodass die Wahrscheinlichkeiten langfristiger Wirkung höher werden. Und je tiefer wir in sie hineinkommen, umso größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass Sie sich nicht in die gesamte Länge und die gesamte Weite dieser Entscheidungen hineindenken können. Hans Jonas, der große Philosoph der Verantwortung, hat einmal sinngemäß den schönen Satz gesagt: „Unser Wissen muss den Konsequenzen unseres Tuns Zeit und Raum gleich sein.“ Und genau das ist es nicht. Je kürzer wir entscheiden, umso größer wird die Wahrscheinlichkeit, dass durch das, was wir jetzt korrigieren, die nebenaktiven Folgen vorangegangenen Handelns/Tuns noch folgenreicher werden. Und in diese Frage hinein stellt sich dann die Rückfrage an mich. Öffentliche Wissenschaft.

In einer Zeit des Anthropozäns sehen wir, dass wir uns eigentlich immer stärker Freiheitsgrade weggenommen haben – denn wenn wir alternativlos werden, gehen wir ja, das war die Argumentation von Münkler, in dieses voraussehbare Ende einer repräsentativen parlamentarischen Demokratie, weil dort die Entscheidungszeiten nicht mehr bleiben können. Weil sie von anderen vorgegeben werden. Da stellt sich die Frage: Wer sind denn eigentlich die Märkte? Wer sind denn eigentlich die Marktkräfte, die mehr regieren, als ein Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika regieren kann? Eine spannende Frage. Eine Frage, die wir immer und immer wieder aufgreifen müssen und die sich an vielen anderen Stellen wiederfindet.

Ich möchte Sie aber nicht mit Zitaten langweilen. Für mich stellt sich also die Frage: Was ist zu tun? Wie ergibt sich das für das Verhältnis von Wissenschaft und Gesellschaft, wenn wir in der Tendenz mehr oder weniger auf die Argumentation zum Anthropozän eingehen. Dass diese anthropozäne Überlegung nicht nur eine ist, die grade mal bei Paul Crutzen in einem Artikel von 2002 in einem „Nature“ gestanden hat, das mögen Sie wirklich mitnehmen. Es wird nämlich gegenwärtig bereits bei der in

London dafür zuständigen Kommission darüber diskutiert, wann denn das angefangen hat, wann man dieses neue Zeitalter, das Menschenzeitalter, eigentlich anfangen lassen soll, wann es denn hinterher weitergeht und wie es denn weitergehen könnte.

Es gibt eine breite Diskussion darüber, wenn Sie das nur einmal mit einem kleinen Blick auf die große Zahl derer vornehmen, die sich etwa mit der Biodiversität beschäftigen. Da gibt es im Jahre 2012 einen Artikel im Time-Magazin, der steht unter der Überschrift „Die zehn Überlegungen, die zehn Veränderungen, die unser Leben bestimmen werden“. Nummer neun ist: „Nature is over.“ Nature is over. Nature ist noch das, was der Mensch entschieden hat, dass es besteht. Nicht mehr das, was eigentlich aus Nature heraus einen Eigenwert hat. Man fordert ein grundsätzliches Umdenken bei denen, die sich mit Naturschutz beschäftigen. Ich habe die Freude gehabt, beim zwanzigjährigen Bestehen des Bundesamtes für Naturschutz die Festrede zu halten und habe da hinreichend alle geschockt, indem ich das an den Anfang gesetzt habe: Nature is over.

Aber denken Sie auch das wieder einmal durch. Ein Beispiel: Wir haben auf der Welt etwas über 1,2 Milliarden Kühe. Kühe. Es gibt übrigens ein schönes dickes Buch über die Bedeutung der Kühe für diese Welt. Also: 1,2 Milliarden Kühe. Wenn Sie das weiterdenken, dann wissen Sie auf einmal, dass die Natur an sich tatsächlich nicht mehr da ist, denn Sie haben ja gerade nicht die Vielzahl von Rassen an Kühen, sondern Sie haben das eingengt auf die, die gerade die größte Produktivität in der Kuh mit sich bringen. Stellen Sie sich einmal die Frage, wie viele Rassen von Hühnern es gibt, die unsere Brathühnchen liefern.

Man hat mir gesagt, die Stadt Hamburg bräuchte pro Tag – wie viele Brathühner würden Sie schätzen? 30.000 pro Tag. Da können Sie sich einmal vorstellen, wie das in Shanghai aussieht. Wenn dem so ist, dann kriegen wir also offenbar eine deutliche Verengung im biologischen Bereich auf die Bereiche, die uns eine Nützlichkeit in unserem geschätzten Sinne eintragen. Nicht einmal die Frage, dass sie Teil der Schöpfung und deswegen alleine schon zu schützen sind, weil wir uns ja eigentlich nicht vornehmen dürften, zu richten und rechten darüber, ob der, der Schöpfer ist (wen wir auch immer damit verbinden), dass dieser sich das hat vorher denken müssen, nur so etwas zu erfinden, was uns auch nützt.

Ich bin hinreichend lange Landesminister für Umwelt gewesen im Nachbarland, in Rheinland-Pfalz. Ich kann Ihnen sagen, das ist wirklich ein Unterschied. Wenn Sie im Rheinhessischen, in den schönen Hügellandschaften, die Smaragdeidechse schützen wollen, das geht noch. Der Name ist nicht schlecht geeignet für Fremdenverkehrsprojekte. Aber schützen Sie mal im Namen der Würfelnatter, was damals meine Aufgabe war. Die Würfelnatter hat noch das Dumme an sich, dass sie sich kaum zeigt. Aber sie ist nun mal da. Wofür ist die eigentlich gut, fragt man mich. Da gehst du hin und da soll nun eine Staustufe wieder erneuert werden, weil die abgängig ist. Der Begriff ist ja schon schön, die ist abgängig. Aber wenn du die erneuerst, ist die Würfelnatter abgängig. Also musst du eine andere Begründung finden. Dies alles ist in dem Begriff eingebunden: Nature is over.

Was tun wir eigentlich damit? Und ich sage noch einmal, das ist nicht irgendwie eine extreme Außensicht, sondern eine durchaus sehr eng eingebundene. Sie führt eben dazu, dass man sich genau diese Engineering-Frage stellt. So auch Paul Crutzen. In seinem Beitrag, wie gesagt, er begann: „The daunting task for scientists and engineers to guide society through the area of the Anthropocene. That requires appropriate human behaviour and it will well include large scale engineering, for example climate engineering.“ Das heißt, das ist genau die Konsequenz, die er eigentlich vorher aufgezeichnet hat, dass der Mensch sich darin wiederfindet, die negativen Folgen vorangegangenen

Tuns durch einen neuen Eingriff in die Natur aufzuarbeiten. Ich garantiere Ihnen, dass wir je nach Ausgang der Konferenz in Paris ganz schnell die Diskussion über Climate Engineering auf dem Tisch haben. Sie ist in den USA nicht irgendwo nur in den Schubladen. Sie ist auf dem Tisch. Es gibt dort bereits einen Gesetzentwurf von einer der beiden Parteien, die genau diese Frage stellt: Wie können wir durch ingenieurmäßigen Eingriff den Klimawandel in den Griff bekommen? Dann braucht sie nämlich auch gar nicht zu fragen: Was ist denn die Verursachung dafür? Diese lästige Frage, es könnte der Mensch gewesen sein, entfällt dadurch. Du kannst dagegen auch angehen, wenn sich das durch Sonnenflecke oder irgendwelche anderen natürlichen Prozesse ergeben würde. Und Sie wissen, die Instrumente dafür sind bekannt.

Ein junger Wissenschaftler bei uns, Mark G. Lawrence, der interessanterweise Schüler von Paul Crutzen ist, ebenso wie Veerhabradan Ramanathan, leitet jetzt das IASS nach meinem Rücktritt. Er ist jemand, der genau diese Fragen erarbeitet: Was ist denn eigentlich Climate Engineering? Was sind denn die Konsequenzen? Wir haben in Berlin eine Weltkonferenz über Climate Engineering gemacht. Sie glauben gar nicht, welchen Andrang wir gehabt haben und welche Überlegungen da waren. Einer der großen Streitpunkte war: Soll man denn jetzt kontrollierte Experimente ermöglichen, um dann gewappnet zu sein, wenn der Klimawandel nie gestoppt werden könnte? Und ich kann Ihnen sagen, wenn Sie einmal sagen, wir haben eine technische Lösung für etwas, können Sie alles andere, was Verhaltensänderung betrifft, gleich wieder ad acta legen. Ich glaube, jemand der Politik gemacht hat, weiß genau, wovon ich spreche.

Also Sie sehen, diese Grundfrage ist zu stellen, bevor wir uns die Frage stellen: Wie kriegen wir denn Öffentliche Wissenschaft zustande? Je mehr wir die Alternativlosigkeit hinnehmen, umso geringer wird die Einflussmöglichkeit einer wie auch immer geöffneten Wissenschaft zur Gesellschaft hin. Das ist jedenfalls meine Besorgnis. Wie gesagt, mein guter Freund Paul Crutzen – und ich freue mich, dass er wirklich auch darauf nicht negativ reagiert, wenn ich sage, er ist mein Freund, er hat jedenfalls bei meiner Verabschiedung sehr intensiv mitgewirkt – er kommt zu diesem klassischen Ergebnis: Climate Engineering. Das Engineering ist ja auch gar nichts Überraschendes. Wir haben ja an vielen, vielen Stellen überall Engineering für das Beseitigen des Vorgegangenen.

Jeder Eingriff in ein Fließgewässer wird früher oder später die Notwendigkeit mit sich bringen, die damit verbundenen negativen Konsequenzen durch Eingriffe wieder zu beseitigen. Wenn Sie wie unsereins jahrelang Umweltminister in Rheinland-Pfalz waren und Staatssekretär noch länger... (Also, Staatssekretär war eine schöne Zeit, sage ich Ihnen, kann ich den Kollegen nur zurufen. Leider Gottes bin ich nicht dabei geblieben, das wäre vielleicht empfehlenswert gewesen.) Aber wenn Sie da gewesen sind, so viele Jahre – wissen Sie, ich kam aus Norddeutschland und war nicht allzu gut vorbereitet auf die Geschichte des Rheins. Ich kam aber in all die kleinen Städtchen und Dörfer am Rande des Rheins und drüben in der Tullastraße ist ein Tulladenkmal. Und ich dachte, das wäre möglicherweise ein berühmter italienischer Koch, aber das war es nicht. Wie Sie wissen, Tulla – wo sind wir? In der Wissenschaftsstadt? – ist natürlich bestens bekannt, dass er in Karlsruhe Hochschullehrer war und auf die tolle Idee gekommen ist, den Rhein um 60 Kilometer zu verkürzen. So geschah es. So geschah es. Ein ingenieurmäßiger Eingriff.

Konsequenz daraus ist natürlich, dass wir das Abflussverhalten des Rheins grundsätzlich ändern, und wenn Sie das noch verbinden mit einer wirklich schönen Entsorgung von allen schädlichen Eingriffen in der Landschaft für Landwirtschaft mit einer Flurbereinigung, dann werden Sie sehen, Sie kriegen ein gänzlich anderes Hochwasserverhalten des Rheins beim gleichen Niederschlagsereignis unten am Becken. So geschieht es. Und was machen wir? Wir haben uns alle darauf geeinigt, wir wollen jetzt Polder

bauen. Und an alle die, die sie bauen: Viel Glück. Ich hab es glücklicherweise geschafft, bevor ich sie bauen musste, Bundesminister zu werden. Das passiert aber auch nicht bei allen. Nebenbei verdanke ich das den hessischen Bürgerinnen und Bürgern, die bei einer Wahl dazu beigetragen haben, dass Walter Wallmann Ministerpräsident wurde und sein Arbeitsplatz als Umweltminister in Bonn frei wurde. Also wurde ich Umweltminister. Deswegen komme ich ganz besonders gerne nach Hessen, das können Sie ja sicher verstehen.

Also wir müssen uns offenbar bei dieser Analyse, die man sich wirklich weiter ausmalen sollte, vielleicht sogar ausmalen müsste, die Frage stellen: Wie geht es denn anders? Wo kommt denn der Zugriff hin? Können wir uns damit abgeben? Oder wie geht es anders?

Es ist einmal zu der Bedeutung der Umweltverbände gesagt worden: „Die historische Leistung der Umweltbewegung besteht darin, solche Bereiche, wo bisher Sachzwänge wahrgenommen wurden, als Politikfelder erschlossen zu haben.“ Ich finde, das ist ein guter Übergang von dem, was ich gerade gesagt habe. Offenbar sind wir einigermaßen umzingelt von sogenannten Sachzwängen. Und die Aufgabe besteht gerade darin, aus den Sachzwängen wieder Politik und Handlungsfelder werden zu lassen. Dies können Sie hervorragend an vielen konkreten Beispielen sehen, von denen ich nicht viele, aber einige darstellen werde.

Wenn Transformationsprozesse anstehen, ist es offenbar nicht mehr möglich, in derselben Denkkategorie weiterzugehen, wie die war, die es dazu gebracht hat, dass die Situation so ist, wie sie ist. Das alte Einstein-Zitat wird wieder einmal bestätigt. Probleme kann man niemals mit derselben Denkweise lösen, durch die sie entstanden sind. Wir müssen also aus diesem Bereich heraustreten. Und das sei mit aller Vorsicht gesagt, aber es fällt denen etwas leichter, die noch gar nicht im Feld drin waren. Die Öffnung von Wissenschaft in die Bereiche hinein, die nicht in die kodifizierte Wissenschaft hineingehörten, ist eine Grundvoraussetzung dafür, dass du wieder solche Sachzwänge auflösen kannst. Ich halte das für eine Argumentation, die mir besser gefällt, als zu sagen, aber die wissen ja schon viel.

Natürlich wissen wir, dass wir in einer Situation sind, in der wir alle Arten von Wissen einbringen können und einbringen müssen. Nebenbei nichts Überraschendes. Denn die gegebenen Strukturen können dies nicht oder nicht mehr umsetzen. Können, ich sage nicht „wollen“. Erinnert sei in diesem Zusammenhang nur an das, was Ulrich Beck als die zweite Moderne bezeichnet hat. Die zweite Moderne heißt, dass die alten Institutionen alle noch bestehen, wie sie waren und alle auch funktionieren, aber leer-gelaufen sind in ihren Funktionen. Gehen Sie mal in die Medien, in die Zeitungen und vieles andere hinein.

Also die zweite Moderne ist eigentlich ein Implosionseffekt von revolutionärem Denken. Findest du hier wieder. Ein anderer großer Sozialwissenschaftler, Zygmunt Bauman, der sinnigerweise in Leeds lehrt, ein Pole, der nun wirklich globale Bedeutung hat. Ulrich Beck ist ja leider sehr früh im letzten Jahr gestorben, was nun wirklich auch bedauert werden sollte und auch wird. Zygmunt Bauman geht über diesen Gedanken der zweiten Moderne noch ein Stückchen weiter hinaus und er sagt, wir haben schon eine sogenannte flüssige Moderne. Er sagt, im Gegensatz zu revolutionären Verhältnissen früher ist eine Revolution nicht damit verbunden, dass ein fester Zustand durch Revolution in einen neuen festen überführt wird, sondern dass es keinen neuen mehr gibt. Es ist eine flüssige Struktur. Diese Liquid Modernity – ich kann Ihnen nur empfehlen, sich mit Bauman etwas zu beschäftigen – wird im politischen Bereich teilweise aufgegriffen. Die Piraten zum Beispiel beziehen sich auf die flüssige Moderne. Genau das Gleiche. Der Ausweg aus diesem pfadabhängigen Ergebnis eines Anthropozän,

das daraus entstanden ist, dass vorher hervorragende Wissenschaft betrieben worden ist, die sich dann darin verfestigt, aber immer weiterreichende Konsequenzen hat, die wiederum beseitigt werden müssen, besteht offenbar darin, dass man etwas verflüssigt, öffnet. Genau das, was uns in der Öffentlichen Wissenschaft auch die Situation erklären hilft.

Wenn wir das sehen, sind also alle Quellen von Wissenschaft einzubinden. Es ist darauf hinzuweisen, dass dieses auch in besonderer Weise gerade möglich ist, einfach deswegen, weil uns technologische Möglichkeiten gegeben sind, die vorher nicht da waren. Damit kommt man natürlich sehr schnell auf die Möglichkeiten der digitalen Revolution. Wir sehen, dass die Science Literature sehr viel einfacher oder breiter zu erarbeiten ist, so dass wir auch einen hinreichend motivierten und eingebundenen Gesprächspartner haben. Wir brauchen also nicht mehr darauf hinzuarbeiten, dass wir im wissenschaftlichen Bereich Ergebnisse erzeugen und dann dazu durch kluge Öffentlichkeitsarbeit und anderes beitragen, dass diese Ergebnisse auch Akzeptanz in der Bevölkerung bekommen.

Peter Strohschneider, der Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft, hat so schön den Satz formuliert: „Wenn ich jemanden zur Akzeptanz bringen will, will ich ihn von etwas überzeugen, das er vorher nicht wollte.“ Was angestrebt wird, ist, die Menschen in die Forschungsprozesse selbst mit einzubinden und sie Teil der Forschung werden zu lassen. Ein wirklich neues Denken auch von Wissenschaft, ganz ohne jeden Zweifel. Und das setzt natürlich in ganz besonderer Weise dort an, wo es darum geht, die Forschungsagenda zu bestimmen. Wenn du das ansprichst, dann bist du wirklich ganz, ganz gefährdet. Ich verweise auf ein schönes Streitgespräch zwischen Herrn Schneidewind und Herrn Stock in der „Zeit“, fast genau ein Jahr her, ich verweise auf die schöne Replik von Herrn Strohschneider, zu alledem, was wir als Transdisziplinarität bezeichnen, was das Institut, das ich gegründet habe, in ganz besonderer Weise mit angestrebt hat. Sie sehen darin ganz genau die Frage. Aber Agenda Setting, was geforscht wird, das bitte entscheidet die Wissenschaft und nur die Wissenschaft. Und genau das ist der umstrittene Punkt.

Ich weiß, ich muss Schluss machen, aber wenn Sie einem ehemaligen Minister ein Mikrofon geben, dann dürfen Sie sich nicht wundern, wenn er länger spricht. Wir sehen, dass das Setzen der Agenda zentral ist für das, was ich vorhin gerade gesagt habe. Beispiel Energiepolitik. Es ist nicht aus der Wissenschaft und auch nicht aus der großen Industrie heraus der Ansatz gekommen, erneuerbare Energien zu erforschen. Er ist von kleinen Unternehmen gekommen und von politischer Überzeugung, weil es das Wollen war, das zu erreichen. Da findest du auf einmal das wieder, was der Papst in seiner großartigen Enzyklika gesagt hat, eine Technik, die von der Ethik abgekoppelt ist, wird schwerlich sich selbst beschränken. Recht hat er. Wir finden das im technokratischen Dilemma genauso wieder.

Also wenn wir diese Veränderung bräuchten, dann deshalb, weil wir aus Großstrukturen heraus wollen, die eigentlich alle in der Gefahr stehen. Die aktuelle Situation belegt das ja noch stärker, dass wir eine hohe Vulnerabilität haben, dass ihre Widerstandskraft, ihre Resilienz nicht mehr gegeben ist. Sie kriegen jetzt eben eine Prämie auf eine dezentrale Lösung von einer ganz anderen Seite, wo wir vorher nie daran gedacht haben. Für uns war noch der Flugzeugabsturz auf ein Kernkraftwerk eine Vorstellung, die man gar nicht mehr weiter zu denken hatte. Aber dann sehen sie auf einmal 9/11 und heute steht in der Zeitung, dass man möglicherweise auch Giftgas einsetzen könnte. Ich weiß nicht, inwieweit sowas alles realistisch ist. Aber dass es dann eine Prämie gibt auf das, was kleinteiliger wird und damit nicht mehr pfadabhängig, das ist ganz sicher. Und deswegen ist für mich die erneuerbare Energiefrage auch eine wichtige Frage für uns in Deutschland, aber vornehmlich eine, in der ich

sage, sie ist ein Angebot für eine Welt mit neun Milliarden Menschen, die nicht in eine neue Abhängigkeit hineinkommt und nicht in eine neue Gefährdungssituation hineingeht.

Sie können es an vielen anderen Stellen sehen. Nehmen Sie die Automobilindustrie, das Auto. Nichts hat die Veränderung des Blicks auf die Automobilindustrie so begünstigt, wie der Skandal bei Volkswagen. Auf einmal sehen wir, wir müssen über Mobilität nachdenken und nicht über Autos. Bisher denken wir über Autos nach und ob wir aus dem Dieselmotor jetzt einen E-Motor machen oder ob wir den selbst fahren lassen können. Aber darüber nachzudenken, wie sieht denn Mobilität aus, das müsste wiederum kommen. Und so könnte ich lange weitermachen, bis hin zu Staatsstrukturen. Wir brauchen diese Öffnung und die Öffnung wird kommen. Es sind diese wirklich als Träumer zu kennzeichnen, die glauben, dass man die Wissenschaft von der Verunreinigung durch das andere aus der Öffentlichkeit heraus abschotten kann. Dies wird nicht der Fall sein. Genauso wenig, wie die Beispiele, die ich gerade genannt habe, es gebracht haben. Deswegen ist es so wichtig, darüber nachzudenken. Deswegen Gratulation an die Stiftung.



Aussprache auf dem Podium

Prof. Dr. Stephan Lessenich

Bundesminister a.D. Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Klaus Töpfer

Parl. Staatssekretärin Brigitte Zypries MdB

Gesamtmoderation

Pitt von Bebenburg, Frankfurter Rundschau - Landesbüro Hessen, Wiesbaden

*Die Podiumsdiskussion ist in Auszügen auf Video dokumentiert
unter www.schader-stiftung.de/GrKo15*

„Politik hat in zweifacher Hinsicht mit der Wissenschaft zu tun: sich einerseits Anregungen aus der Wissenschaft zu holen, andererseits über Forschungsgelder auf Wissenschaft Einfluss zu nehmen. Aber die unter Beteiligung von Wissenschaftlern erarbeiteten Themenfelder und Fragestellungen werden öffentlich ausgeschrieben und sind dadurch auch entsprechend demokratisch legitimiert.“

Brigitte Zypries

„Strukturbedingungen globaler ökonomischer Rahmenbedingungen prägen das Handeln in allen möglichen Lebensbereichen – auch in den Sozialwissenschaften. Öffentliche Beteiligung oder Wissenschaftstransfer in die Öffentlichkeit spielt keine relevante Rolle. Messen und Vergleichen lassen sich Produktivitätsindikatoren wie Personal, Doktoranden, Drittmittel, Patente oder Publikationen. Für die Messung von wissenschaftlicher Relevanz ist die öffentliche Beteiligung irrelevant. Mit der Initiative DGS goes public will die Deutsche Gesellschaft für Soziologie gesellschaftswissenschaftliche Analysen und Perspektiven über die Hochschulen hinaus in die Öffentlichkeit tragen und zur Diskussion stellen und sich zeitnah in aktuelle Debatten einmischen. Wissenschaft muss in ihren Fragestellungen auch die gesellschaftlich relevanten Akteure berücksichtigen. Im gemeinsamen Produktionsprozess Wissen entwickeln, das gesellschaftlich nützlich ist, ist der normative Horizont der Initiative DGS goes public.“

Stephan Lessenich

„Zunächst ist da die Starrheit der Strukturen, aber viele Veränderungen werden durch externe Störeffekte ausgelöst. Es entsteht der Bürgerwille, jetzt muss sich auch bei uns etwas ändern. 30 Prozent Energie aus erneuerbaren Energien zeigt an, die Energieversorgung wird demokratisiert. Technologien, auch Sozialtechnologien, müssen demokratiefähig und friedensstiftend sein. Wenn Sie Großforschungseinrichtungen haben, kriegen Sie Großforschungsergebnisse. Aber wer glaubt, dass kleine Dinge nichts bewirken, hat noch nie eine Nacht mit einem Moskito verbracht.“

Klaus Töpfer

32 **Dialog-Café 1**
Aufgabe und Vergabe Öffentlicher Wissenschaft

40 **Dialog-Café 2**
Partizipation in der Öffentlichen Wissenschaft

46 **Dialog-Café 3**
Strukturen Öffentlicher Wissenschaft

50 **Dialog-Café 4**
Koproduktion als Element Öffentlicher Wissenschaft

58 **Dialog-Café 5**
Transfer zwischen Wissenschaft und Praxis

66 **Dialog-Café 6**
Kommunikation in der Öffentlichen Wissenschaft

Vertreterinnen und Vertreter aus den Gesellschaftswissenschaften und der Praxis thematisieren beim Großen Konvent der Schader-Stiftung einmal im Jahr Status Quo und Perspektiven des Dialogs zwischen Gesellschaftswissenschaften und Praxis. Ziel ist es, aktuelle sowie kommende Herausforderungen zu formulieren und daraus Themen und Bedarfe für zukünftige Aufgaben der Gesellschaftswissenschaften, aber auch für die Arbeit der Schader-Stiftung zu explorieren. Der Große Konvent 2015 befasste sich mit den Aufgaben und Herausforderungen einer „Öffentlichen Wissenschaft“. Er fand zu einem großen Anteil im offenen Format statt. In drei Gesprächsrunden in „Dialog-Cafés“ konnten die 130 Teilnehmenden des Großen Konvents Erfahrungen und Ideen, Anregungen und Erkenntnisse austauschen.



Dialog-Café 1: Aufgabe und Vergabe Öffentlicher Wissenschaft

Impulsgeberinnen und Impulsgeber:

Prof. Dr. Stefan Selke, Hochschule Furtwangen

Thorsten Witt, Wissenschaft im Dialog gGmbH, Berlin

Dr. Steffi Ober, Zivilgesellschaftliche Plattform Forschungswende, Berlin

Begleitung: Prof. Dr. Stefan Selke, Hochschule Furtwangen

Moderation: Dr. Tobias Robischon, Schader-Stiftung

Bericht und Protokoll: Tyll Birnbaum und Dr. Tobias Robischon

Das Dialog-Café 1 stellt die These zur Diskussion, dass es sowohl notwendig als auch möglich ist, die Themenstellungen von Forschung sowie die Finanzierung von Wissenschaft zu demokratisieren. Thematisiert wird in diesem Rahmen, welche Maßnahmen sicherstellen können, dass außerwissenschaftliche Interessen beim Agenda-Setting und der Themenwahl in der Forschung berücksichtigt werden, welche Möglichkeiten es gibt, diese Auswahl durch demokratische Verfahren zu treffen und welche Rolle diese bei der Vergabe öffentlicher Mittel für Wissenschaft und Forschung spielen können.

Wie kann die Öffentlichkeit Forschungsaufgaben auswählen?

In seinen Impulsvortrag stellt Stefan Selke ein Projekt vor, welches die praktische Umsetzung einer Öffentlichen Wissenschaft zum Ziel hat. Dazu wird die Vergabe von Forschungsgeldern über ein börsenähnliches Verfahren mit Hilfe einer symbolischen Währung organisiert. Das an der Hochschule Furtwangen konzipierte „Reallabor Bürgerbörse“ befasst sich mit verschiedenen Projekten rund um das Leben im ländlichen Raum in der Region Furtwangen, die von Teams aus der Hochschule und Partnern aus Wirtschaft und Öffentlichkeit entwickelt werden. Das Verfahren soll Menschen mit einem Bezug zu dieser Region eine Beteiligung bei der Vergabe von Forschungsgeldern ermöglichen. Mithilfe einer symbolischen Währung wird über die Projektumsetzung abgestimmt: Ist ein Projekt überzeugend, so kann in dieses virtuell investiert werden. Entspricht der Zuspruch in Form dieser symbolischen Währung der tatsächlich notwendigen Finanzierung, erfolgt der reale Kick-off für das Projekt. Interessierte haben die Möglichkeit, sich an bestimmten Orten im öffentlichen Raum oder auf Plattformen im Internet zu informieren. Im Anschluss soll durch laufende Berichte und Einsichten Transparenz gewährleistet werden. Der Impulsgeber berichtet, dass die Möglichkeit der Beteiligung weitestgehend positiv bei der regionalen Bevölkerung aufgenommen wird. Die tatsächliche Umsetzung des „Reallabors Bürgerbörse“, das einer breiten Öffentlichkeit Mitspracherecht bei der Vergabe von Fördergeldern ermöglicht hätte, ist allerdings gescheitert. Grund dafür ist ein fehlender Modus der Vergabe: Diese Art der Beteiligung bei der Vergabe von Forschungsgeldern ist nicht vorgesehen und es fehlt eine formale Basis, die eine Umsetzung ermöglicht. Durch die positive Resonanz aus der Bevölkerung steht für die Entwickler allerdings fest, dass das Prinzip in die richtige Richtung weist. Für die erste Session im Dialog-Café 1 lautet folglich die Ausgangs-

frage: Wie lässt sich dieses Format weiterdenken? Und wie können generell Verfahren gestaltet werden, um Öffentlichkeit an der Auswahl von Aufgaben und Vergabe von Mitteln für die Wissenschaft zu beteiligen?

Maßstäbe der Beteiligung

Zunächst diskutieren die Beteiligten, ob das Grundprinzip des Projektes nur bei einer relativ homogenen Bevölkerung mit hohem Bildungsniveau umsetzbar, oder ob es anschlussfähig an eine generelle Verwendung ist. Es wird deutlich, dass in diesem Fall das Vorgehen an die betreffende Region angepasst ist und somit durch die lokalen Verhältnisse begünstigt wird. Der unmittelbare Bezug zwischen interessierter Öffentlichkeit und den Projekten spielt eine wichtige Rolle. Außerdem scheint die Authentizität und Integrität der verantwortlichen Personen das Verfahren zu begünstigen: Deren persönlicher Bezug zur betreffenden Region signalisiert Ernsthaftigkeit und echtes Interesse. Andere Teilnehmer ergänzen, dass es in Großbritannien und Österreich Beispiele für eine gelungene Umsetzung dieser Art von Beteiligung gibt. Diese sind insofern nicht an bestimmte Regionen gebunden, sondern funktionieren offenbar auch in einem größeren Maßstab. Aus der Praxis leitet sich die Frage ab, inwiefern Partizipationsmöglichkeiten denn auch wahrgenommen werden. Im Normalfall, so die Erfahrung, werden auf Beteiligung ausgelegte Verfahren vor allem von wissenschaftlicher Seite genutzt. Eine Mitbestimmung im Agenda-Setting der Wissenschaft durch die interessierte Öffentlichkeit findet nur selten statt.

Adressaten und Anschlussfähigkeit

Weitere Beiträge ergänzen, dass die Wissenschaft sich nach wie vor in einem Elfenbeinturm befindet und für große Teile der Zivilgesellschaft nicht anschlussfähig ist. Es wird kritisiert, dass die Vermittlung von und der Zugang zu Wissenschaft nicht auf der Hand liegen und eine wissenschaftliche Zuspitzung von Alltagswissen nicht von der Öffentlichkeit erwartet werden kann. Die Gründe für die geringe Beteiligung der Öffentlichkeit liegen allerdings nicht alleine in der Wissenschaft und deren Vermittlung, sondern auch an fehlender Organisation in der Zivilgesellschaft. Es gibt zum Beispiel, so ein Beitrag, kaum Konzepte oder Strukturen innerhalb von Verbänden, die eine Anschlussfähigkeit bei der Mittelvergabe und Aufgabenauswahl für die Wissenschaft leisten können. Folglich stellt sich die Frage, wie hier Anschlussfähigkeit hergestellt und wodurch eine Basis für die erfolgreiche Beteiligung der Zivilgesellschaft geschaffen werden kann. Es wird festgestellt, dass bisher eine gemeinsame Identität oder eine gemeinsame Themenaffinität Grundlage für eine erfolgreiche Beteiligung der Öffentlichkeit sind. Allerdings, so ein wichtiger Punkt, ist die Öffentlichkeit nicht homogen, sondern fragmentiert. Es gibt nicht den einen Adressaten, sondern eine Vielzahl von Interessen und Verbindungen innerhalb der Zivilgesellschaft, die es erschweren, eine eindeutige Haltung abzuleiten. Dies macht sich insbesondere dann bemerkbar, wenn Beteiligung in einem offenen Verfahren angeboten wird. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Dialog-Cafés sind sich daher weitestgehend einig, dass die wissenschaftliche Seite als eine Art Geburtshelfer agieren soll. Erfolgsversprechend sind Maßnahmen, die eine Diskussion nach Vorgabe beinhalten und Beteiligung in einem konkreten Rahmen ermöglichen. Dieser Rahmen muss allerdings aus den Belangen der Öffentlichkeit entwickelt werden. Die jeweiligen Belange können durch aktive Suche ausfindig gemacht und durch Zuhören und Nachfragen konkretisiert werden. Auf diesem Wege kann ein Auftrag an die Wissenschaft abgeleitet werden.

Die Rolle der Wissenschaft

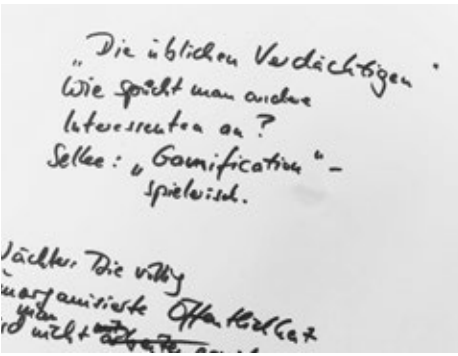
Im Laufe der Diskussion wird deutlich, dass ein offenes Verfahren für ein erfolgreiches, demokratisiertes Agenda-Setting schwer umsetzbar ist. Eine Beteiligung „von unten“ ist, solange sie durch die Wissenschaft initiiert wird, immer künstlich und daher kritisch zu hinterfragen. Dagegen macht ein weiterer Beitrag darauf aufmerksam, dass ein Großteil der Forschungsthemen in den Sozialwissenschaften aus den

letzten Jahrzehnten nicht durch das persönliche Interesse einzelner Wissenschaftler, sondern von den Themenagenden sozialer Bewegungen bestimmt wurde. Dies wirft die Frage auf, inwieweit die thematischen Aufgabenstellungen der Wissenschaft bereits aus Belangen der Öffentlichkeit abgeleitet werden. Kritisch hinterfragt wird auch die Rolle der Wissenschaft im Allgemeinen. Was bedeutet es zum Beispiel, dass ähnliche Versuche einer Öffentlichen Wissenschaft in den siebziger Jahren an den wissenschaftlichen Richtlinien gescheitert sind? Und welche Anreizsysteme verhindern heute eine innovative Umsetzung dieser Richtlinien? Wie das Beispiel aus dem ersten Impuls zeigt, waren es formale Gründe, die eine Verwirklichung dieses Konzepts verhindert haben.

Demokratische Formate und ihre Finanzierung

In Session 2 steht die Frage im Mittelpunkt, wie eine Auswahl von Forschungsthemen durch demokratische Verfahren erfolgen kann und welche praktischen Folgen davon zu erwarten sind. Eingeleitet wird diese Runde durch einen Impuls des Politikwissenschaftlers Thorsten Witt, der im Rahmen seiner Tätigkeit bei „Wissenschaft im Dialog“ Kommunikationsprozesse zwischen Wissenschaft, Praxis und Öffentlichkeit konzipiert und organisiert. Witt stellt ein grundlegendes Problem bei der Durchführung demokratischer Verfahren fest. Wie in Session 1 bereits festgestellt, gibt es insbesondere auf lokaler Ebene zahlreiche Versuche partizipativer Formate für das Agenda-Setting der Wissenschaft, die sich allerdings bisher nicht durchgesetzt haben. Gründe dafür sind, so Witt, weder Einschränkungen auf der lokalen Ebene noch Fehler in der Konzeption. Hauptursache ist vielmehr eine fehlende Verbindung der partizipativen Verfahren mit den Fördertöpfen. Die Durchführung scheitert bislang an der Finanzierung. Die Kernfrage lautet also: Inwieweit können demokratische Verfahren bei der Auswahl von Forschungsthemen durch Fördermittelgeber aufgegriffen werden und welche Möglichkeiten gibt es, die Finanzierung zu steuern? Witt identifiziert zwei Möglichkeiten, wie die Öffentlichkeit Einfluss nehmen kann: Zum einen die Mitwirkung in den Gremien, die über die Vergabe von Fördergeldern entscheiden. Zum anderen gibt es die Option, über direkte Geldvergabe die Forschungsfinanzierung zu beeinflussen. Dabei merkt der Impulsgeber allerdings an, dass es für die erstgenannte Option in der Praxis nur wenige Beispiele gibt. Ein Beispiel für die Auswahl von Forschungsthemen durch partizipative Verfahren ist die Anwendung des Crowdfunding-Prinzips auf die Wissenschaft. Dieses Format ermöglicht die unmittelbare Förderung wissenschaftlicher Projekte durch die Öffentlichkeit. Ein direkter Geldbeitrag für ein Forschungsprojekt nimmt so Einfluss auf das Agenda-Setting der Wissenschaft.

Durch eine Öffentliche Wissenschaft, die auf demokratische Verfahren bei der Vergabe von Forschungsthemen Wert legt, kann sich die Akzeptanz von Forschung in der Öffentlichkeit erhöhen, so eine These. Allerdings muss darauf geachtet werden, dass die Wissenschaft ihr kritisches Potential beibehält. Nebenfolge einer zunehmenden Demokratisierung bei der Vergabe von Fördergeldern können Hypes in der Wissenschaft sein, die durch Lobbyarbeit und PR-Darstellungen das Agenda-Setting lenken und wissenschaftlich fundierte Argumente bei der Themenauswahl verdrängen. Inwieweit die bestehenden Verfahren zur Vergabe von Fördermitteln Demokratiemängel haben, lässt sich nicht eindeutig feststellen. Die Teilnehmer stimmen allerdings darin überein, dass die bestehenden Förderformen Öffentliche Wissenschaft bislang kaum voranbringen. Wichtige Fragen sind daher: Wodurch wird eine demokratisch legitimierte Vergabe öffentlicher Mittel für die Wissenschaft sichergestellt? Welche Folgen und Nebenfolgen demokratischer Formate sind möglich oder sogar wahrscheinlich? Und: Wie erreicht man diejenigen, die nicht von vornherein Interesse an partizipativer Themenauswahl für die Wissenschaft haben?



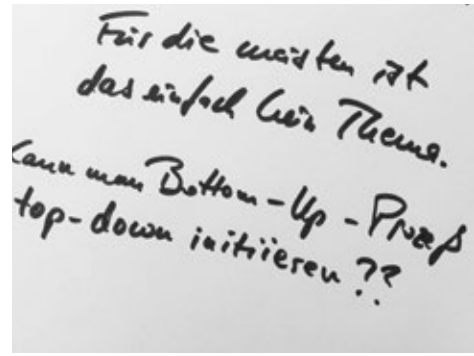
Glaubwürdigkeit und Verantwortung

In der Diskussion wird auf ein weiteres Problem aufmerksam gemacht: Manche Formate sind zwar demokratisch ausgelegt, ihr Setting erschwert allerdings eine breite Beteiligung. Gemeint ist die Hemmschwelle, sich als interessierter Laie an einer Diskussion zwischen Experten zu beteiligen. Formate, die dies nicht beachten, relativieren ihren partizipativen Charakter. Einschüchternde Settings verhindern Beteiligung. Dies wird, so der Vorwurf, bewusst in Kauf genommen. Allerdings stellt sich auch die Frage, wer überhaupt daran interessiert ist, bei der Vergabe von Forschungsthemen mitzuwirken. Wo und wer ist eigentlich diese Wissensgesellschaft? Bislang lässt diese sich allenfalls im Gesundheitssektor erkennen. Dort wird Partizipation gefordert und es gibt ein hohes Interesse an den Forschungsinhalten, in erster Linie bei denjenigen, die persönlich von einer Krankheit betroffen sind.

An die Wissenschaft wird der Vorwurf gerichtet, sich nicht um die Vermittlung ihrer Ergebnisse zu kümmern. Es gilt bislang als Aufgabe der Öffentlichkeit, sich selbstständig zu informieren. Zwar ist die Bereitstellung von Inhalten im Internet ein wichtiger Schritt, der Forschung transparenter macht, jedoch noch einen Großteil der Öffentlichkeit ausschließt, so ein kritischer Einwand. Zugleich ist in der Öffentlichkeit die allgemeine Zustimmung für Wissenschaft und Forschung relativ hoch, das staatliche Forschungsbudget steigt und die hohe Bedeutung von Forschung ist allgemein anerkannt. Allerdings gibt es in der Zustimmung zu Forschung deutliche Differenzen zwischen den Disziplinen. So findet der Bau eines Teilchenbeschleunigers für hohe Summen viel Zustimmung – der Ausbau und die finanzielle Unterstützung von sozialwissenschaftlichen Einrichtungen ist dagegen weniger anerkannt. Die Gründe dafür werden in der Anschlussfähigkeit an die Wirtschaft vermutet, aus der ein Großteil der Fördermittelgeber stammt. Außerdem wird auf die Rolle von Lobbyarbeit und Beziehungsnetzwerken hingewiesen: Um die Vorgänge bei der Wissenschaftsförderung zu verstehen, müssten diese Akteure in die Analyse mit einbezogen werden.

Wissenschaft – Politik – Öffentlichkeit

Die Erwägung, welche Maßnahmen die Etablierung einer Öffentlichen Wissenschaft unterstützen können, führt zur Frage, warum bislang keine Forderungen nach Beteiligung an die Politik gestellt und über eine öffentliche Debatte im politischen Programm verankert werden. Von dieser Frage ausgehend wird darauf aufmerksam gemacht, dass zwischen Wissenschaft und Politik allgemein gegenseitiges Misstrauen herrscht. Ein generelles Problem, so ein weiterer Beitrag, liegt darin, dass Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit jeweils eigene Ebenen mit speziellen Zielen und Funktionen sind. Während die Wissenschaft selbstreferenziell agiert und nach eigenen Maßstäben arbeiten möchte, will Politik bestimmte Interessen durchsetzen. Öffentlichkeit wiederum entwickelt Standpunkte und stellt Forderungen an die anderen Ebenen. Die Hauptaufgabe einer Öffentlichen Wissenschaft ist es, zwischen diesen Ebenen eine funktionierende Kommunikation zu ermöglichen.



Verzerrungseffekte und Show-Charakter der Wissenschaft?

Im Laufe der Diskussion wird deutlich, dass die Gefahr von Verzerrungseffekten besteht, indem zur besseren Vermittlung die Vereinfachung von Wissenschaft sehr weit getrieben wird und die Aussagen nicht mehr als wissenschaftlich gelten können. Dagegen spricht, dass es auch innerhalb des Wissenschaftssystems die Anforderung gibt, fachfremden Zuhörern einen Sachverhalt in verständlicher Sprache zu erklären. Die Aufgabe der Vereinfachung ist folglich nicht neu für die Wissenschaft. Öffentliche Wissenschaft braucht Kommunikation, und so besteht die Gefahr, dass solche Attribute wie Charisma und Aussehen bald mehr zählen als Inhalte. Negative Nebenfolge einer Öffentlichen Wissenschaft, in der demokratisch über wissenschaftliche Inhalte abgestimmt werden darf, ist auch eine übermäßige Personalisierung von Wissenschaft. Dies ist jedoch keine neue Entwicklung und macht die Dinge nicht zwangsweise schlechter, wird entgegnet, sondern in erster Linie anders. Eine Personalisierung wissenschaftlicher Themen kann unter Umständen einer breiten Öffentlichkeit einen einfacheren Zugang zu komplexen Fragestellungen ermöglichen. Andererseits besteht die Befürchtung, dass eine personalisierte Darstellung zu Lasten der Inhalte geht und einen Show-Charakter der Vermittlung befördert.

Transparenz und Demokratisierung

In der dritten Runde des Dialog-Cafés 1 spricht Steffi Ober von der Zivilgesellschaftlichen Plattform Forschungswende über Transparenz und Demokratisierung bei der Vergabe von Forschungsmitteln. Ausgangspunkt ist die Forderung an die Wissenschaft, die Öffentlichkeit so zu informieren, dass diese in der Lage ist, kluge Entscheidungen im Sinne des Gemeinwohls zu treffen. Das Sprechen über eine Demokratisierung von Forschung und Wissenschaft führt zur Überlegung, inwiefern die bestehenden Verfahren undemokratisch sind. So stellt sich bei der Vergabe von Forschungsmitteln auch die Frage, wer dazu befähigt ist, qualitativ gut begründete Entscheidungen zu treffen, wobei es in diesem Bereich an Transparenz fehlt. Wie Forschungsförderung innerhalb von Regierungen, Koalitionen und Parlamenten konkret zustande kommt, ist häufig nicht nachvollziehbar. Allerdings lassen sich Akteure identifizieren, die Leitbilder für die Forschungsförderung entwickeln und sich für deren Umsetzung in Form von konkreten Empfehlungen einsetzen. Im Wesentlichen handelt es sich dabei um Expertengremien, deren Mitglieder meist aus Industrie und Großforschungseinrichtungen stammen. Steffi Ober sieht darin ein zentrales Ungleichgewicht, das auch eine Öffentliche Wissenschaft betrifft: Wie gesellschaftliche Fragestellungen in Forschungsprogrammen umgesetzt werden, wird von Expertengremien ohne direkte gesellschaftliche Beteiligung beraten. Auch wenn in manche Gremien Vertreter aus der Gesellschaft einbezogen sind, ist ein angemessener Einfluss der Zivilgesellschaft auf die Formulierung von Forschungsprogrammen nicht vorhanden, so ihre Feststellung. Zum einen sind es häufig Personen aus dem Umkreis der bereits gut vertretenen Organisationen, die dann als Vertreter aus der Gesellschaft berufen werden. Dabei bleibt unklar, nach welchen Kriterien die Expertengremien besetzt werden. Zum anderen steht für eine

angemessene Vertretung der Zivilgesellschaft keine grundlegende Infrastruktur zur Verfügung. Während Industrie und Großforschungseinrichtungen Mitarbeiter freistellen und eigene Arbeitsplätze für diese Gremienarbeit einrichten, fehlt es der organisierten Zivilgesellschaft an organisatorischen und finanziellen Ressourcen für diese Aufgaben. Vor allem begreifen es die Organisationen der Zivilgesellschaft bislang noch nicht als ihre Aufgabe, für ihre Zielsetzungen wissenschafts- und forschungspolitisches Agenda-Setting zu betreiben.

Für die Ausrichtung der Forschungsförderung des Bundes spielen die Forschungsstrategien eine wichtige Rolle. Diese Strategien formulieren auf einer allgemeinen Ebene die zukünftige inhaltliche Ausrichtung der Forschungsförderung und werden unter anderem im zuständigen Bundestagsausschuss beraten. An der Übersetzung dieser allgemeinen Strategien in konkrete Förderprogramme wirken dann Expertengremien in großem Umfang mit, in denen die großen Forschungsorganisationen – und damit die Fördermittelempfänger – eine gewichtige Rolle spielen. Der öffentliche Charakter dieser Gremien ist fraglich, die politischen Einflussmöglichkeiten von außen sind beschränkt. Eine Demokratisierung der Forschungsvergabe muss auf dieser Ebene ansetzen, so Steffi Ober.

Legitimation der Vergabe öffentlicher Forschungsmittel

Die Diskussion beginnt mit der Feststellung, dass die Grundfinanzierung von Forschung abnimmt. Drittmittel werden vermehrt wettbewerblich vergeben, in der Annahme, durch eine Konkurrenzsituation die Qualität der Forschung steigern zu können. Die Zivilgesellschaft spielt in diesem System kaum eine Rolle. Ein kritischer Beitrag fragt danach, wodurch Verbände und Vereine denn überhaupt legitimiert sind, über die Vergabe von öffentlichen Geldern mit zu entscheiden. Ist es nicht vielmehr die Aufgabe der demokratisch gewählten Vertreter, diese Entscheidungen zu treffen? Dagegen wird argumentiert, dass Expertengremien mit Beteiligung der Wirtschaft durchaus über Forschungsprogramme beraten, ohne demokratisch legitimiert zu sein.

Partizipation – ernsthaftes Interesse oder Worthülse?

Eine Teilnehmerin fragt, ob Partizipation als Anforderung im Wissenschaftssystem ernsthaftes Interesse widerspiegelt oder lediglich ein kurzer Hype ist. Es gibt, so eine Antwort, zumindest ernsthafte Bemühungen Partizipation umzusetzen. Auf der anderen Seite sind widerstrebende Kräfte klar zu erkennen. Wo eine Möglichkeit zur Partizipation besteht, wird sie oftmals nicht umgesetzt oder sogar verhindert. Offene Ausschreibungen sind beispielsweise oft vage formuliert und es ist nicht klar, welche Bedingungen erfüllt werden müssen. Beteiligung verlangt eine aktivierende Haltung, sie ist nicht von selbst gegeben. Dies ist ein zäher Prozess, der viel Ausdauer und Energie erfordert. Die Vergabe von Forschungsmitteln lässt sich ähnlich wie die Steuerung eines Tankers nicht schnell ändern, sondern muss mit Geduld und in kleinen Schritten erfolgen.

Struktur- und Machtfragen

In der Diskussion wird deutlich gemacht, dass Transparenz für eine Öffentliche Wissenschaft nicht ausreicht, sondern die Einflussnahme der Zivilgesellschaft auf die Forschungsförderung durch „demokratisierende Maßnahmen“ aktiv gefördert werden muss. Zu bedenken ist dabei aber auch, dass es nicht das Anliegen einer breiten Öffentlichkeit ist, selbst über die Vergabe von Forschungsmitteln zu entscheiden. Es geht vielmehr darum, die Interessen der Öffentlichkeit zu berücksichtigen. Die Probleme der Gesellschaft und die Fragestellungen der Wissenschaft müssen ineinander verzahnt werden, beide Aspekte müssen sich in einer gemeinsamen Strategie wiederfinden.

Die Vergabe von Forschungsmitteln ist auch eine Struktur- und Machtfrage. Das heißt, auch bei einer Herstellung von Öffentlichkeit bleiben Faktoren, die eine tatsächliche Beteiligung verhindern können. Zudem ist es auch ein Grundproblem von Demokratie, dass nicht alle relevanten Themen Resonanz finden. Die Offenlegung der Gremienzusammensetzung und Forschungsstrategien ist ein wichtiger Schritt zu mehr Transparenz.

Resümee

Im Mittelpunkt der Diskussion stand die Frage nach dem Verhältnis zwischen gesellschaftlichen Problemdefinitionen und wissenschaftlichen Fragestellungen, so der Berichterstat-ter des Kleinen Konvents, Stefan Selke. In seinem Abschlussbericht über das Dialog Café 1 fasst er die Ergebnisse in sechs Hauptpunkte zusammen:

Erstens wurden in der Diskussion verschiedene Probleme bei der Aufgabe und Vergabe von Wissenschaft ausgemacht. Zu diesen zählen eine generelle Intransparenz bei der Vergabe von Forschungsgeldern (Black Boxing), Lobbyismus als Einflussfaktor auf die Inhalte der Wissenschaft, Selektivität in der Problemwahrnehmung, die Auswirkung von Selbstreferentialität beim Agenda-Setting und vor allem die Frage danach, ob die geforderte Demokratisierung von Wissenschaftsbeauftragung nach einer Input-Legitimation, also einer demokratischen Entscheidung über Förderprogramme, oder mehr nach einer Output-Legitimation – wissenschaftliche Ergebnisse antworten auf gesellschaftliche Problemstellungen – verlangt. Daneben steht die Frage, inwiefern Beteiligung bislang ein Placebo ist und nicht ernsthaft umgesetzt wird. Zweiter Punkt ist die Frage nach der geeigneten Maßstabsebene eines „demokratischen“ Forschungsverständnisses. Wo soll die Aushandlung von Forschungsthemen stattfinden – als nationale Strategie oder lokale Mikropolitik? Auf welchen Ebenen ist die Umsetzung einer Öffentlichen Wissenschaft sinnvoll möglich?

Drittens geht es um den Zugang zu den Öffentlichkeiten. Hier stellt sich die Frage nach dem Bedarf für eine deliberative Aushandlung von Forschungsthemen (Phantomdebatte?). Wo es Bedarf gibt, müssen auch die Unerreichbaren erreicht werden, um Selektivität und Schließungstendenzen zu vermeiden. Damit stellt sich viertens die für Öffentliche Wissenschaft entscheidende Frage nach der geeigneten Kommunikation: Wie können Menschen angesprochen werden? Ist eine spielerische Strategie erfolgversprechend oder wird dabei zu sehr vereinfacht? Wie macht man klar, dass die Wissenschaft etwas mit der eigenen Lebenswirklichkeit zu tun hat?

Der fünfte Punkt ist die Frage nach der Gestaltung des Prozesses der Themenauswahl und Mittelvergabe. Welches Maß an Transparenz, zum Beispiel im Peer Review, ist förderlich, wie viele Projekte können und sollen öffentlich diskutiert werden? Sollte der Schwerpunkt eher auf Gremienarbeit und Mitsprache in den finanzierenden Institutionen liegen oder auf einer aktiven Mitsteuerung des Forschungsprozesses durch die interessierte Öffentlichkeit? Schließlich stellt sich sechstens die Frage, welche Rückwirkung eine solche Öffnung auf die Wissenschaft selbst haben kann. Welche Konsequenzen für das Ethos der Wissenschaft sind zu erwarten? Siegt letztlich die „Show“ über die „Substanz“, wenn Forschungsagenden öffentlich verhandelt werden?



Dialog-Café 2: Partizipation in der Öffentlichen Wissenschaft – Methoden, Folgen und Visionen

Impulsgeberinnen und Impulsgeber:

Dr. Sergio Bellucci, TA-SWISS – Zentrum für Technologiefolgen-Abschätzung, Bern

Prof. Dr. Caroline Y. Robertson-von Trotha, ZAK - Zentrum für Angewandte Kulturwissenschaft und Studium Generale – Karlsruher Institut für Technologie (KIT), Karlsruhe

Dr. Harald Wilkoszewski, Population Europe, Brüssel

Begleitung: Prof. Dr. Ursula Münch, Akademie für Politische Bildung Tutzing

Moderation: Sebastian Fellner, Schader-Stiftung

Protokoll und Bericht: Johanna Volk und Sebastian Fellner, Schader-Stiftung

Das Dialog-Café 2 diskutiert die Frage, wie Partizipation zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit stattfinden kann. Die Einbindung von Bürgerinnen und Bürgern in den Forschungsprozess, über die reine Wissensvermittlung hinaus, birgt diverse Herausforderungen: Mit welchen Methoden gelingt die Inklusion wissenschaftsexterner Akteure, sodass Partizipation nicht nur als Legitimationsprozess wissenschaftlicher Forschung verstanden wird? Welche Folgen hat die Einbindung von Laien in den Wissenschaftsprozess? Welche neuen Formen von Beteiligung gibt es und wo zeichnen sich die Grenzen der Einbeziehung ab?

Warum Partizipation?

Wissenschaft finanziert sich aus einem nicht unerheblichen Teil öffentlicher Mittel und hat daher, so der Konsens der Diskussion, eine Informationspflicht gegenüber der Öffentlichkeit und den Steuerzahlenden. Ihre Aufgabe erschöpft sich dabei nicht in einem oberflächigen Vermittlungsformat, sondern beinhaltet darüber hinaus einen Bildungsauftrag. Durch die Partizipation von wissenschaftsexternen Akteuren findet eine Annäherung an diesen Auftrag statt. Des Weiteren verfolgt Öffentliche Wissenschaft, so ein Diskussionsbeitrag, das Ziel, mit dialogorientierter Kommunikation und Interdisziplinarität kritische Meinungsbildung zu fördern, wissenschaftliche Prozesse zu öffnen und die interessierte Öffentlichkeit teilhaben zu lassen.

Wie nutzbringend die frühe Einbeziehung der Bürgerschaft in den Wissenschaftsprozess sein kann, zeigt Sergio Bellucci in seinem Impulsvortrag am Beispiel der Schweiz, in der die Partizipation an bestimmten Forschungsthemen gesetzlich vorgeschrieben ist. Das Zentrum für Technologiefolgen-Abschätzung TA-SWISS beobachtet frühzeitig neue, kontrovers diskutierte Technologien und arbeitet sie interdisziplinär auf. Dabei ist es bereits in einem anfänglichen Stadium wichtig, die Einstellungen und Meinungen der Bürgerinnen und Bürger durch partizipative Verfahren in die Forschung einfließen zu lassen.

Im Mittelpunkt steht an dieser Stelle eine dialogische Orientierung: Der Partizipationsprozess beginnt mit der Informationsvermittlung und mündet idealerweise in einem Dialog, um die Standpunkte der Beteiligten möglichst differenziert erfassen zu können.

Wer partizipiert?

Der Einbezug der interessierten Öffentlichkeit in den Forschungsprozess funktioniert nicht, ohne die Teilnehmenden im Vorfeld der Diskussion für das Thema zu sensibilisieren. Mithilfe von Informationsmaterial kann die Thematik verständlich und transparent für die Öffentlichkeit aufbereitet werden. Hierbei ist es wichtig, Teilnehmerinnen und Teilnehmer darüber aufzuklären, dass es bei Partizipationsverfahren im Zusammenhang mit Forschungsprojekten um Empfehlungen der Bürgerinnen und Bürger geht, die selten entscheidungsrelevant sind. Diese Information trägt dazu bei, Frustration vorzubeugen und die Motivation für zukünftige Partizipation aufrechtzuerhalten.

Eine der größten Herausforderungen hinsichtlich partizipativer Verfahren besteht darin, ein breites Spektrum an Teilnehmenden zu erreichen, das auch Personen aus bildungsfernen Schichten einschließt. Darauf bezugnehmend regt eine Teilnehmerin an, das Thema Partizipation bereits im schulischen Bereich zu berücksichtigen, damit sich ein Selbstverständnis von Beteiligung entwickeln kann.

Sergio Bellucci erläutert in seinem Impulsvortrag, dass aktuelle und gesellschaftsnahe Themen häufig mit Emotionen behaftet sind. Die Wissenschaft steht daher vor der Herausforderung, die Gefühle der beteiligten Bürgerschaft im Forschungsprozess einzubinden. In komplexen Wissenschaftsbereichen, wie zum Beispiel der Quantenphysik, sollen interessierte Laien durch Aufklärung für die Themen sensibilisiert werden. Für die Wissenschaft bedeutet das, eine verständliche, aber nicht unterkomplexe Vermittlung der oft differenzierten Themenfelder.

Probleme der Kommunikation

Für Themen ohne Schnittpunkte mit der Alltagswelt der Bürgerinnen und Bürger, so der Einwand eines Teilnehmers, stellt sich die Frage nach der Auswahl der Partizipierenden. Er schildert seine Bedenken bezüglich des Phänomens der Schwarmintelligenz: Wie qualitativ aussagekräftig ist der Output einer größeren Zahl von Bürgern? Besonders in der Politik ist eine qualifizierte Expertenmeinung vergleichsweise oft ausschlaggebender.

Berührungspunkte der Wissenschaft mit einer breiteren Öffentlichkeit resultieren auch aus dem fehlenden Vertrauen, dass die Kommunikation mit Teilen der Bevölkerung ohne entsprechende Vorbildung zu sinnvollen Ergebnissen führt. Mehrere Teilnehmende schildern daraufhin ihre Beobachtung, wonach das Öffentlichkeitsverständnis der Wissenschaften im Wandel ist. Forschungsinstitute setzen sich in zunehmendem Maß mit dem Thema Öffentlichkeit auseinander.

Eine weitere Überlegung der Teilnehmenden ist, inwieweit die Aufarbeitung der Partizipationsergebnisse nicht letztlich doch wieder nur eine Konstruktion der Wissenschaft bleibt. Wie gelingt es Wissenschaft, die Meinungen von Partizipierenden in ihren Forschungsagenden angemessen wiederzugeben, auch wenn diese ihrer Ansicht nach qualitativ kaum etwas zur wissenschaftlichen Diskussion beitragen?

Sergio Bellucci erläutert dazu das Vorgehen seines Instituts, in dem die Aufarbeitung der Ergebnisse unter regelmäßiger Rücksprache und Begutachtung von Bürgerinnen und Bürgern stattfindet. Der Prozess ist jedoch mit viel Aufwand verbunden.

Ein Teilnehmer schildert als negatives Beispiel die vorgegebenen Abläufe bei der Erstellung von Bundesberichten als Teil der Forschungsberichterstattung der Bundesregierung und der Länder, in welche, nach seiner Auffassung, die Bevölkerung nur bis zu einem gewissen Grad eingebunden und informiert wird, bevor der Bericht ohne weitere Partizipationsmöglichkeiten fertiggestellt wird.

Caroline Y. Robertson-von Trotha, Direktorin des Zentrums für Angewandte Kulturwissenschaft und Studium Generale am Karlsruher Institut für Technologie, weist deshalb auf die Kontinuität als eine der wichtigsten Kriterien von Partizipation hin. Als Marke kann Öffentliche Wissenschaft Spannung erzeugen – in den Wissenschaften und der Zivilgesellschaft. Die Reputation der Marke ist zur Generierung von Themeninteressen und der Wissensvermittlung wichtig.

Wie weit geht Partizipation?

Öffentliche Wissenschaft ergibt sich aus einer Wechselseitigkeit: Damit Partizipation funktionieren kann, ist es Aufgabe der Wissenschaft, ihre Ergebnisse verständlich zu kommunizieren und zusätzlich Bürgerinnen und Bürger in den weiteren Forschungsprozess einzubeziehen. Allerdings nicht in dem Maße, die Öffentlichkeit über die Durchführung einzelner Forschungsprojekte entscheiden zu lassen. Die interessierte Öffentlichkeit sollte jedoch das Recht auf Debatten, beispielsweise zur Notwendigkeit von Grundlagenforschung, haben. Die tatsächliche Relevanz der Ergebnisse partizipativer Verfahren und ihre Übertragbarkeit sind in jedem Fall zu beachten.

Die Wissenschaft auf diese Weise demokratisieren zu wollen, bezeichnet eine Teilnehmerin als Illusion. Anstatt die Bürgerschaft in die Wissenschaft einzubinden, müssen die Wissenschaftsinstitute neu gedacht werden. Eine Basisdemokratisierung der Wissenschaft kann nicht funktionieren. Caroline Y. Robertson-von Trotha konkretisiert im zweiten Impulsvortrag das Problem der Policy-Erwartungen an den Partizipationsbegriff. Bei der Partizipation von Bürgerinnen und Bürgern stellen sich in der heutigen gesellschaftlichen Unübersichtlichkeit die Fragen, wie Partizipation umgesetzt werden kann, wo Grenzen gezogen werden und ob sich einzelne Teilgruppen nicht mittlerweile überschneiden.

Im Zuge der Partizipation von Bürgerinnen und Bürgern wird die Abgrenzung zwischen dem Wissen von Citizen Science, also Bürgerinnen und Bürger, die forschen, und Scientist Citizens, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die Öffentliche Wissenschaft betreiben, unklar. Wissenschaftsakteure können außerhalb ihres Fachgebiets ebenso Laienwissen produzieren wie der partizipierende Bürger. Dabei überlappen sich beide Teilbereiche. Entscheidend ist in diesem Zusammenhang, so der Tenor der Diskussionsbeiträge, dass Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler darlegen, in welcher Rolle sie auftreten und kommunizieren. Die Frage lautet: Wer spielt wann welche Rolle?

Formate der Partizipation

Dem Internet wird als Plattform für einen partizipativen Diskurs bezüglich der Möglichkeiten und Herausforderungen von Bürgerbeteiligung eine große Rolle beigemessen. Wie sich in der Diskussion nach dem zweiten Impulsvortrag herausstellt, ist es jedoch in Netzbeiträgen noch schwieriger nachzuvollziehen, welches Wissen dem neuesten Stand entspricht und welches als Laienwissen für eine breite Öffentlichkeit übersetzt wird. Zudem kann es nicht als Einordnungs- oder Vermittlungssystem genutzt werden.

Die Teilnehmenden stimmen überein, dass für den Diskurs mit außerwissenschaftlichen Akteuren begehbare Orte und Formate geschaffen werden müssen, an denen



Wissenschaft öffentlich wird. Ein solcher „geschützter“ Raum ist, so eine Teilnehmerin, die Voraussetzung für Begegnungen und Dialoge jenseits institutioneller und disziplinärer Restriktionen. Darüber hinaus betont die Impulsgeberin die Wichtigkeit des interdisziplinären Einsatzes unterschiedlicher Formate, wie Vorträge, Symposien, Theater, Film oder offene Reallabore.

Im dritten Impulsvortrag stellt Harald Wilkoszewski einige konkrete Formate aus seiner Arbeit als Leiter des Brüsseler Büros von Population Europe, einem Netzwerk führender demografischer Forschungseinrichtungen in Europa, vor. Unter anderem erläutert er das „Journalist in Residence Fellowship“. Das Stipendium ermöglicht Journalistinnen und Journalisten einen Gastaufenthalt am Institut. Das Stipendium hat das Ziel, die Vermittlung zwischen Wissenschaft und Gesellschaft zu stärken und die journalistische Berichterstattung über gesellschaftspolitische Themen zu fördern. Des Weiteren geht es darum, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern Wege aufzuzeigen, wie die Kommunikation wissenschaftlicher Ergebnisse in die Öffentlichkeit verbessert werden kann. Dadurch wird nicht nur das Verständnis für Journalismus gestärkt, sondern zugleich die Einsicht, dass komplexe wissenschaftliche Sachverhalte auch in den Medien dargestellt werden können.

Als weiteres Beispiel nennt Harald Wilkoszewski den Verein „Rostock denkt 365°“. Der Verein sieht seine Ziele in der Förderung der Verankerung von Wissenschaft und Forschung in der Stadtgesellschaft, von Bildung und Erziehung, von Kunst und Kultur sowie der Völkerverständigung und internationalen Vernetzung. Zur Verwirklichung seiner Ziele organisiert der Verein wissenschaftliche und kulturelle Veranstaltungen und Ausstellungen für Bürgerinnen und Bürger aller Altersgruppen und sozialen Schichten, aus allen Stadtteilen und Berufsgruppen. Der Verein organisiert unter anderem den Workshop „Rostock’s Eleven“. Hier bekommen Wissenschaftsjournalisten einen Einblick in die Forschungsarbeiten von Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftlern und prämiieren dabei eine der Präsentationen.

Als Notwendigkeit für alle Formate Öffentlicher Wissenschaft wird von den Teilnehmenden des Dialog-Cafés eine externe Moderation angesehen, die in ausgleichender und katalysierender Funktion zwischen Wissenschaft und Bürgerschaft vermittelt.

Mit den Bürgerdialogen der Bundesregierung „Gut leben in Deutschland“ führt Harald Wilkoszewski letztendlich noch ein Partizipationsprogramm an, das nach seinem Dafürhalten den Kriterien einer Öffentlichen Wissenschaft nicht genügt, da Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler bei diesen Formaten lediglich eine beratende Funktion einnehmen.



Agenda-Setting

Ein wiederkehrendes Thema während der Diskussionen ist die Frage nach dem Agenda-Setting. Partizipative Wissenschaft darf die Bürgerschaft nicht erst dann einbeziehen, wenn die Fragestellung und das Format feststehen, sondern soll schon am Anfang des Prozesses ansetzen. Wer benennt aber die Themen und entscheidet, welche Fragen wichtig sind – die Wissenschaft oder die Zivilgesellschaft? Bei dieser Frage besteht bei den Teilnehmenden des Dialog-Cafés Uneinigkeit. Die Partizipation von Öffentlichkeit bei der Generierung von Fragestellungen ist ein Ausweg aus der Frage, welche wissenschaftlichen Themen wirklich relevant für die Öffentlichkeit sind, so die Überlegung einer Teilnehmerin.

Finanzierung

Das Forschen Öffentlicher Wissenschaft hat Folgen für die Finanzierung von Forschungsprojekten. Die Vergabe von Forschungsgeldern der öffentlichen Hand geschieht zu einem Großteil nach der Einlösung eines Bildungsauftrages und der Einbeziehung von Öffentlichkeit. Harald Wilkoszewski thematisiert diesen Stellenwert der Einbeziehung von Öffentlichkeit bei der Generierung von Forschungsgeldern in seinem Impulsvortrag. Kriterien für die Unterstützung von Forschung sind die gesellschaftliche Ausrichtung des Forschungsthemas und die Einbeziehung außerwissenschaftlicher Gruppen. Eine Teilnehmerin wirft die Frage auf, ob durch den äußeren Druck der Geldgeberkriterien zur Herstellung einer Öffentlichkeit die Partizipation einen Alibi-Charakter bekommt. Dem wird widersprochen. Der Impactbereich ist mittlerweile sehr stark, sodass die Frage, an wen die Forschung adressiert ist, von Beginn an gestellt werden muss.

Forschungsniveau

Die möglichen Auswirkungen von Partizipation auf das Niveau von Wissenschaft werden während der Diskussion in mehreren Beiträgen angesprochen. Das Forschungsniveau von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, die sich um eine verständliche Formulierung ihrer Forschungsergebnisse bemühen, damit Öffentliche Wissenschaft zu Stande kommt, wird immer noch als niedrig und als unterkomplex angesehen.

Bezüglich der Auswirkungen von Partizipation auf Wissenschaft spricht ein Teilnehmer die zeitlichen Ressourcen von Wissenschaftsakteuren an. Die Realisierung von Öffentlicher Wissenschaft darf nicht den klassischen Wissenschaftsfortschritt aufhalten.

Ein Teilnehmer weist auf die ungleiche Augenhöhe von wissenschaftsinternen und wissenschaftsexternen Akteuren hin. Er bezieht sich dabei vor allem darauf, dass Laien Zeit und Sachverstand unentgeltlich einbringen, während Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler hierfür entlohnt werden. Dieser Überlegung wird jedoch widersprochen. Wissenschaft sollte eine altruistische Motivation haben.

Organisation von Wissenschaft

Das im dritten Impulsvortrag vorgestellte Netzwerk Population Europe ist ein Zusammenschluss mehrerer Forschungsinstitute. Es ist das Ergebnis eines wachsenden Drucks auf die Wissenschaft. Wie in der Diskussion bereits erwähnt, entscheidet europäische Forschungsförderung immer mehr unter Berücksichtigung der Auswirkung des Projekts für die Gesellschaft. Gleichzeitig etablieren sich Akteure, wie Politikberatungen, außerhalb der Universitäten; diese sind schneller und handlungsfähiger und treten in Konkurrenz zu den etablierten Akteuren. Diese Entwicklungen begünstigen einen Netzwerkcharakter, der die einzelnen wissenschaftlichen Einrichtungen stärkt.

In einem zusammenfassenden Rückblick wird deutlich, dass das Interesse von Wissenschaft und Öffentlichkeit an Öffentlicher Wissenschaft vorhanden ist. Nach wie vor bestimmen jedoch unterschiedliche Definitionen von Öffentlicher Wissenschaft die Diskussion. Diese müssen geklärt werden, um Formate und Disziplinen bestimmen zu können.

Resümee

Ursula Münch, Mitglied des Kleinen Konvents der Schader-Stiftung, die das Dialog-Café wissenschaftlich begleitet, fasst den Gesprächsverlauf und die Ergebnisse der drei Sessions abschließend zusammen. Sie stellt fest, dass eine Schwierigkeit darin besteht, den Begriff Öffentliche Wissenschaft zu definieren. Des Weiteren besteht – so eine Beobachtung Münchs – ein Interesse der Öffentlichkeit als auch der Wissenschaft am Konzept der Öffentlichen Wissenschaft.

Kontrovers diskutiert wird zudem der Aspekt der Demokratisierung: In welcher Phase von Wissenschaft, in welchem Ausmaß und in welchem Rahmen soll Partizipation Einzug halten? Einigkeit besteht darin, dass der Einbezug der Öffentlichkeit eng verbunden ist mit der Pflicht der Wissenschaft, einerseits Rechenschaft abzulegen gegenüber den Steuerzahlern, andererseits neue Themen zu generieren.

Ursula Münch führt dabei den Verzerrungsaspekt von Partizipation an: Welche Bürgerinnen und Bürger beteiligen sich tatsächlich? Was sind die Grenzen von Partizipation mit Blick auf die Öffentlichkeit?

Abschließend hat sich das Dialog-Café 2 mit der Frage beschäftigt, wie sich der Einbezug von Partizipation auf die Organisation der Wissenschaft auswirkt. Ursula Münch verweist in diesem Zusammenhang darauf, dass die Wissenschaft unter dem Gebot der Einbeziehung der Öffentlichkeit von einem Netzwerkcharakter profitieren kann.



Dialog-Café 3: Strukturen Öffentlicher Wissenschaft

Impulsgeberinnen und Impulsgeber:

Dr. Ulrich Schreiterer, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung

Staatssekretär a.D. Prof. Dr. Joachim-Felix Leonhard, Vorsitzender des Stiftungsrats der Schader-Stiftung, Alsbach

Bundesminister a.D. Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Klaus Töpfer, Potsdam

Begleitung: Prof. Dr. Gabriele Abels, Eberhard Karls Universität Tübingen

Moderation: Natascha Riegger, Schader-Stiftung

Bericht und Protokoll: Alina Gute und Natascha Riegger, Schader-Stiftung

Wir leben in einem Zeitalter der fortschreitenden Digitalisierung, neue Kommunikationsmittel und innovative Formen des Wissenstransfers werden generiert. Die Beziehung zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit entwickelt sich dementsprechend neu. Die Strukturen des Wissenschaftssystems und der gesellschaftlichen Sektoren sind das Thema des Dialog-Cafés 3. Es werden die Strukturen des heutigen Wissenschaftssystems hinterfragt und die Teilnehmenden gehen der Frage nach, inwieweit diese überhaupt eine Öffnung hin zu einer Öffentlichen Wissenschaft erlauben. Des Weiteren werden die Rolle der Sprache und der neuen Kommunikationsmittel, das Spannungsverhältnis zwischen Öffentlichkeit und Wissenschaft und die Strukturveränderungen innerhalb der Wissenschaft genauer betrachtet. Welche Art des gegenseitigen Interesses, Vertrauens und verlässlichen Dialogs benötigt eine Öffentliche Wissenschaft und was sind die Kriterien funktionierender Strukturen über die Grenzen von Disziplinen, Sektoren und Generationen hinaus?

Sprache und neue Kommunikationsmittel in der Öffentlichen Wissenschaft

Den ersten Impuls hält Ulrich Schreiterer. Anhand dreier Merkmale beschreibt Ulrich Schreiterer seine Auffassung von Öffentlicher Wissenschaft – wie diese sein und nicht sein soll. Öffentliche Wissenschaft soll weder eine Public Relations-Veranstaltung noch ein reiner Transfer von Problemlösungen zwischen Wissenschaft und Praxis sein. Der Transfer des Wissens soll Teil des Vermittlungsprozesses zwischen Wissenschaftlern und Zivilgesellschaft darstellen. Ebenso soll die Öffentliche Wissenschaft nicht an erster Stelle Verfügungswissen weitergeben. Nach der Auffassung von Schreiterer hat Wissenschaft die Aufgabe, Öffentlichkeit miteinzubeziehen, wo dies möglich ist. Durch die fortschreitende Digitalisierung wird die Wissenschaft grundlegend verändert, was die Entstehung neuer Strukturen innerhalb des Systems zur Folge hat. Diese Veränderung wird unter dem Schlagwort Open Science in der Wissenschaft zusammengefasst. Neue Medien, worunter vor allem die sozialen Netzwerke und Blogs zu verstehen sind, haben durch ihre vielfältigen Kommunikationsmittel das Potential, mehr Transparenz in der Wissenschaft zu schaffen. Die Wirkungsräume von Wissenschaft erweitern sich und mehr Anregungsräume werden durch die digitalisierte Kommunikation gebildet. Abschließend betont Ulrich Schreiterer, dass die neuen Medien

als potentielle Möglichkeitsräume für die Öffentliche Wissenschaft dienen können, er aber eine skeptische Haltung demgegenüber einnimmt.

In der anschließenden Diskussion verdeutlicht sich, dass Sprache und Rhetorik eine wesentliche Rolle in der Öffentlichen Wissenschaft einnehmen. Die Sprache muss verständlich sein, sodass die breite Öffentlichkeit die Wissenschaft verstehen kann. Umso bedeutsamer ist vor diesem Hintergrund die universitäre Lehre, so ein Professor: Die Lehre in der Universität kann nicht nur eine praxisnahe Sprache und Rhetorik, sondern auch ein kritisches Denken vermitteln. Die Sprache ist ein wichtiges Instrument, um die Beziehung zwischen Öffentlichkeit und Wissenschaft zu fördern. Durch eine Reihe von Beiträgen wird deutlich, dass Wissenschaftsakteure diese Formen der Kommunikation erst noch üben müssen und sie daher im universitären Bereich trainiert werden sollen.

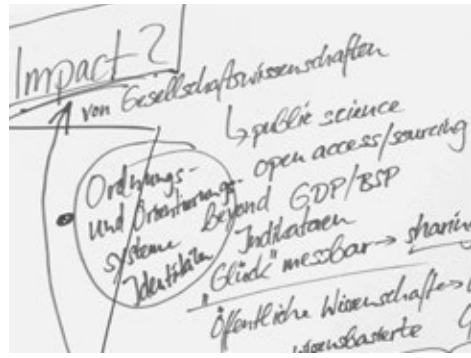
Die Strukturen der Wissenschaft haben sich durch die digitalen Kommunikationsmittel wesentlich verändert. Eine Neustrukturierung lässt sich auf Grund der steigenden Zahl innovativer Kommunikationstechnologien nicht vermeiden. Die sozialen Medien bergen allerdings Vor- wie auch Nachteile hinsichtlich Öffentlicher Wissenschaft. Im Gegensatz zu den konventionellen Mitteln der Wissenschaftskommunikation haben die neuen Medien die Möglichkeit, ein breites Publikum mit Onlinepublikationen zu erreichen und sie über neueste Entwicklungen und Erkenntnisse zu informieren. Die neuen Medien bieten außerdem Forschern die Chance, besser Crowdfunding zu betreiben. Crowdfunding ist nach Schreiterers Ansicht eine ideale Form, Wissenschaft der Öffentlichkeit zugänglich zu machen und diese in die Forschung zu integrieren.

Gleichzeitig geraten jedoch die Glaubwürdigkeit und die Qualität der Wissenschaft durch die Vielzahl der verschiedenen digitalen Kommunikationsforen in Frage. Der Überfluss an Informationen im Internet bringt nämlich nicht allein nur Vorteile mit sich. Jeder kann zu jeder Zeit bloggen und Einträge mit seiner eigenen Meinung veröffentlichen. Dadurch entstehen viele Fälschungen im Netz. Vor diesem Hintergrund ist heutzutage eine Unterscheidung zwischen Wissenschaftlern und Laien im Internet fast unmöglich und erschwert es den Nutzern, den aktuellen Forschungsstand zu ermitteln, so ein Wissenschaftsmanager. Hinzu kommt, dass es nach Meinung vieler Teilnehmenden des Dialog-Cafés kaum noch eine neutrale Berichterstattung in den öffentlichen Medien gibt.

Als einen weiteren wesentlichen Punkt der Diskussion nennt ein Teilnehmer die Kritik an dem gegenwärtigen Wissenschaftssystem, welches die Öffentliche Wissenschaft beeinflusst. Eine fortschreitende Spezialisierung an den Universitäten gefährdet sowohl einen Überblick als auch die eigentlich angestrebte Transparenz. An dieser Stelle werden Strukturhilfen benötigt.

Abschließend wird von Ulrich Schreiterer und Gabriele Abels, Mitglied des Kleinen Konvents, festgehalten, dass der Einfluss der sozialen Medien auf die Öffentliche Wissenschaft noch nicht abzuschätzen ist und gleichzeitig Chance und Hindernis für die Öffentliche Wissenschaft darstellen kann. Es stellt sich zum Abschluss die Frage: Welche Strukturen sollten aufgebaut werden, um die Wissenschaft zu filtern und die Öffentlichkeit an der Wissenschaft teilhaben zu lassen?

Auf die Rolle der Schader-Stiftung bei der Förderung der Kommunikation zwischen den Gesellschaftswissenschaften und der Öffentlichkeit wird zum Abschluss hingewiesen. Nach Meinung der Teilnehmer des Dialog-Cafés hat die Stiftung die Möglichkeit, als Filter und Kommunikationsstelle zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit zu agieren. Hierfür müssten aber die zwei unterschiedlichen Kommunikationswelten der Öffentlichkeit und der Wissenschaft einander angepasst werden, um überhaupt in einen erfolgreichen Dialog treten zu können.



Im Spannungsverhältnis zwischen Öffentlichkeit und Wissenschaft

Den zweiten Impuls gibt Joachim-Felix Leonhard. Zu Beginn stellt er die Frage: „Was ist Öffentliche Wissenschaft und was ist sie nicht?“ Er zählt Wissenschaftsfelder auf, welche zu den verborgenen gehören. Die Pharmazie, Medizin, Gentechnologie oder Klimaengineering seien einige Wissenschaften, welche für die Öffentlichkeit kaum bis gar nicht zugänglich sind. Hier würden Forschungsmethoden und -ergebnisse nur in den seltensten Fällen für die Gesellschaft offengelegt. Auch werde in diesen Wissenschaften in der Regel Grundlagenforschung betrieben. An diesem Punkt lässt sich die Konfliktzone zwischen Öffentlichkeit und Wissenschaft erkennen, so der Referent. Die Einbeziehung der Öffentlichkeit in die Forschungsprozesse stellt sich als schwierig dar, weil dies eine Störung für die Wissenschaftsprozesse zur Folge haben kann. Die Öffentlichkeit hat jedoch die Position inne, als Kontrollmechanismus von geheimer Forschung zu fungieren, so Leonhard.

In der anschließenden Diskussion wird vor allem das Spannungsverhältnis zwischen Öffentlichkeit und Wissenschaft thematisiert. Die Grundlagenforschung und die Anregungsprozesse müssen differenziert betrachtet werden, wenden einige Teilnehmer ein. Die Einbeziehung der Öffentlichkeit in die Forschung wird meist als Beeinträchtigung der Wissenschaftsprozesse gesehen. Es gilt dabei zu klären, in wieweit die Felder Öffentlichkeit und Wissenschaft miteinander zu vereinbaren sind. In diesem Zusammenhang stellt sich die „Story-Telling-Frage“: Wie wird Grundlagenforschung am besten öffentlich vermittelt? Und wie kann eine Massengesellschaft ausreichend über neue Forschungsprozesse und -erkenntnisse informiert werden? Wichtige Anlaufstellen bilden dabei die Universitäten oder Hochschulen. Sie dienen als Antennen von Wissenschaft in die Öffentlichkeit. Hierzu werden von einigen Teilnehmern des Dialog-Cafés Fragen gestellt: An wen wird die Wissenschaft adressiert? In welcher Form wird sie adressiert? Und welche Strukturen würden funktionierende Formate benötigen?

Öffentlichkeit und Praxis müssen differenziert betrachtet werden, so ein Teilnehmer. Er führt weiter aus, dass die Grundlagenforschung eine sehr bedeutsame Position im Wissenschaftssystem einnimmt. Sie muss erhalten, aber die Öffentlichkeit stärker einbezogen werden. Die Universitäten reduzieren ihre Grundlagenforschungsfächer, weil sie deren Nutzen in Frage stellen. Im Gegenzug werden immer häufiger spezialisierte Fächer angeboten. Die Folge ist, dass die Anzahl der Fächer an Universitäten wächst und dabei Überblick und Transparenz für die Öffentlichkeit verloren gehen. Die Inhalte der Fächer werden durch das aktuelle Bildungssystem verkürzt und eingeschränkt. Ein zentrales Problem stellt in diesem Zusammengang die Verschulung und Ökonomisierung der Universitäten dar, wird ergänzt. Die Qualität der Bildung, vor allem der Forschung, leidet unter der Reduzierung der Grundlagenfächer und der mangelnden Zeit. Mit der fehlenden Zeit fehlen auch die Möglichkeiten, um die Öffentlichkeit mit in die Forschungsprozesse einzubeziehen.

Zum Abschluss der Diskussion wird auf die Schader-Stiftung als Akteur in diesem Spannungsverhältnis eingegangen. Sie kann innerhalb der Schnittstelle zwischen Wissenschaft, Praxis und der Öffentlichkeit handeln und die Gesellschaftswissenschaften anschaulicher und besser für die Öffentlichkeit zugänglich machen. In der Zusammenfassung der zweiten Session durch das Mitglied des Kleinen Konvents der Schader-Stiftung, Gabriele Abels, wird betont, dass die Öffentlichkeit als Kontrollmechanismus für geheime Forschung dienen kann, dies aber gleichzeitig eine Beeinträchtigung für Wissenschaftsprozesse darstellt.

Strukturveränderung

Innerhalb des dritten und letzten Impulses geht Klaus Töpfer auf die Frage ein, wie offen die Wissenschaft ist. Um diese Frage genauer zu beantworten, nimmt er Bezug auf die Politik. Viele Bürger fühlen sich heutzutage von der Politik genauso ausgeschlossen wie von der Wissenschaft. Die Politik versucht sowohl interne als auch externe Strukturen der Öffentlichkeit anzupassen und sich dieser zu öffnen. Die steigende Anzahl der Arbeitskreise suggeriert, dass eine Strukturveränderung innerhalb der Politik bereits initiiert wurde. Die Kommunen stellen eine äußerst wichtige Verbindung zwischen der Öffentlichkeit und der Politik dar. Töpfer verweist auf die Wissenschaft, die nachziehen und die Strukturen an die Öffentlichkeit anpassen muss. Nichtsdestotrotz muss mit Blick auf die vorherigen Dialog-Cafés ein „Partizipations-Overkill“ vermieden werden, so einige Teilnehmer der letzten Session. Die Öffentliche Wissenschaft hat ihre Grenzen.

Resümee

Zusammenfassend für das Dialog-Café lässt sich folgendes feststellen: Es bleibt offen, wie öffentlich die Wissenschaft sein kann, ohne ihre eigenen, bereits vorhandenen Strukturen zu gefährden. Die Strukturveränderung der Wissenschaft wird durch die sozialen und neuen Medien sowohl positiv als auch negativ stark beeinflusst. Das konkrete Ausmaß der Bedeutung der digitalen Kommunikationsmittel gilt es allerdings noch abzuschätzen. Das Einbeziehen der Öffentlichkeit in die Grundlagenforschung stellt eine weitere Herausforderung dar. Auch hier ist noch unklar, inwieweit die beiden Felder miteinander zu vereinbaren sind. Zwar wird die Bedeutung des Austausches zwischen Forschung und Gesellschaft betont, es gilt allerdings noch zu klären, inwieweit eine Öffnung hin zu einer Öffentlichen Wissenschaft möglich ist, ohne die eigenen Arbeits- und Forschungsprozesse zu beeinträchtigen. Es benötigt Strukturen des gegenseitigen Interesses und Vertrauens, damit alle Akteure – sowohl aus den zivilgesellschaftlichen als auch akademischen Bereichen – von einer Öffentlichen Wissenschaft profitieren.



Dialog-Café 4: Koproduktion als Element Öffentlicher Wissenschaft

Impulsgeberinnen und Impulsgeber:

Peter Zoche, Fraunhofer-Institut für System- und Innovationsforschung (ISI), Karlsruhe

Prof. Dr. Ulrike Gerhard, Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg

Michael Wihlenda, Weltethos-Institut an der Universität Tübingen

Begleitung: Prof. Dr. Stephan Lessenich, Ludwig-Maximilians-Universität München

Moderation: Dr. Kirsten Mensch, Schader-Stiftung

Bericht und Protokoll: Elena Albrecht und Dr. Kirsten Mensch

Öffentliche Wissenschaft kann sich vieler Elemente bedienen, etwa auf Wissenstransfer angelegter Prozesse im Nachklang von Forschung oder der Einbeziehung von Öffentlichkeit bei der Finanzierung von Forschungsvorhaben. Ein im Vergleich sehr weitreichendes und in die Wissenschaft selbst hineinreichendes Element ist die Koproduktion wissenschaftlicher Erkenntnis durch Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler einerseits und interessierte Laien andererseits. Das Dialog-Café 4 befasst sich mit der Frage, ob und wie man wissenschaftliche Erkenntnis in diesem Sinne gemeinsam erzeugen kann.

Koproduktion von wissenschaftlicher Erkenntnis

Koproduktion in der Wissenschaft gewinnt an Bedeutung, was Peter Zoche in seinem Impulsvortrag an der vermehrten öffentlichen Förderung von Koproduktionsprozessen belegt. Während Koproduktion im Bereich der Technikfolgenabschätzung etabliert ist, wird diese Form des Erkenntnisgewinns auch in anderen wissenschaftlichen Bereichen zunehmend eingesetzt. Laut Peter Zoche zeichnet sich ein Prozess der Zusammenarbeit zwischen Wissenschaftlern und Laien in funktionaler Hinsicht vor allem durch den Verzicht auf formale Hierarchien und Führungsstrukturen aus. Mögliche Themenfelder für Koproduktionsprozesse dieser Art sieht Peter Zoche vor allem in Fragen der Zukunft: So können sich etwa, wenn es um Technikfolgenabschätzung zukünftiger Technologien geht, Fragen, Ängste, Einschätzungen im direkten Dialog zwischen Wissenschaft und Bürgerinnen und Bürgern ermitteln lassen. Teilnehmende des Dialog-Cafés ergänzen die Themenfelder um all jene Bereiche, in denen es um lokales beziehungsweise regionales Wissen geht. So findet sich auf der während des Dialog-Cafés intensiv beschriebenen Tischdecke diese Aussage: „Lokales Wissen als kontextgebundenes Wissen ist häufig dem Wissen des Zentrums überlegen. Kooperation zwischen beiden schafft Win-Win-Situationen.“

Die Entstehung von Win-win-Situationen bestätigt ein weiterer Teilnehmer des Dialog-Cafés. Koproduktion, so sein Beitrag, kann einen Mehrwert erzielen, der über das rein additive Wissen von Wissenschaft und Praxis hinausgeht, da in solchen Prozessen gleichzeitig theoretische und lebensweltliche Einblicke beleuchtet werden. Peter Zoche ergänzt, dass sich mittels Koproduktion mit Bürgern auch Verhaltensweisen der einzelnen Menschen besser erklären lassen. Verhaltensmuster, die in einem normalen For-

schungsprozess für die Wissenschaften nicht erklärbar wären, werden so durchsichtiger. Als Beispiel für einen Koproduktionsprozess von Wissenschaft und interessierten Laien nennt der Impulsgeber das „Forum Privatheit und selbstbestimmtes Leben in der digitalen Welt“, ein interdisziplinäres Forschungsprogramm mit wissenschaftlicher Zielsetzung. Das Forum bietet sowohl einen virtuellen Raum als auch reale Orte für Meinungsaustausch und Diskussion. Insbesondere das Aufwerfen von Fragen durch die beteiligten Bürgerinnen und Bürger hält Peter Zoche für wertvoll. Deren Fragen finden weitestgehend Eingang in den Forschungsprozess. Zugleich zeigt Peter Zoche die Begrenztheit koproduktiven Erkenntnisgewinns durch die zur Verfügung stehenden Finanzen auf.

Recht schnell wird im Laufe der Diskussion die notwendige Unterscheidung zwischen partizipativen Verfahren wie Bürgerbeteiligungsprozessen in der Stadtplanung und der Koproduktion von wissenschaftlicher Erkenntnis deutlich: Ein Großteil der herangezogenen Beispiele in allen Runden des Dialog-Cafés bezieht sich auf Verfahren, in denen Laien Bedürfnisse oder Wünsche äußern, vielleicht auch Vorschläge unterbreiten können, die sich zumeist auf praktische Belange beziehen. Aber ein intensives Mitwirken an der Gewinnung von wissenschaftlicher Erkenntnis setzt mehr voraus: sowohl was die Inhalte als auch strukturelle Fragen angeht. Während bloßes Partizipieren vor allem das Teilnehmen in vorgegebenen Prozessen meint, werden interessierte und oftmals sehr sachkundige Laien bei ernst gemeinten Koproduktionsverfahren schon zu Anfang in das Verfahren involviert und können mitentscheiden. Ein Teilnehmer ergänzt, dass seiner Ansicht nach auch schon die Prozessgestaltung zu dem Koproduktionsprozess gehört. Demnach sollten die mitwirkenden Laien Einfluss auf die Formate und Abläufe des Prozesses nehmen. Damit gehen auch Konsequenzen für die inhaltliche Seite einher: In Koproduktionsprozessen entwickeln sich unter Umständen andere Forschungsfragen als in rein von Wissenschaftsseite aus betriebenen Forschungsprozessen. Um es mit einem Zitat von der Tischdecke zu verdeutlichen: „Die Frage der Laien in den Gesellschaftswissenschaften ist eine Frage der Fragestellung.“ Dementsprechend entstehen auch andere Ergebnisse. Diese Ergebnisse können, so ein Beitrag, nicht nur einen Mehrwert für den laufenden Forschungsprozess bieten, sondern durch eine Rückkopplung innerhalb der Forschung neue Wege einleiten. Dadurch können andere Zielsetzungen und thematische Innovationen auf die Agenda gelangen. Wissenschaftliche Erkenntnis kann laut einem Teilnehmer allerdings nur dann erzeugt werden, wenn man von Anfang an mitbedenkt, inwieweit das Ergebnis Anwendung in anderen, größeren Bereichen finden kann. Es geht also um Skalierbarkeit und Verallgemeinerbarkeit von Ergebnissen.

Eine Teilnehmerin merkt an, dass auch die Unterscheidung zwischen Interdisziplinarität und Koproduktion zu beachten ist. Koproduktion will mehr als nur verschiedene Disziplinen vereinen. Vielmehr geht es um die Einbeziehung von Laien, die sich trotz der fehlenden formal bezeugten Professionalität als Expertinnen und Experten herausstellen können. Wissen kann nicht nur über eine akademische Ausbildung, sondern auch aufgrund von persönlichem Interesse und durch privates Engagement angeeignet werden. Breitgefächertes Wissen der Wissenschaftlerinnen steht somit einem eher speziellen oder punktuellen Wissen der Bürgerinnen gegenüber und ergänzt sich so gegenseitig.

Motivation

Warum sollten wissenschaftliche und nicht-wissenschaftliche Beteiligte sich überhaupt in Koproduktionsprozessen engagieren wollen? Welche Motivation treibt sie, welche Ziele verfolgen sie, wenn sie an einem Prozess, der ja durchaus schwierigen Koproduktion von wissenschaftlicher Erkenntnis, teilnehmen? Peter Zoche beschreibt die nach seiner Erfahrung sehr heterogenen Motivationen der teilnehmenden Bürgerinnen und Bürger: „Insgesamt ist eine Pluralität von Motivlagen vorhanden, sowohl bezüglich der

Bereitschaft, sich in Koproduktionsprozesse einzubringen, als auch in Hinblick auf den Zweck, der implizit mitgebracht wird, wenn Öffentlichkeit zu so einem Prozess eingeladen wird. Wir haben das in unseren Projekten als sehr nützlich angesehen, weil dann das, was ‚kollektive Intelligenz‘ heißt, auch eine gewisse Vielschichtigkeit beinhaltet.“ Besonders von Vorteil ist die hier angesprochene Heterogenität, laut Peter Zoche, wenn es sich um zukünftige Techniken und Anwendungen handelt. Durch Koproduktion kann hier ein zu großer Einfluss von Lobbyinteressen vermieden werden.

Eine knappe und deutliche Antwort findet eine Teilnehmerin des Dialog-Cafés auf die Frage, warum die nicht-wissenschaftlichen Beteiligten überhaupt mitwirken wollen sollten: „Weil wir in einer Wissensgesellschaft leben!“ Wissen-wollen und Mitwirken-wollen an der Wissenschaft ist für viele Menschen Teil des Lebensstils. Durch die große Informationsspanne, die das Web 2.0 zur Verfügung stellt, ist es möglich, dass sich jeder über wissenschaftliche Sachverhalte informieren kann.

Die Antwort auf die Frage, was Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler dazu bewegt, derartige Koproduktionsprozesse zu wollen, fällt hingegen weder knapp noch deutlich aus. Die Motivation auf Seiten der Wissenschaft bleibt ungeklärt. So merkt Stephan Lessenich an, dass wissenschaftliche Institutionen stärker auf Konkurrenz statt auf Koproduktion ausgerichtet sind: „Unser ganzes System ist eher (...) auf k.o.-Produktion ausgerichtet, auf: ‚Ich produziere und die anderen sollen nicht produzieren.‘“ Er stellt die Forderung in den Raum, dass eigentlich schon innerhalb der wissenschaftlichen Institutionen Koproduktion betrieben werden müsste – eine Forderung, die zum Ende des Dialog-Cafés noch einmal eingängig diskutiert wird.

Offenkundig entscheidend ist es, so ein Resultat dieses Dialog-Cafés, vorab zu klären, mit welchen Zielsetzungen derartige Prozesse starten. Wissenschaftler und Bürger haben unterschiedliche Interessen, die sie den Prozessen zugrunde legen. Hier ist zudem die Finanzierung von Forschungsvorhaben zu berücksichtigen, durch die womöglich ökonomische Interessen in die Forschung einfließen sollen. Wichtig ist in diesem Kontext zu hinterfragen, wie eine Bindung der Koproduzenten an ein solches Projekt erfolgen kann. Sind für den Laien wissenschaftliche Erkenntnisse ein ausreichender Anreiz, um Koproduktionsprozesse bis zum Ende mitzutragen?

Voraussetzungen

Über die Frage der Motivation hinaus gibt es weitere Voraussetzungen, die Koproduktionsprozesse erfüllen müssen, um erfolgreich zu sein. Eine betrifft das Finden der Ebene, auf der alle Beteiligten miteinander diskutieren können. Während Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler meist Diskurse über Kategorien führen, behandeln Bürger in ihren Diskussionen oft Einzelfälle. Entscheidend ist ebenso die Sprache, die die Beteiligten nutzen. Zumindest die Klärung von verschiedenen Begriffsverwendungen ist vonnöten. Zum anderen thematisiert ein Teilnehmer des Dialog-Cafés die Haltung aller Beteiligten zueinander als zentralen Punkt. Auf der Tischdecke notiert er: „Koproduktion setzt eine Haltung voraus, den anderen Teil als genauso wichtig zu betrachten wie sich selbst.“ Zudem darf es von Seiten der Wissenschaft nicht zu einer Indienstnahme der Zivilgesellschaft kommen.

Bei der Klärung der Voraussetzungen stellen sich auch, so ein Teilnehmer, Fragen nach der Machtverteilung in Koproduktionsprozessen: Wer hat welche Macht? Wer erarbeitet die Forschungsthemen? Wer kann Prozesse beenden? Wer kann Prozesse finanzieren und welche Ressourcen stehen zur Verfügung? Gerade weil man unterschiedliche Machtverteilung durch finanzielle Ressourcen nicht unbedingt aufheben kann, ist es wichtig, für transparente Machtstrukturen zu sorgen. Eine Teilnehmerin ergänzt, dass Aushandlungsprozesse und damit auch Machtfragen Teil der Koproduktion sein müssten.

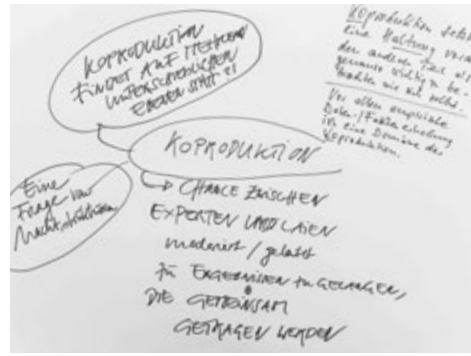


Die Frage nach der Macht prägt auch den Einstieg in die zweite Diskussionsrunde. Die Impulsgeberin Ulrike Gerhard gibt zu bedenken, dass Wissenschaftler in Koproduktionsprozessen gezwungen sind, Macht abzugeben, somit jedenfalls zum Teil auf die eigene Kompetenz, Inhalte und Vorgehen zu steuern, verzichten müssen. Vielleicht, so mutmaßt Ulrike Gerhard, liegt darin auch begründet, dass selbst der Begriff der Koproduktion kaum wissenschaftlich untersucht, geschweige denn das Verfahren oft zur Anwendung gebracht wurde. Sie plädiert nichtsdestotrotz für mehr Koproduktionsprozesse: „Wissenschaftler ‚fliegen‘ über die Prozesse, schauen die Sachen mit verschiedenen Methoden von oben aus einer Art Vogelperspektive an. Bei Koproduktion setzt man sich an einen Tisch, will gemeinsam mit verschiedenen Akteuren, Involvierten reden und will gemeinsam von Anfang an Ideen kreieren. Es wird gefragt, was überhaupt von Interesse ist, und all das geschieht in einem Dialog.“

Grenzen

Nicht zu übersehen, so Ulrike Gerhard, sind die Grenzen der Koproduktion. Sie weiß von vielen koproduktiv geplanten, aber schlussendlich nicht umgesetzten Projekten zu berichten. Vielfach springen sowohl Akteure als auch Investoren ab. Sprechen diese Erfahrungen für die mangelnde Effektivität von Koproduktionsprozessen oder eher dafür, dass der Dialog zwischen den Akteuren sich intensivieren müsste, um zum Erfolg zu führen? Koproduktion lässt sich auf dieser Stufe als Lernprozess beschreiben. Verantwortlich für das Scheitern solcher Prozesse sind vor allem strukturelle Probleme. Koproduktion muss ergebnisoffen sein, wenn man den Beteiligten die Möglichkeit geben will, Entscheidungen auf allen Prozessstufen mitzutragen. Deshalb ist es kaum möglich, am Anfang des Prozesses Projekte oder gar Ergebnisse festzulegen, die die Mitwirkenden gemeinsam erarbeiten sollen. Allerdings, so ein Einwand, kann auch das „Scheitern“ eines Koproduktionsprozesses als Ergebnis begriffen werden. Auch auf den ersten Blick nicht erfolgreiche Dialoge können lehrreich sein. Für das Verfassen wissenschaftlicher Publikationen, so der sofortige Widerspruch, ist aber ein über Scheitern hinausgehendes Ergebnis deutlich geeigneter. Zudem bleibt aus Sicht der Teilnehmenden die Frage offen, ob ein solches Ergebnis für die involvierten Bürger zufriedenstellend ist oder ob sich dadurch deren Motivation, an Koproduktionsprozessen teilzunehmen, abschwächt.

Die notwendige Ergebnisoffenheit eines koproduktiven Prozesses steht zudem im Widerspruch zu den Erfordernissen wissenschaftlicher Antragsstellungen. Selbst jene Förderformate wissenschaftlicher Forschungen, die explizit die Einbindung zivilgesellschaftlicher Akteure erwarten, wünschen sich zugleich bereits bei der Antragstellung eine Festschreibung, was jene Akteure im Rahmen des Forschungsvorhabens leisten werden, wie ein Teilnehmer des Dialog-Cafés darstellt.



Nachhaltigkeit

Beim Thema Nachhaltigkeit ist die Koproduktion von Erkenntnissen laut Ulrike Gerhard bereits etabliert. Der Diskurs über Nachhaltigkeit setzt in großen Teilen auf Verhaltensänderungen der Konsumentinnen und Konsumenten und beinhaltet folglich die These, dass „eine Initiative nur nachhaltig ist, wenn sie von vielen getragen wird und von unten kreiert wurde“. Die Impulsgeberin stellt die in Baden-Württemberg geförderten Reallabore als ein neues wissenschaftliches Format vor, das sich explizit der Entwicklung von Nachhaltigkeitsstrategien widmet. Ulrike Gerhard ist selbst Leiterin des Heidelberger Reallabors Nachhaltige Stadtentwicklung in der Wissensgesellschaft. In Reallaboren wird in Echtzeit Forschung betrieben und dabei versucht, diese Prozesse zeitgleich zu beschreiben. In diesem Format kommen Experten aus Praxis und Wissenschaft sowie Bürgerinnen und Bürger zusammen, um gemeinsam Konzepte zu erarbeiten. Die Koproduktion ermöglicht, zu neuen Erkenntnissen zu kommen, die zuvor nicht im Fokus der Wissenschaften lagen. Eine Teilnehmerin merkt an, dass Koproduktion im Bereich Nachhaltigkeit vor allem aufgrund der Herangehensweise funktioniert, die sich nicht nur auf die Analyse eines Problems beschränkt, sondern eine Handlungsperspektive, zumeist einhergehend mit notwendigen Verhaltensänderungen, mitdenkt. Eine solche Handlungsperspektive führt allerdings nur dann zu tatsächlichen Verhaltensänderungen, wenn die Menschen, die sich später nach dieser richten sollen, von Anfang an in den Entwicklungsprozess involviert sind.

Koproduktion in den Gesellschaftswissenschaften

Gesellschaftswissenschaften befassen sich mit Menschen und deren Verhältnis zueinander. Müssten nicht gerade sie ein Vorreiter in Sachen Koproduktion wissenschaftlicher Erkenntnis sein? Doch so scheint es nicht zu sein: eher im Gegenteil. Warum ist gerade in den Gesellschaftswissenschaften die Koproduktion als Form von Öffentlicher Wissenschaft kaum vertreten? Eine Annahme ist, dass Laien die Gesellschaftswissenschaften als sehr komplex wahrnehmen. Soziologische oder politikwissenschaftliche Diskurse erscheinen abstrakt und sind dementsprechend für Menschen ohne gesellschaftswissenschaftlichen Hintergrund sehr anspruchsvoll. Hinzu kommt, dass diese Wissenschaften oft keine direkten, handlungsleitenden Antworten geben können. Müssten sich daher die Gesellschaftswissenschaften praktischer und emotionaler darstellen, um Bürgerinnen und Bürger für einen gesellschaftswissenschaftlichen Dialog zu gewinnen? Bereits der morgendliche Vortrag von Klaus Töpfer verdeutlichte, dass Umweltorganisationen durch eine gewisse Emotionalität das Verantwortungsgefühl der Bürger wecken.

Eine praktische Schwierigkeit, die aber zugleich, wie die weitere Diskussion zeigt, an das Selbstverständnis innerhalb der Gesellschaftswissenschaften rührt, besteht darin, die Gesellschaft oder einzelne Gesellschaftsgruppen zu untersuchen und sie gleichzeitig als Koproduzent zu involvieren. Gesellschaftswissenschaftliches Wissen,

so ein Beitrag, der der Diskussion eine Wendung gibt, lässt sich nur durch distanzier-tes Beobachten erzeugen. Deshalb spielt auch der Begriff der Werturteilsfreiheit eine zentrale Rolle. Die Wissenschaftlerin, der Wissenschaftler sind aufgerufen, auf ihre Mitmenschen und deren Beziehung zueinander mit emotionalem Abstand zu schauen. Die Gesellschaftswissenschaften stehen vor einem Nähe-Distanz-Problem. Zugleich müssen sie das Beobachtete abstrahieren. Stephan Lessenich beschreibt Wissenschaft aus soziologischer Perspektive: „Wissenschaft heißt, eine andere Beschreibung zu wählen, als jene, mit der die Akteure sich selbst beschreiben.“ So kommt es zu der abstrakten Sprache der Wissenschaften.

Auf diesen Rückzug der Gesellschaftswissenschaftler auf einen scholastischen Standpunkt folgt der Einwurf: Können wir in Zeiten, in denen nachhaltige Lösungen vonnöten sind, um ein langfristiges, gutes Überleben auf diesem Planeten nicht zu verbauen, uns auf eine solche distanzierte Haltung einlassen? Müssen wir nicht, wie eine Teilnehmerin hinzufügt, im Gegenteil viel radikaler in Methoden der Koproduktion denken?

Koproduktion in der Lehre

Um Koproduktion in allen wissenschaftlichen Disziplinen betreiben zu können, muss, so verdeutlicht die bisherige Diskussion, zunächst ein Lernprozess abgeschlossen werden. Es gilt, unterschiedliche Anforderungen, die Koproduktion auf den ersten Blick als schwer umsetzbar erscheinen lassen, miteinander in Einklang zu bringen. Einen möglichen Anknüpfungspunkt für die Etablierung von Koproduktion stellt Michael Wihlenda vor: die Lehre. Er plädiert für die Schaffung von freiem Lernraum an Hochschulen, um so Raum für selbstorganisierte studentische Initiativen zu schaffen. Ein Beispiel hierfür ist die von ihm initiierte World Citizen School in Tübingen. Dort wird es Studierenden ermöglicht, voneinander und miteinander in selbst organisierten Strukturen zu lernen. Sie entwickeln gemeinsam Projekte, wie beispielsweise Seminare oder Podiumsdiskussionen, die das Gemeinwohl im Blick haben und oftmals interdisziplinär besetzt sind. Auch die nicht-universitäre Zivilgesellschaft wird mit diesen Projekten an die Hochschulen gelockt. Durch das selbstorganisierte Fragen von Studierenden wird auf neue Aspekte der Diskurse hingewiesen, die letztlich auch zu Veränderungen in den jeweiligen Disziplinen beitragen können.

In der anschließenden Diskussion kristallisiert sich heraus, dass diese Form von studentischen Initiativen als Modell für Koproduktion dienen kann. Hier lassen sich solche Prozesse innerhalb der Wissenschaft zwischen Studierenden und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern praktisch testen. In diesem ersten Schritt können die Beteiligten größtenteils das Verständigungsproblem zwischen Wissenschaft und „Laien“ ausklammern und sich so auf den Prozess konzentrieren. Denn zwischen Wissenschaftlerinnen und Studierenden ist die nötige „Übersetzungsleistung“ geringer. Dennoch stellt sich die Frage, ob sich dies in einem zweiten Schritt auf einen Koproduktionsprozess mit zivilgesellschaftlichen Akteuren übertragen lässt. Michael Wihlenda äußert sich bejahend: „In dem studentischen Engagement ist eine große Power und ein großes Interesse vertreten. Diese Energie kann letztendlich als Vehikel möglich machen, enger mit zivilgesellschaftlichen Organisationen außerhalb der Hochschulen zusammenzuarbeiten. Der Weg über das studentische Engagement mit den Engagierten kann die Brücke für eine fruchtbare Kooperation in die Zivilgesellschaft schlagen.“ Die Teilnehmenden schließen sich der Meinung an, dass eine Etablierung von koproduktiven Strukturen innerhalb des Wissenschaftssystems ein guter erster Schritt ist. Denn dort sind unterschiedliche Perspektiven und gesellschaftliche Hintergründe vertreten, die für einen Koproduktionsprozess genutzt werden können. Mit diesem Ansatz verbindet sich die Hoffnung, dass Koproduktion sich als „normaler“ Prozess etabliert und damit Teil des Wissenschaftsverständnisses wird.

Resümee

Koproduktion von wissenschaftlicher Erkenntnis ist mehr als Partizipation oder Legitimation von Prozessen durch Einbeziehung von Bürgern und Bürgerinnen. Koproduktion ist auch mehr als das, was Wissenschaft für gewöhnlich macht, nämlich lebensweltliche Wissensbestände als Anreicherung für die eigene Wissensproduktion empirisch zu erheben, fasst Stephan Lessenich, Mitglied des Kleinen Konvents der Schader-Stiftung, zusammen. Es geht stattdessen darum, durch Koproduktionsprozesse andere Fragen für die wissenschaftliche Wissensproduktion zu generieren.

Welche Motivationen haben Beteiligte, an einem solchen Prozess teilzunehmen? Sowohl von der wissenschaftlichen als auch von der nicht-wissenschaftlichen Seite aus gibt es für Koproduktionsprozesse keine guten Voraussetzungen. Dazu zählen beispielsweise das Nähe-Distanz-Problem der Gesellschaftswissenschaften oder Machtasymmetrien, denen sich Bürgerinnen und Bürger gegenübergestellt sehen. Zudem haben die Beteiligten unterschiedliche Erfolgskriterien. Trotzdem sollten Wege gefunden werden, das oftmals spezialisierte Expertenwissen von sogenannten Laien anzuerkennen und zu nutzen.

Stephan Lessenich leitet aus den Ergebnissen als Herausforderung für die Wissenschaften ab: Nur wenn wissenschaftliches Wissen in Wissenschaftssystemen selbst koproduktiv hergestellt wird, entstehen die institutionellen Voraussetzungen dafür, in der Gesellschaft gemeinsam Wissen zu produzieren. Insgesamt wird es darum gehen, die Gelegenheitsstruktur für kooperative Produktion von Wissen erst einmal innerhalb der Wissenschaft zu verbessern, um dann, wie Klaus Töpfer sagt, nicht richtige Antworten auf falsche Fragen zu geben, sondern die richtigen Fragen zu stellen.

Für die Schader-Stiftung eröffnet sich hier ein breites Feld, die Anwendungsmöglichkeiten von Koproduktionsprozessen zu diskutieren und einzelne dieser Prozesse auch zu begleiten.



Dialog-Café 5: Transfer zwischen Wissenschaft und Praxis

Impulsgeberinnen und Impulsgeber:

Wiebke Drews, European University Institute, Florenz

Prof. Dr. Heinz Bude, Universität Kassel

Prof. Dr. Thomas Pleil, Hochschule Darmstadt

Begleitung: Prof. Dipl.-Ing. Julian Wékel, Technische Universität Darmstadt

Moderation: Alice Pawlik, Schader-Stiftung

Bericht und Protokoll: Aaron Szczerba und Alice Pawlik

Das Dialog-Café 5 befasst sich mit der Vermittlung von Öffentlicher Wissenschaft und fragt nach den Bedingungen eines erfolgreichen Wissenstransfers. Neben den dafür vorhandenen Möglichkeiten und notwendigen Methoden werden auch die Folgen des Einbeziehens von Öffentlichkeit diskutiert. Thematisiert wird, unter welchen Bedingungen von einem Zugewinn oder Verlust an Wissenschaftlichkeit gesprochen werden kann. Die Teilnehmenden erörtern Perspektiven einer Wissenschaft, die von Beginn an sowohl Fragestellungen als auch Forschungsinteressen aus Sicht der Praxis integriert, und welche Chancen sich durch digitale Kommunikations- und Austauschplattformen für den öffentlichen Wissenstransfer ergeben können.

Wissenstransfer als dialogischer Prozess

Den ersten Impulsbeitrag hält Wiebke Drews. Sie betont, dass der Wunsch nach und die Bedeutung von einer zugänglichen, aufgeschlossenen und nahbaren Wissenschaft für junge und kommende Generationen besonders hoch ist. Die aktuellsten Befunde des Wissenschaftsbarometers, einer von „Wissenschaft im Dialog“ durchgeführten, repräsentativen Umfrage, machen diese Erkenntnis besonders deutlich: 40 Prozent der Befragten im Alter von 14 bis 29 Jahren geben an, dass ihr Interesse an wissenschaftlichen Themen groß bis sehr groß ist; keine andere Altersgruppe kann ein solch hohes Interesse an Wissenschaft und Forschung vorweisen. Gleichzeitig empfindet mehr als ein Drittel der Befragten, dass sich Wissenschaftler zu wenig bemühen, die Öffentlichkeit über ihre Arbeit zu informieren. Insbesondere über den Themenbereich „Gesellschaft, Erziehung und Soziales“ wünschen sich die 14- bis 29-Jährigen ein Mehr an öffentlichem Austausch. Es sind also vor allem die Gesellschaftswissenschaftler und Gesellschaftswissenschaftlerinnen, die einem höchst interessierten und zugleich fordernden jungen Publikum gegenüberstehen.

Für die oben genannte Altersgruppe bildet das Internet das hauptsächliche Informationsmedium für Themen aus Wissenschaft und Forschung. Die Vielzahl an Kommunikationskanälen des Internets unterscheidet sich jedoch nicht nur in der Quantität, sondern vor allem in der Qualität der verbreiteten Informationen. Wissenschaftliche Blogs lassen zwar Raum für umfangreiche und vor allem kostenlos zugängliche Artikel, bergen jedoch die Gefahr, im Konkurrieren um Leser und Werbepartner die Grenzen

zwischen Information und Sensationalismus zu überschreiten. Durch das rasante Teilen von wissenschaftlichen Informationen über soziale Netzwerke drohen diese so stark gekürzt zu werden, dass sie jegliche Substanz und damit Relevanz verlieren.

Abschließend regt Drews an darüber nachzudenken, wie dialogische Elemente in den Prozess des Wissenstransfers integriert werden können, um einerseits eine rein unidirektionale Weitergabe von Wissen zu vermeiden und gleichzeitig die Dialogbereitschaft und -fähigkeit der Öffentlichkeit zu nutzen. Wissen muss und sollte demnach nicht einfach bereitgestellt und konsumiert werden, sondern im Austausch, aus unterschiedlichen Positionen heraus, betrachtet und bearbeitet werden. Dafür bedarf es, vor allem in Onlinediskussionen, besonderer Formen der Moderation, um einen offenen Dialog auf Augenhöhe gewährleisten zu können.

Unterscheidung von Information und Wissen

In der anschließenden Diskussion werden zunächst die Begriffe Information und Wissen voneinander abgegrenzt. Strukturiertes Wissen beinhaltet immer, im Vergleich zu reinen Informationen, eine implizite Bewertungsdimension, welche dazu befähigt, die Dinge anders zu sehen als bisher üblich. Wo für Informationen bereits ein Open Access-Prozess vorliegt und diese somit relativ leicht zugänglich sind, wird Wissen weiterhin stark konzentriert und monopolisiert. Der hohe preisliche Wert von Wissen ist eine deutliche Nebenerscheinung dieser Tatsache. Außerdem lässt sich Wissen immer in konkrete Handlungsprobleme transformieren. Daraus ergibt sich, so die Überlegung, dass die Öffentlichkeit ein wachsendes Interesse an Wissen im Sinne eines Bewertungsschemas und Handlungspotenzials aufweist.

Lässt sich ein so definiertes Wissen über soziale Medien und andere Online-Kanäle vermitteln? Welche Chancen, aber auch Grenzen hält das Internet für einen öffentlichen Wissenstransfer bereit? Das Internet ermöglicht erste dialogische Elemente zwischen Wissenschaft und Forschung auf der einen Seite und der interessierten Zivilgesellschaft auf der anderen, insofern als es eine Chance zur Transparenz bietet. Anders als bei klassischen Publikationen lässt sich über das Online-Tracking direkt verfolgen, wer die Rezipienten sind und wohin die einzelnen Ausgaben gehen. Aufgrund der deutlich vereinfachten sowie weit gestreuten Kommunikationsmöglichkeiten sozialer Medien lassen sich zudem sehr schnell erste Feedbacks einholen, wodurch sich wiederum ein Bild abzeichnet, welche Themen überhaupt von Relevanz sind und somit auf ein besonderes Interesse stoßen. Ebenso wird der Vorteil der deutlich verkürzten Verwaltungswege von Online-Publikationen erwähnt, weshalb heute nicht mehr davon ausgegangen werden sollte, dass sich diese grundsätzlich in ihrer Qualität von gedruckten Publikationen unterscheiden. Durch eine Reihe von Beiträgen wird deutlich, dass sich die Handlungs- sowie Bewertungsdimensionen von Wissen durchaus über das Internet vermitteln lassen. Doch auch klare Grenzen des Transfers von Wissen werden erkannt. So ist man sich einig, dass die Binnenkommunikation verschiedener Webauftritte einzelner Projekte und Institutionen bislang als ungenügend zu bewerten ist. Auch werden diese von einer nur sehr geringen Anzahl von Personen der Zivilgesellschaft aufgerufen, was sogleich die Frage nach neuen Wegen und Formaten der Bereitstellung von Wissen aufwirft. Es bleibt also weiterhin auszuarbeiten, wie komplexe Erkenntnisse und Fragestellungen aus Wissenschaft und Forschung, in einer gesättigten und dabei nicht einseitigen Darstellung, der interessierten Zivilgesellschaft zugänglich gemacht werden können.

Wissenstransfer als gleichberechtigter Wissensaustausch

Eine weitere Differenzierung des Wissensbegriffes ist für das Ziel einer ertragreichen Transformation von Wissen von höchster Bedeutung: Dass es sich bei dem durch das Internet bereitgestellte Wissen im Allgemeinen um kodifiziertes Wissen handelt, für Innovationsbemühungen jedoch personengebundenes „tacit knowledge“ zwingend

erforderlich ist, trifft auf allgemeine Zustimmung. Diese Erkenntnis wirkt sich insofern auf den Transformationsprozess aus, als erkannt werden muss, dass für einen innovativen Transfer von Wissen das Internet an seine Grenze geraten kann. Demnach sind Face-to-Face-Situationen, in welchen ein bidirektionaler Austausch zwischen wissenschaftlicher Forschung und dem Wissen der Zivilgesellschaft stattfinden kann, von erheblicher Bedeutung. Als ein positives Beispiel erweist sich das von der Bundesregierung geförderte Programm „Soziale Stadt“, bei welchem belastete Stadtquartiere empirisch untersucht werden, aber gleichzeitig ein Erkenntnisgewinn durch den Dialog mit Anwohnern stattfindet. Die erarbeiteten Ergebnisse werden dann während einer öffentlichen Veranstaltung den Anwohnern vermittelt, um anschließend gemeinsame Zukunftsvisionen für den Stadtteil zu formulieren. Auf allen Ebenen stellt sich dieses Projekt als fruchtbar und Erfolg versprechend dar. Dennoch, die Mittel für dieses Programm wurden gekürzt, sodass es zurzeit kein vergleichbares Vorhaben in Hessen gibt. Wenn sinnvolle öffentliche Wissenschaft konkrete Praxisumsetzung zum Ziel hat, wie kann es erreicht werden, dass wissenschaftliche Erkenntnis tatsächlich in konkrete gesellschaftliche Praxis transferiert wird und nicht hinter scheinbar wichtigeren Dingen zurückfällt? Eine wesentliche Hürde hierfür liegt wohl darin, die vor Ort gewonnenen, gesellschaftlich relevanten Themen und Probleme wiederum in politischen Handlungs- und vor allem Finanzierungswillen zu übertragen. Öffentliche Wissenschaft, so das weitere Gespräch, muss nicht nur die Umsetzung von Erkenntnissen in die Praxis zum Ziel haben, sondern bereits die Generierung der eigentlichen Forschungsfrage, die prozesshafte Produktion von Wissenschaft aus der Praxis. Wenn hierfür die entsprechenden Kommunikationsmöglichkeiten der neuen Medien sinnvoll genutzt werden, können diese durchaus eine nützliche Basis bilden. Politik und Wissenschaft können so die Relevanz gesellschaftspolitischer Probleme schneller als solche erkennen und entsprechend darauf reagieren. Ein jedes Vorhaben von Wissenstransfer benötigt eine genaue Definition des Adressatenkreises, seien es Institutionen, Vereine oder auch bestimmte Personengruppen, um einen zielgerichteten und umfangreichen Austausch gewährleisten zu können. Am Ende bleibt die zentrale Frage, wie die Zivilgesellschaft als ein mit Macht ausgestattetes Subjekt, das Wissen nachfragt und einfordert, in die Formulierung von Forschung und Wissenschaft zu integrieren ist.

Wissenstransfer oder Transformationswissen?

Den Impulsbeitrag zur zweiten Runde des Dialog-Cafés hält Heinz Bude. Dabei schließt er zunächst an die Keynote Klaus Töpfers vom Vormittag an, deren Grundgedanke es war, dass sich Wissenschaft heute nicht nur als Beobachterin, sondern als Akteurin von gesellschaftlichen Transformationen begreifen muss. Überlegungen dieser Art sind, insbesondere in der Soziologie, nicht vollkommen neu. So verweist Bude auf den 1989 erschienenen Band „Weder Sozialtechnologie noch Aufklärung?“ von Ulrich Beck und Wolfgang Bonß, in welchem der Frage nachgegangen wird, was Transformationswissen, das aus der Wissenschaft entsteht, überhaupt ist. Ihre interessante Antwort lautet, so Bude, dass eine erfolgreiche Anwendung von sozialwissenschaftlichem Wissen daran zu messen ist, inwieweit dieses im Alltagswissen aufgegangen und als solches gar nicht mehr zu erkennen ist. Dies stuft er als optimistische Annahme über die Absorptionskraft von Alltagswissen und gleichzeitig der kontextuellen Mobilität des Alltagswissens ein. Eine andere Position lässt sich aus der Systemtheorie nach Luhmann herauslesen, wonach diese Transformation immer der Kontakt ist, der mit einer Differenz zwischen alltagspraktischer Diffusität und wissenschaftlicher Spezifität arbeiten muss. Ein Stärken dieser Differenz ist daher notwendig, um dessen Effekt, die Transformation, überhaupt zu Stande kommen zu lassen. Beide Ansätze sind nach Budes Auffassung zu kurz gegriffen, weshalb er vorschlägt, spezifische epistemische Milieus sozialer Transformation genauer zu betrachten.

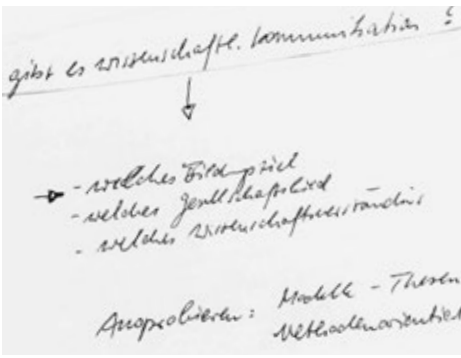


Als ein einschlägiges Beispiel kann hier das Silicon Valley angeführt werden, wo ein Milieu transformativer Wissenschaft entstanden ist. Das Besondere an Firmen wie beispielsweise Google ist die zu beobachtende Verschmelzung von Unternehmergeist und unternehmerischer Intelligenz. So ist der erfolgreiche Ingenieur von Silicon Valley Wissenschaftler und gleichzeitig unternehmerisch begabt, insofern er weiß, welches Produkt durch Vermarktung gesellschaftlich relevant werden kann. Indem die wissenschaftliche Ingenieurskunst mit der Logik der unternehmerischen Intelligenz verschmilzt, kommt es zu einer effektiven Transformation. Für den hier diskutierten Zusammenhang sind Milieus sozialer Steuerung von noch größerem Interesse. Im Jahr 2008 hat sich anhand des Krisenkorporatismus in der Antwort auf die Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise gezeigt, wie effektiv gesellschaftliche Steuerung in Deutschland sein kann. Zu beobachten war eine Mischung aus wissenschaftlich autorisierter Erfahrung und politischem Sinn für Legitimitätserzeugung. Diese Erzeugung von Legitimität, so Bude, stellt einen zentralen Bestandteil von Transformationswissen dar. Wenn dies so ist, können zwei Verfallsformen von Transformationswissen festgemacht werden: Zum einen ist das eine Gesellschaft, die wie ein Betrieb gedacht wird. Die Idee der Legitimitätserzeugung fehlt. Zum anderen droht die Gefahr, sich im Mehrebenensystem zu verlieren.

Transformationswissen braucht ein dichtes, lokales Operationswissen über das, was in einem bestimmten Feld überhaupt getan werden kann und was mit den Akteuren möglich ist, kombiniert mit einem generalisiertem Begründungswissen, was letztlich dünn ist. Das Transformationswissen muss also dicht in seinen Beschreibungen und dünn in seinen universellen Begründungen sein. Mithilfe dieser von Michael Walzer entwickelten Unterscheidung dichter und dünner Prinzipien kann nach Bude der Wissenschaftsprozess vorangetrieben werden. Man muss sich also stets fragen, was in einem bestimmten Feld möglich wie auch gerechtfertigt ist und was als Wissenschaftler oder Wissenschaftlerin ernsthaft vertreten werden kann.

Ebenen des Wissenstransfers

Wie auch in der ersten Session des Dialog-Cafés angesprochen, wird in der anschließenden Diskussion die Notwendigkeit, die verschiedenen Ebenen des Wissenstransfers analytisch auseinanderzuhalten, in der zweiten Runde weiter vertieft. Vorgeschlagen wird, Transformationswissen als Frage zu formulieren, um darauf folgend, die einzelnen Punkte gezielter erörtern zu können. Die Frage lautet demnach: Was wird von wem, wie, aus welchem Grund, wohin transferiert? Durch eine gesonderte Untersuchung jedes einzelnen Punktes können unterschiedliche und zielgerichtete Ansätze und Strategien erarbeitet werden. Zu häufig werden die verschiedenen Ausgangspunkte zusammen gedacht, weshalb die Ergebnisse unbefriedigend bleiben. Die Beobachtung, dass wissenschaftliches Wissen zunehmend unter einer abnehmenden zeitlichen Gültigkeit leidet, stellt ein besonderes Problem des Transferprozesses dar. Durch im



Abstand von drei bis fünf Jahren auftretende Paradigmenwechsel wird an Wahrheit gebundenes Wissen mit Gegenevidenzen bestückt. Die Transferprozesse problematisieren sich folglich auch von zivilgesellschaftlicher Seite, wenn im Alltagsbewusstsein wissenschaftliche Wahrheit lediglich vermutet wird.

Auch die Frage nach der Zivilgesellschaft wird erneut aufgenommen. Es ist Vorsicht geboten, so ein Beitrag, die Zivilgesellschaft zu positiv zu bewerten. Auch die Vorstellung eines originären Wissens der Zivilgesellschaft, welches in die Wissenschaft gehen werden muss, wird kritisiert, da es sich dabei nicht um einen Transformationsprozess handelt. Demnach bedarf es einer konfligierenden Konstante, welche den Kern von Wissen und Wirklichkeitserzeugung darstellt. Vollkommene Einigkeit besteht dabei nicht, ob dies der richtige Ansatz ist, um der Forderung an die Wissenschaft nachzukommen, sich zu demokratisieren, sich andere Auftraggeber als den Staat und die Wirtschaft zu suchen und einen zivilgesellschaftlichen Zugang zu Forschungsfragen zu ermöglichen. So bleibt auch offen, wie letztlich Zivilgesellschaft zu definieren ist und Transformationsprozesse sensibler gestaltet werden können, um das, oft sehr dichte, Praxiswissen in den wissenschaftlichen Forschungsprozess integrieren zu können.

Dichte und dünne Prinzipien des Wissenstransfers

Das Besondere in den epistemischen Milieus, wie beispielsweise Silicon Valley, ist die Einbindung der Endverbraucher bereits während der Wissenserzeugung in dem Sinne, als man sich bewusst macht, dass eben dieses Wissen bei ihnen ankommen muss. Als wichtiger Aspekt wird auch die Notwendigkeit von dichtem lokalem Interaktionswissen und dünnem Begründungswissen zur Legitimitätserzeugung bestätigt. Das wissenschaftliche Begründungswissen kann dünn bleiben, wenn es mit dem Akteurswissen mit lokalem Bezug verbunden wird. Anhand des Beispiels, ein Konzept zu Ansiedlungsvorschlägen für Flüchtlinge zu entwickeln, wird dies noch deutlicher. Es stellt sich heraus, dass die Forschung in sich selbst schon politisch ist, da nur dann Konzepte entwickelt werden können, wenn die politische Legitimitätserzeugung von Anfang an mitgedacht wird. Das Ganze muss allerdings in einen theoretisch begründbaren Rahmen gebettet sein, der für die praktische Umsetzung enorm wichtig ist, für die Erzeugung von Transformationswissen jedoch nur eine marginale Rolle spielt. An dieser Stelle wird nochmals auf die wichtige Unterscheidung von Transfer und Transformation hingewiesen. Transferwissen geht zu sehr von der Idee eines bestimmten Wissens aus, und sei es das wissenschaftliche, welches in die Zivilgesellschaft übertragen werden muss. Relevantes Transformationswissen hingegen ist die Idee der Erzeugung einer bestimmten Art der Herangehensweise, sodass es in gesellschaftliche wie auch politische Strategien mündet. Dies muss in jedem Forschungsprojekt zwingend berücksichtigt werden. Offen bleibt jedoch, wie eine konkrete Zusammenführung von Interaktions- und Begründungswissen auf verschiedenen Handlungsebenen aussehen kann. Vorgeschlagen wird zudem, von prozeduraler Legitimität zu sprechen, da sich das bisher vermittelte Bild von Legitimitätserzeugung als zu linear darstellt, soll es doch darum gehen, den

Transferprozess interaktiv zu gestalten. Am Ende stehen sich die Thesen gegenüber, ob das Ziel von Transformationswissen die Veränderung von gesellschaftlichen Handlungen ist oder die Transformation von Heuristiken in Systeme, die zu Kommunikation und zu vertiefenden, mit Motivation gespeisten Prozessen führt.

Wissenstransfer als Dialog, Austausch oder Kollaboration?

Thomas Pleil hält den dritten und damit abschließenden Impulsbeitrag. Der Begriff des Transfers, mit welchem sich das Dialog-Café 5 beschäftigt, wirft, so Pleil, zum einen die Frage der Kommunikation und zum anderen die Frage der Beteiligung auf. Sich auf Kommunikation beziehend möchte er zunächst die Wissenschaftskommunikation, wie sie alltäglich betrieben wird, begrifflich von der Kommunikation trennen, welche im Rahmen von Open Science diskutiert wird. Der Kommunikation im Umfeld von Open Science stellen sich zwei wesentliche Herausforderungen entgegen: Zum einen, wie neue Formen der transdisziplinären Vernetzung realisiert werden können, um gesellschaftliche Fragestellungen nicht aus isolierten, spezialisierten Nischen zu erarbeiten. Zum anderen, wie ein Austausch zwischen Wissenschaftlern und anderen Akteuren der Gesellschaft mit dem Ziel der konkreten Zusammenarbeit definiert und gefördert werden kann. Um zu spezifizieren, was unter Öffentlichkeit zu verstehen ist, schlägt Pleil vor, von Stakeholdern, im Sinne von gesellschaftlichen Akteuren, zu sprechen.

Im Feld der Wissenschaftskommunikation kann beobachtet werden, dass das Prinzip des Dialogs nicht systematisch ernst genommen und folglich überwiegend Einwegkommunikation betrieben wird. Der von wissenschaftlichen Institutionen weiterhin auf Medien- und Pressearbeit gelegte Fokus, also einer reinen Informationsverbreitung ohne darauf folgender Aufnahme von Anschlusskommunikation, hindert relevante Probleme, Sorgen und Impulse von Stakeholdern zu erkennen und schließlich die wissenschaftliche Arbeit zu verbessern. Die Frage besteht, welche Stakeholder, in welcher Qualität, mit welchen Medien zukünftig erreicht werden können. Außerdem kritisiert Pleil, dass Social Media-Aktivitäten der Forschungseinrichtungen vorwiegend institutionell verankert, und somit von den Wissenschaftlern abgelöst, betrieben werden, was einem Dialog äußerst hinderlich ist.

Folgende Themen werden für die anschließende Diskussion vorgeschlagen: Weil Begriffe grundsätzlich jedem Verständnis eine Rahmung geben, hält Thomas Pleil dazu an, im Zusammenhang mit Open Science den Begriff „Wissenstransfer“ mit Vorsicht zu verwenden. Möglicherweise stellen „Dialog“, „Wissensaustausch“ oder „Kollaboration“ geeignetere Alternativen dar? Unter „working out loud“ wird ein Konzept verstanden, welches die Idee verfolgt, nicht nur die fertigen Ergebnisse zu kommunizieren, sondern auch deren Prozesshaftigkeit, so wie es in Ansätzen aus wissenschaftlichen Blogs oder sozialen Netzwerken bekannt ist. Erste, zaghafte Projekte der „open innovation“ versuchen, größere Mitarbeiterzahlen in Unternehmen am Innovationsprozess zu beteiligen. Lässt sich dies auch im Wissenschaftsfeld umsetzen? Ein fruchtbarer Dialog zwischen Wissenschaft und Praxis kann nicht nur über Online-Kanäle realisiert werden. Es bedarf, so war man sich bereits in den vorangegangenen Diskussionsrunden einig, eines gezielten Zusammenwirkens von Online-Kommunikation und Face-to-Face-Begegnungen.

Abschließend macht Pleil auch auf die Schwierigkeiten eines öffentlichen Wissensaustausches aufmerksam. So muss man sich fragen, inwieweit Wissenschaftler zu einer derartigen Kommunikation befähigt sind, wenn sie aus ihrem eigenen Fachbereich hinaustreten. Auch bleibt auf vielen Ebenen die Motivation aus, einen solchen, nicht immer einfachen, Schritt zu wagen. Letztlich muss auch die Befürchtung einiger Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen bedacht werden, dass offene Wissenschaft es bestimmten Gruppen erleichtern kann, ihre Interessen stärker durchzusetzen und die Wissenschaft zu manipulieren.

Wissenstransfer als „working out loud-Prozess“

Insbesondere „working out loud“ wird in der anschließenden Diskussion als ein Konzept erachtet, welches viele Möglichkeiten des Austausches mit sich bringt, doch auch die damit verbunden Schwierigkeiten werden herausgearbeitet. Durch eine Reihe von Beiträgen wird deutlich, dass auf Seiten der Wissenschaft eine offensive Verweigerung zu beobachten ist, Zwischenergebnisse nicht nur der breiten Öffentlichkeit, sondern auch innerhalb des Wissenschaftssystems zugänglich zu machen. Dies kann als Folge der üblichen Vorgehensweise gedeutet werden, nach welcher vor allem Nachwuchswissenschaftler immer wieder dazu angehalten werden, jegliche Arbeit erst nach gründlichster Absicherung zu veröffentlichen. Auch wird kritisiert, dass Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen nicht vorrangig an einer Kommunikation nach außen interessiert sind, sondern ausschließlich daran, ihre Standpunkte zu verdeutlichen und als einzig richtige zu formulieren.

Weil das Arbeiten in Netzwerken in sehr vielen Fällen erstaunliche Lösungen entwickeln kann, sollten die Chancen eines öffentlichen Austausches mit Personen aus Wissenschaft und Praxis jedoch nicht vernachlässigt werden. Eine transparente Arbeitsweise kann der Wissenschaft, Unternehmen und Institutionen neue Anknüpfungspunkte der Interdisziplinarität bieten, wenn dadurch ersichtlich wird, woran die Kollegen zurzeit arbeiten und welche Erkenntnisse bereits gemacht wurden. „Working out loud“, so die Überlegung, muss sich demnach nicht immer auf die breite Öffentlichkeit beziehen, sondern kann bereits in kleineren, abgegrenzten Kreisen inspirierend und anregend sein. Auch hier stellt sich die immer wieder aufkommende Frage, wie Stakeholder aus der Praxis gezielt in das wissenschaftliche Arbeiten eingebunden werden können, um diese Arbeit für die Öffentlichkeit mitzugestalten.

Wissenstransfer als Übersetzungsprozess

Netzwerke aus Wissenschaft und Praxis zu errichten, stellt eine neue, aber auch elementare Herausforderung des Arbeitens sowie der Wissenschaft als Ganzes dar. Elementar ist die Überlegung, wer die öffentlich preisgegebene Arbeit zum einen honoriert, und zum anderen, wie mit Reaktionen umgegangen werden muss, die im üblichen Arbeitsumfeld nicht strukturiert und als Logik implementiert sind. Um, im Sinne einer Stakeholderanalyse, die relevanten Personen zu erreichen, bedarf es einer Reihe von durchdachten Tools, die einen geeigneten Rahmen für diese Form der Begegnung und Zusammenarbeit schaffen. Der hier angesprochene – und gewünschte – dialogische Prozess benötigt also ein Forum, um die Übersetzungsleistung zu unterstützen, was im Alltag der wissenschaftlichen Routine bisher jedoch nicht vorgesehen ist. Bietet der Arbeitsalltag Möglichkeiten, einen solchen Prozess in die Projekte zu integrieren? Inwieweit können bestehende Kommunikationsabteilungen ein neues Rollenverständnis, als „Coach“ oder „Begleiter“ von gegenseitigem Austausch, entwickeln? Oder bedarf es ganz anderer gesellschaftlicher Partner, welche den Dialog zwischen Wissenschaft und Praxis aufbauen und anregen? Fragen, die während des Dialog-Cafés nicht beantwortet werden konnten, aber sicherlich zu weiteren Überlegungen Anlass geben.

Mehrmals wird während der Diskussionen darauf hingewiesen, dass es für einen erfolgreichen Wissensaustausch eines Wechselspiels von Online- wie auch Face-to-Face-Begegnungen zwischen Wissenschaft und Praxis bedarf. Es wird allerdings noch nicht darüber gesprochen, wie diese konkret aussehen und vor allen Dingen gewinnbringend realisiert werden könnten. Der wohl wichtigste Vorteil von webbasierten Kommunikationskanälen, so ist man sich einig, ist deren „Türöffner“-Funktion. Austausch entsteht nicht von alleine; zuvor bedarf es eines gewissen Maßes an Bindung. Diese kann begründet sein in einem geteilten Interesse oder ähnlichen Fragestellungen, weshalb die Idee eines regionalen Open Science-Projektes durchaus sinnvoll und gewinnbringend erscheint. Anknüpfungspunkte, um einen Austausch anzuregen, ergeben sich vor

allem in kleineren, dafür spezifischen Personengruppen mit engerer Verbundenheit, nicht in der gesamten, undefinierten und losen Öffentlichkeit. Bis heute fehlt jedoch eine an die Theorie angegliederte, modellorientierte Praxisforschung, um auch in den Prozess der Wissenschaftsvermittlung die Wissenschaft zu integrieren.

Resümee

In seiner Zusammenfassung konstatiert Julian Wékel, Mitglied des Kleinen Konvents der Schader-Stiftung, den regen Diskussionsbedarf zu Fragen der Öffentlichen Wissenschaft in den einzelnen Sessions des Dialog-Cafés 5. Julian Wékel stellt fest, dass die Teilnehmenden, immer wieder auch unter Bezugnahme auf die Keynote von Klaus Töpfer, zu unterschiedlichen Einschätzungen über die Zivilgesellschaft als solche, aber auch ihren grundsätzlichen Bedarf an Austausch mit der Wissenschaft gelangen. Elementar für alle Überlegungen erscheint die Frage, wie verschieden die Strukturen von wissenschaftlicher Erkenntnis und Alltagswissen sind und wie sich diese, in all ihrer Komplexität, sinnvoll und harmonisch verbinden lassen. Aus der wissenschaftlichen Perspektive in einen Kommunikationsprozess mit dem Alltagswissen zu treten, bürgt stets das Risiko der gefährlichen Vereinfachung sowie die Gefahr, sich zu sehr vereinnahmen zu lassen. Allerdings, so Julian Wékel, stellt sich dann parallel die Frage, ob die Vereinnahmung der Wissenschaft nicht bereits stattgefunden hat und folglich keine neuen Risiken zu erwarten sind.

Für die Arbeit der Schader-Stiftung sieht Julian Wékel einen interessanten Anknüpfungspunkt in der Frage, inwiefern die bisherige Kommunikations- und Öffentlichkeitsarbeit verschiedener wissenschaftlicher Einrichtungen, soweit sie sich auf die Veröffentlichung eigener Erkenntnisse konzentriert, weiterentwickelt werden kann, beispielsweise indem diese anhand der Fachkenntnisse und Dialogkompetenzen anderer Institutionen lernen, den Austausch auf umgekehrtem Wege, von der Praxis in die Wissenschaft, zu stärken.



Dialog-Café 6: Kommunikation in der Öffentlichen Wissenschaft

Impulsgeberinnen und Impulsgeber:

Dr. Alexander Deppert, alias Alex Dreppec, Science Slam, Darmstadt

Prof. Dr. Irene Neverla, Universität Hamburg

Volker Stollorz, Science Media Center Germany gGmbH, Köln

Begleitung: Prof. Dr. Klaus-Dieter Altmepfen, Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt

Moderation: Peter Lonitz, Schader-Stiftung

Bericht und Protokoll: Monika Berghäuser und Peter Lonitz

Wissenschaftskommunikation betritt neue Pfade: ein Vortragsformat mit Unterhaltungswert, ein Forschungsbericht, der eine breite Öffentlichkeit sucht – und findet, ein gemeinnütziges Angebot, das Medienschaffende und Experten zusammenbringt. Wie funktionieren diese Wege der Vermittlung? Welche Schlüsse lassen sich für eine qualitätsvolle Kommunikation zwischen Expertinnen, Rezipienten und Wissenschaftsjournalismus ziehen?

Wissenschaft kommunizieren per Science Slam

Wissenstransfer an ein interessiertes Nicht-Fachpublikum ebenso verständlich wie auch unterhaltsam zu gestalten, ist Anliegen von Science Slam-Turnieren – Wettbewerbe unter Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, bei denen das Auditorium als Jury fungiert. Alexander Deppert hat das Format Science Slam entwickelt und berichtet über diese Spielart der Wissenschaftskommunikation.

Für „Science Slammer“ stellt sich die Aufgabe, innerhalb einer vorgegebenen begrenzten Zeit, meist sind das zehn Minuten, in wissenschaftlichen Kurzvorträgen, auch mit Einsatz von Hilfsmitteln, über ihre Forschungsthemen zu informieren. Das hat spielerischen Charakter und orientiert sich an der interaktiven, lockeren Atmosphäre des Poetry Slam. Doch verfolgt wird das Ziel, anschaulich komplexes Wissen zu vermitteln. Inhaltsfreier Witz fällt durch. Eine nicht einfache Aufgabe der Vortragenden besteht darin, sich auf das Vorwissen der Adressaten einzustellen, denn ihm kommt großes Gewicht im Hinblick auf Verstehen und Verständlichkeit zu. Die Wettbewerbsform, bis hin zur Deutschen Meisterschaft, steigert die Spannung. Mancher Forschungsbericht erreicht so ein größeres Auditorium, als es auf einer Fachtagung möglich wäre.

Welche rhetorischen Mittel setzen Science Slammer ein?

Häufig verwenden die Vortragenden originelle Metaphern, um den Vorsprung an themenspezifischem Wissen auf Forscherseite zu kompensieren, doch ohne den Anspruch, diese Lücke ganz überbrücken zu können. Manche Metapher kommt regelrecht schräg daher. Entweder arbeiten die Slammer mit einer einzelnen Leitmetapher oder mit einer Reihe von Metaphern. Die erste Variante setzt, um Beispiele zu nennen, Andre Lampe

in der „Geschichte vom Hodenknackerfisch“ ein, die zweite Form demonstriert Boris Lemmer mit dem „Bis(s) ins Innere des Protons“.

Schon die Verwendung besonders ungewöhnlicher, skurriler Metaphern sorgt für Komik und Unterhaltungswert der Vorträge. Zusätzlich hat der Einsatz von Humor einen hohen Stellenwert. Der verbietet sich allerdings bei bestimmten Themen, und nicht jede Art von Humor wäre jedem Gegenstand angemessen. Die entscheidende Frage ist, über wen gelacht wird. Selbstironie gilt als Mittel der Wahl. Ist Humor für die Qualität der Vermittlung alleinentscheidend? Nein, so wird ergänzt, Stilmittel wie Kürze und die Fähigkeit, Wichtiges schnell „rüberzubringen“ oder eine gute Pointe zählen ebenfalls. Wie ein Dritter von außen und mit Distanz auf den eigenen Forschungsgegenstand zu schauen, kontrastiert auf gute Weise mit der großen Ernsthaftigkeit, die dem Wissenschaftsbetrieb in Deutschland zu eigen ist. Folgerichtig konnte sich die Idee des Science Slams in angelsächsischen Ländern, wo Humor als Werkzeug der Wissenschaftskommunikation ohnehin viel selbstverständlicher eingesetzt wird, nicht so recht etablieren. Im deutschsprachigen Raum dagegen wird Unterhaltsamkeit oft als Feind von Seriosität gesehen.

Science Slam ohne Grenzen?

Nun ist es an den Teilnehmenden des Dialog-Cafés, die Möglichkeiten und Grenzen des Wissenschafts-Slams auszuloten. Im Grunde genommen eignen sich Forschungsberichte aus allen wissenschaftlichen Disziplinen. Aber in der Praxis des Science Slams spielen naturwissenschaftliche Themen eine besonders große Rolle. Eine Stärke des Science Slams wird darin gesehen, dass auch Rand- und Nischenthemen eine Chance erhalten, breiter wahrgenommen zu werden, und sei es um den Preis einer gewissen Absurdität. Skurrilität zum Selbstzweck, das wird mehrfach betont, verbietet sich aber. Weltrettungsthemen dürfen nicht der Lächerlichkeit anheim gegeben werden.

Ist die Performance wichtiger als die wissenschaftliche Leistung? Diese Gefahr sollten sich die Protagonisten ins Bewusstsein rufen: Die Inhalte dürfen nicht ins Hintertreffen geraten. Wenn im Vortrag Themen, die eigentlich nach Differenzierung verlangen, sich nur verallgemeinert darstellen lassen, kann diese Verkürzung mit Hilfe von Selbstironie aufgelöst werden. Wobei, so wird ergänzt, eine kurze und prägnante Darstellung auf Seiten des Vortragenden ohnehin tiefgehendes Verstehen erfordert.

Wo sind die Grenzen für potenzielle Slammer, die überlegen, sich erstmals in diesem Vortragsformat zu versuchen? Science Slam, gibt dessen Erfinder zu bedenken, ist absolut nicht für alle geeignet. Unabdingbare Voraussetzung ist, sich auf einer Bühne wohlfühlen. Das müssen nicht alle können, die sich forschend betätigen.

Ein Erfolgsrezept für Öffentliche Wissenschaft?

Grundsätzlich geht die Ermutigung an Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, alle Kanäle und alle Formen der Kommunikation auszuschöpfen, und zwar unter der Voraussetzung, dass je nach Adressatenkreis unterschiedliche Medien sinnvoll und erfolgversprechend sind. Lassen sich Elemente des Science Slams übertragen? Das bietet sich an, soweit Wissenschaftler Türen öffnen und neue Zielgruppen ansprechen wollen. Das Format funktioniert auch in anderer Umgebung und wurde schon in Schulen, zur Nachwuchsakquise oder zwecks Drittmittelinwerbung eingesetzt.

Auch jenseits der Bühne kommt es darauf an, wie gewandt Wissenschaftler agieren. Beim Auftritt in den verschiedenen Medienkanälen rückt die Performance doch wieder in den Vordergrund, so eine Beobachtung, und Wissenschaftler müssen regelrecht „gecastet“ werden. Humor und andere Mittel im Wissenstransfer einzusetzen, ist Übungssache, und das Einüben kann durchaus mühsam sein, gibt ein Teilnehmer zu bedenken. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die ihren Vortrag an Laien

adressieren, sollten ihre Zielgruppe identifizieren und sich vor allem Klarheit über deren Wissensstand verschaffen. Das, so ein Einwand, kann situationsabhängig schwer zu ermitteln sein. Um ein Publikum zu gewinnen, muss man aber dessen Interessensrichtung kennen. Eine weitere Empfehlung an die Adresse der Experten geht dahin, auf Augenhöhe mit den Zuhörern zu agieren. Nahbarkeit lässt sich auch durch einen aufgelockerten Dresscode erzeugen – oder indem das Publikum geduzt wird, kurz alles, was aus dem Elfenbeinturm herausführt. Wenn etwas nicht gelingt, ist wiederum Humor Mittel der Wahl. Ein Fazit: Wissenschaft steht immer im Wettbewerb, um die Aufmerksamkeit der Zuhörer zu gewinnen.

Wissenschaftskommunikation

Wie kann Wissenschaft ihre Themen wirksam in die Öffentlichkeit vermitteln – hier verstanden als sozialer Raum, welcher der Integration dient? Im Gespräch über Öffentliche Wissenschaft soll geklärt werden, fordert Irene Neverla in ihrem Impulsvortrag, an welche Teil-Öffentlichkeit(en), an welche Art von Öffentlichkeit sich Wissenschaft richtet. Das Wissenschaftssystem mit eigenen Logiken und Praktiken unterscheidet sich vom System des Journalismus, der als zentrales Leitsystem für die Öffentlichkeit fungiert. Wissenschaft sollte alle Medien und Möglichkeiten ausnutzen, ohne Tabus zu errichten oder die Suche nach dem einen richtigen Weg zum Hindernis werden zu lassen. In der Kommunikation nach außen funktioniert Wissenschaft allerdings nicht als Wissenschaft im strengen Sinn. Mit einem Weniger an Richtigkeit und Genauigkeit im Detail muss Öffentliche Wissenschaft leben.

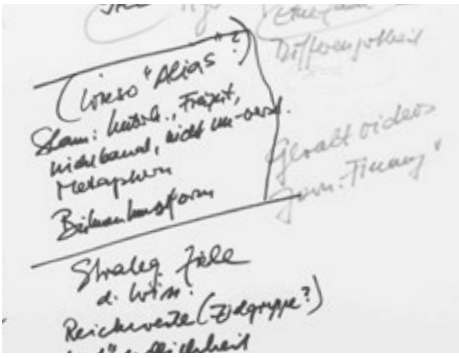
Wissenschaft, Journalismus und Öffentlichkeit am Beispiel des IPCC-Report

Der Weltklimarat der Vereinten Nationen IPCC veröffentlichte 2013/2014 seinen Fünften Sachstandsbericht, der Ergebnisse interdisziplinärer Klimaforschung und wissenschaftliche Prognosen einschließlich theoretischer und methodischer Hintergründe aus den vorangegangenen vier Jahren zusammenfasst. Die mediale Verbreitung der Aussagen des IPCC-Reports erfolgt zweigleisig. Um der breiten Öffentlichkeit den aktuellen Bestand an Wissen über Klimaänderungen zugänglich zu machen, werden die Inhalte des Berichts zu Kernbotschaften verdichtet. Wobei schon die Tatsache des Reports einen Trigger-Effekt hat, der zusätzliche öffentliche Aufmerksamkeit generiert. Zusätzlich wird der IPCC-Report innerhalb der fachwissenschaftlichen Öffentlichkeit wahrgenommen und erzeugt in Form von Referenzsystemen weitere Publizität. Für junge Wissenschaftler ergibt sich hierbei der Nebeneffekt, neue Themen zu finden, denen eine hohe Reputation bereits sicher ist. Wie der IPCC-Report in seinen Vorhersagen zu den erwarteten Folgen des Klimawandels zwischen verschiedenen Graden von Wahrscheinlichkeiten differenziert – äußerst wahrscheinlich, sehr wahrscheinlich und wahrscheinlich – ist eine Möglichkeit des medialen Umgangs mit Unsicherheiten, die bei wissenschaftlichen Aussagen nicht vollständig ausgeräumt werden können.

Dem IPCC-Report wird im anschließenden Gespräch eine hybride Qualität attestiert: sowohl fachlich als auch generalistisch. Zudem beziehen sich seine Aussagen auf ein hochpolitisches Feld, und diese Konstellation trägt zur starken öffentlichen Wahrnehmung bei. Das, stellt Irene Neverla klar, hat sich nicht einfach so ergeben. Vielmehr war es klare Intention der Klimaforschung, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit zu wecken. Diese Strategie hatte nach einem gewissen Zeitraum – und zahlreichen seit 1997 veröffentlichten Sachstands- und anderen Berichten des IPCC, Erfolg: Der Journalismus nahm sich des Themas an.

Öffentliche Vermittlung gesellschaftswissenschaftlicher Themen

Funktioniert ein Modell, das zum Transfer naturwissenschaftlicher Erkenntnisse eingesetzt wird, auch in Bezug auf die Vermittlung gesellschaftswissenschaftlicher Forschung? Insoweit werden in der Gesprächsrunde Bedenken laut. Die Kommunika-



tionsstrategie des IPCC kann demzufolge nicht ohne Weiteres auf die Gesellschaftswissenschaften übertragen werden. Im Rahmen des öffentlichen Diskurses zeigt sich, wenn es um gesellschaftswissenschaftliche Themen geht, ein geringeres Bedürfnis, sachverständige Informationen zu erhalten – jeder denkt, mitreden zu können, und die Adressaten nehmen viel eher für sich in Anspruch, ohnehin Bescheid zu wissen.

Ein weiterer Punkt: Anders als in den Naturwissenschaften gilt in den Gesellschaftswissenschaften nicht das „Gesetz der einen Zahl“. Das lässt sich am Beispiel des Bürgerdialogs „Gut leben in Deutschland“ veranschaulichen. In diesem offenen Prozess ermittelt die Bundesregierung Indikatoren für Lebensqualität. Dahinter steht das Argument, dass *eine* statistische Größe die tatsächlichen Lebensverhältnisse nicht vollständig abbilden kann. Auf diese Weise wird eine bislang nicht hinterfragte Zahl – das Bruttoinlandsprodukt – dekonstruiert. Sollte Journalismus eine Vielzahl von Befunden präsentieren oder sich mit dem einen Ziel, der einen Zahl, mit klaren Aussagen und Empfehlungen stärker in den gesellschaftlichen Diskurs einbringen? Es gibt Bedenken, ob dann nicht die Gefahr besteht, dass gesellschaftswissenschaftliche Forschung nur als legitim anerkannt wird, soweit sie einen Beitrag zur Lösung gesellschaftlicher Probleme leistet. Nein, wird entgegnet, darin muss kein Antagonismus liegen.

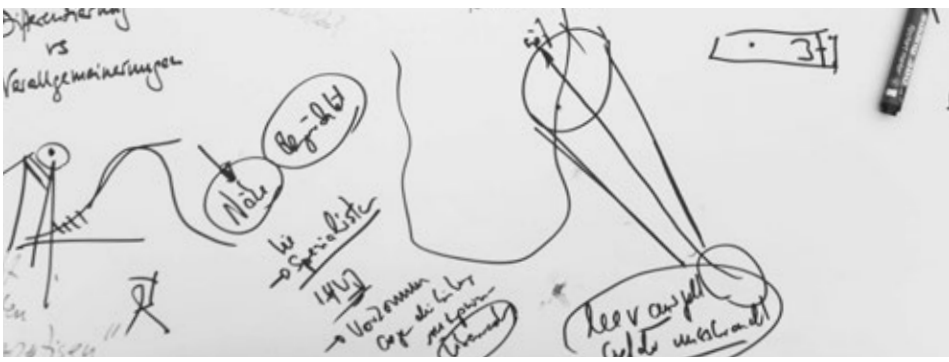
Fehler und offene Fragen kommunizieren?

Ein Beispiel, wieder aus der Klimaforschung, zeigt, dass in der Kommunikation über Wissenschaft auch die Fehleranfälligkeit des Wissenschaftsbetriebs offen thematisiert werden soll und kann. Aus einem Diskurs über das Zustandekommen von Aussagen und Prognosen muss im Endeffekt kein Schaden für die wissenschaftliche Reputation entstehen. Als der Vierte IPCC-Report mit fehlerhaften Vorhersagen zum Abschmelzen der Himalaya-Gletscher aufwartete, hatte das eine intensive Berichterstattung zur Folge. Trotz aller Kritik wurden aber die grundlegenden Erkenntnisse des IPCC zum Klimawandel öffentlich nicht in Frage gestellt.

Wo, bezogen auf konkrete Fachfragen, ist sich Wissenschaft relativ sicher, inwieweit verfügt sie über eine gute Datenbasis? Generell ist es Aufgabe Öffentlicher Wissenschaft, offene Fragen auch zu thematisieren und an Politik oder Drittmittelgeber zu adressieren. Wissenschaftliche Institutionen sollten sich zudem klarwerden, ob sie, wie es bisher oft der Fall war, lediglich Einwegkommunikation per Information über Forschungsergebnisse oder echte Kommunikation, bis hin zu Interaktivität, betreiben. Inwieweit fließt die öffentliche Diskussion wieder in die Wissenschaft ein – die Antwort auf diese Frage steht noch aus.

Wissenschaftskommunikation per Social Media

Eine Gesamtoffensive der wissenschaftlichen Kommunikation muss die Arenen der Social Media mit einbeziehen, auch wenn sich damit nur einzelne kleine Öffentlichkeiten erreichen lassen. Jüngere Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sind in



dieser Hinsicht aktiver. Dieser Bereich, wird gefordert, sollte institutionell stärker gefördert werden. Angesprochen sind Fachgesellschaften und Stiftungen. Wie gestaltet sich der Diskurs auf digitalen Plattformen? Welchen Effekt haben massenmediale Kommentarfunktionen? In den Social Media sind verschiedenste Diskussionsverläufe zu beobachten. Expertenblogs thematisieren eher wissenschaftliche Kernfragen, in der gesellschaftlichen Wahrnehmung wendet sich die Diskussion, um beim Beispiel des Klimawandels zu bleiben, schnell Fragen der *Klimapolitik* zu. Echtzeit-Öffentlichkeit kann jedoch zur Selbstzensur führen, wie das Beispiel des Politikwissenschaftlers Herfried Münkler zeigt, dessen Vorlesung an der Humboldt-Universität von Studierenden in einem anonymen Blog kritisch kommentiert wurde.

Medien als Mittler zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit

Welche Qualitäten braucht wissenschaftliche Expertise im Diskurs über aktuelle öffentliche Angelegenheiten? Kompetenz, Unabhängigkeit, Vertrauenswürdigkeit, listet Volker Stollorz aus der Sicht des Wissenschaftsjournalisten auf. Für Journalisten auf der Suche nach echtem Expertentum ist Glaubwürdigkeit wichtigstes Kriterium. Dabei entscheidet letzten Endes das Publikum, wen es akzeptiert und wen nicht: „Source Credibility is about how the audience perceives the communicator“, wie es Lupia et al. 2014 formulierten. Experten müssen, auch kurzfristig, auskunftsfähig und auskunftsbereit sein – und in der Lage, ihr Sonderwissen verständlich weiterzugeben. Journalisten suchen Experten, die ihr Wissen einsetzen, um Problemlagen zu diagnostizieren und Handlungsempfehlungen abzugeben.

Wie präsentiert Wissenschaftsjournalismus Experten? Es sind ganz unterschiedliche Rollen, in denen Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen in den Medien auftreten: als Grundlagenforscher, Schiedsrichter und Schlichter, listige Fürsprecher, Anwälte für Themen oder als ehrlicher Makler. Ganz überwiegend sind sie als neutrale, objektive und unabhängige Instanz gefragt, um kontroverse Positionen einzuordnen. Oder sie werden strategisch eingesetzt, um eigene Meinungen oder die intendierte Dramaturgie eines Beitrags zu stützen. Der Beratungsbedarf der Gesellschaft ist groß. Um ihn zu decken und um neue relevante Themen schneller zu identifizieren, müssten die Redaktionen in vielen Fällen strukturierter arbeiten. Auch auf Wissenschaftsseite stimmt das Timing oft nicht. Wenn Experten aber erst im Nachhinein auf Veröffentlichungen zu kontroversen oder ambivalenten Themen reagieren, erreicht ihre Richtigstellung meist nur noch ein kleineres Publikum.

In Großbritannien wurde 2002 mit dem Science Media Center UK das erste einer Reihe von unabhängigen Pressebüros realisiert, die mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern zusammenarbeiten und Journalistinnen und Journalisten bei der Suche nach verlässlicher wissenschaftlicher Expertise unterstützen. Nach diesem Vorbild entsteht derzeit ein Science Media Center Germany, dessen Redaktion von Volker Stollorz geleitet wird und das im Frühjahr 2016 mit seiner Arbeit startet. Gesellschafter des gemeinnützi-

gen und kostenfreien Angebots sind die Klaus Tschira Stiftung gGmbH sowie der deutsche Verband der Wissenschaftsjournalisten, die Wissenschafts-Pressekonferenz e.V.

Science Media Center verfügen über Datenbanken wissenschaftlicher Experten, die kurzfristig fachliche Einschätzungen wissenschaftlicher Forschungsergebnisse ebenso wie die Bewertung von Ereignissen mit Wissenschaftsbezug liefern können. Journalisten, die sich an ein Science Media Center wenden, werden mit Hintergrundwissen versorgt oder erhalten direkten Zugang zu Wissenschaftlern.

Wissenschaftliche Themen über Medien kommunizieren

Wie im anschließenden Gespräch deutlich wird, nehmen Wissenschaftler in Fragen der Zusammenarbeit mit den Medien ganz unterschiedliche Positionen ein. Teils wird der Dialog mit den Medien gesucht – teilweise auch gemieden. Soweit von Forscherseite mehr mediale Aufmerksamkeit für ein Thema gewünscht wird, aber Journalisten auf entsprechende Anfragen nicht reagieren, so liegt vom journalistischen Standpunkt aus eine der Ursachen schon in der immensen Menge an Forschungsaktivitäten. Allein wenn auf die Zahl der jährlich neu veröffentlichten Dissertationen abgestellt wird, ist nachvollziehbar, dass realistischere nur über einen geringen Anteil berichtet werden kann. Abgesehen vom rein quantitativen Aspekt eignet sich nicht jedes Forschungsthema zur Vermittlung durch die Medien. Mancher Spezialist muss, so wird empfohlen, über sein engstes Fachgebiet hinausgehen, um wahrgenommen zu werden. Andererseits sollte vermieden werden, dass einige wenige Experten ein bestimmtes Themenfeld besetzen.

An Expertenseite richtet sich die Aufforderung, selbst aktiv zu werden und ihre Themen „zu verkaufen“, also in die Medien zu bringen. Oft fehlt es jedoch an bestimmten Voraussetzungen. Wissenschaftler verweisen auf ihr sehr begrenztes Zeitbudget, das den erforderlichen Aufwand nicht zulässt. Auch müssten sich viele Wissenschaftler der Aufgabe stellen, verständlich zu kommunizieren, was einige nicht wollen – oder nicht können. Dieser Mangel wird als strukturelles Problem diagnostiziert, das in der Praxis der Ausbildung begründet liegt. In anderen Ausbildungssystemen – hier wird auf das Beispiel USA verwiesen – gehört die Form der Darstellung zum Lehrprogramm.

Es wird über Wissenschaftler berichtet, die eine Kommunikation mit der Öffentlichkeit als undankbare Aufgabe wahrnehmen, da sie keinen wissenschaftlichen Benefit bringt. Problematisch ist auch die Erfahrung, aus dem Zusammenhang gerissen oder missverständlich zitiert zu werden. Wie, wird gefragt, können Wissenschaftler verhindern, dass ihre Expertise von Medien genutzt wird, sie aber nicht als Urheber genannt werden? Sind Wissenschaftler etwa Dienstleister der Medien?

Wissenschaftler als Blogger und Social Media-Nutzer

Ist es lohnend, der im Dialog-Café mehrfach ausgesprochenen Empfehlung zu folgen, nämlich als Wissenschaftler Forschungsinhalte in Eigenregie zu präsentieren und sich dabei der neuen Medien zu bedienen? Darüber gehen im Gespräch die Meinungen auseinander. Mit dem Hinweis, dass Journalisten sich ihrerseits mehr und mehr mithilfe von Social Media-Angeboten informieren, wird zur Nutzung von Blogs und Youtube geraten. Einen Blog zu betreiben, so eine Gegenstimme, kommt vom Aufwand einer hauptberuflichen Tätigkeit nahe. Wissenschaftler sollen sich vielmehr der Expertinnen und Experten bedienen, die für den Transfer in die Öffentlichkeit zuständig sind. Dann besteht die eigentliche Aufgabe darin, Vertreter dieser beiden Bereiche verstärkt zusammen zu bringen.

Welchen wissenschaftlichen Themen wird öffentliche Relevanz attestiert?

Wenn es darum geht, Nachrichten aus der Wissenschaft als sozial relevant einzustufen, wird dem Journalismus eine regulierende Rolle zugeschrieben. Es kann dabei zu

Fehleinschätzungen kommen, aber in der Regel lassen sich Journalisten von einem am Gemeinwohl orientierten Interesse leiten. Dem wird mit der Beobachtung widersprochen, dass Medien Meldungen vermehrt einfach nachdrucken, ohne sie zu filtern oder kritisch einordnen zu können. Dabei kann der Rezipient kaum mehr zwischen Wissenschaftsjournalismus und Wissenschafts-PR unterscheiden. Zudem müsste es mehr Wissenschaftsjournalisten geben, die zu einer multiperspektivischen Sichtweise befähigt sind. Dabei, wird ergänzt, steht der journalistischen Pflicht zum Nachrecherchieren oft der ökonomische Zwang entgegen, eine Nachricht bringen zu *müssen*. Oder eine Nachricht ist bereits *da*, also ohnehin schon veröffentlicht.

Welche Themen präferieren die Medien? Journalisten suchen nach überraschenden Nachrichten, wollen Gegeninformationen zum hinlänglich Bekannten bieten. Relevant aus Sicht der Rezipienten ist zunehmend die Nähe von Themen, der lokale Bezug gewinnt an Bedeutung. Hiergegen wird Einspruch erhoben: Das Relevanzkriterium vor Ort gilt nicht generell, wie etwa Veröffentlichungen über neue medizinische Erkenntnisse zeigen, so das Beispiel des durch die Medien gehenden Berichts über eine Studie, die vor dem Verzehr von rotem Fleisch warnt. Anhand dieses Vorkommnisses lässt sich auch die Problematik einer verkürzten Berichterstattung veranschaulichen. Hier lag sie in dem Motiv der Weltgesundheitsorganisation begründet, mit einer Meldung Verhalten ändern zu wollen. Die Präferenz der Mediennutzer, wird zum Abschluss ergänzt, liegt eher auf dem Angebot konkreter Lösungen als auf einer abwägenden Betrachtung.

Resümee

Klaus-Dieter Altmeyen, Mitglied des Kleinen Konvents der Schader-Stiftung, der das Dialog-Café begleitete, fasst die Ergebnisse zusammen: Die drei Runden des Dialog-Cafés reproduzieren relativ klar Strukturen des Mediensystems. Alexander Deppert, der Science Slam-Wettbewerbe ausrichtet und dieses Format vorstellt, hat mit seinem vergleichsweise unterhaltsamen Thema in der ersten Runde die meisten Teilnehmer – Humor und Unterhaltung ziehen an, wie es auch im Fernsehen zu beobachten ist. Irene Neverlas Bericht über Erkenntnisse der Kommunikationswissenschaft zur Herstellung von Öffentlichkeit im Forschungsgebiet „Klimafolgen“ beschreibt eine Form von Service für die Allgemeinheit. Das trifft auch für die dritte Runde des Dialog-Cafés zu, in der Volker Stollorz über das Science Media Center, ein Expertenmakler-System, informiert.

Im Gespräch über Öffentlichkeit und soziale Erfahrung zur Verständigung wird deutlich, dass sich relativ viel in diesem Raum verändert, zum Beispiel durch Echtzeit-Öffentlichkeiten, also die in der gleichen Minute erfolgenden Reaktionen innerhalb der Social Media. In diesem Zusammenhang lenkt Altmeyen die Aufmerksamkeit auf das Beispiel des Politikwissenschaftlers Herfried Münkler, dessen Vorlesungen an der Humboldt-Universität von Studierenden direkt live, aber anonym kommentiert werden.

Weitere Diskussionspunkte sind zum einen Defizite des Journalismus, vor allem des Wissenschaftsjournalismus, wie Ökonomisierung und Abbau von Stellen. Was produziert also der Journalismus: eine Häufung von Nachrichtenfaktoren. Wenn es relevant ist, wenn es in der Nähe passiert, dann schaut man hin. Wenn es weit weg ist, sieht das schon ganz anders aus. Zum anderen dreht sich das Gespräch um Defizite von Wissenschaftlern im Hinblick auf Öffentlichkeitsarbeit. Statt Methoden des Creative Writing anzuwenden, erklären sie in großen, substantivierten Sätzen, wie die Welt funktioniert. Um sich in dieser Aufmerksamkeitsökonomie zu behaupten, kann strategische Kommunikation für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ein Thema sein. Wie bringt ein Wissenschaftler, der eine Botschaft hat, diese Botschaft an die Öffentlichkeit? Welche Hilfen werden in der Gesellschaft aufgebaut, etwa durch das Science Media Center und andere Ansätze, die die wechselseitigen Regeln der Konstitution von Öffentlichkeit verbessern?



Relevanz zählt

Pitt von Bebenburg, Moderator des Großen Konvents, zieht ein Resümee.

Der Weg ist noch weit zu einer „Öffentlichen Wissenschaft“, obwohl es schon einzelne Ansätze gibt. Die Frage, die sich mir nach diesem Großen Konvent stellt, lautet: In welchen Fällen sollte Wissenschaft eigentlich öffentlich arbeiten?

Entscheidend scheint mir, dass Wissenschaft relevant arbeitet: dass sie relevante Themen wählt; dass sie Öffentlichkeit da einbindet, wo dies zur Relevanz beiträgt; dass sie die Öffentlichkeit in einer verständlichen Sprache über Ergebnisse informiert, die relevant sind. Mit Relevanz ist gemeint, was Klaus Töpfer formuliert hat: Aus Sachzwängen, aus scheinbarer Alternativlosigkeit wieder Handlungsoptionen zu gewinnen.

Dabei sind in den Diskussionen einige Hürden sichtbar geworden: die Starrheit wissenschaftlicher Eigendynamik, vor allem die oft unvermeidbare Unterwerfung unter die Förderlogik staatlicher Stellen, von Unternehmen und anderen Drittmittelgebern. Im „Kapitalozän“, so Stephan Lessenich, müssen Gegenkräfte mobilisiert werden.

Auf der anderen Seite ist auch eine berechtigte Skepsis gegenüber einer Öffentlichkeit als Auftraggeber wissenschaftlicher Forschung sichtbar geworden. So stellt sich die Frage: Wer ist eigentlich diese Öffentlichkeit? Erfahrungen zeigen, dass ein sehr breit gestreuter Aufruf an die allgemeine Öffentlichkeit – zum Beispiel per Inserat in der Wochenzeitung *Die Zeit* – nicht auf Resonanz stößt, wie Monika Wächter anmerkt. Wer also könnte zu mobilisieren sein und für Öffentlichkeit sprechen? Heinz Bude warnt: „Haben Sie kein zu positives Bild von der Zivilgesellschaft.“ Er plädiert für „liberalen Paternalismus“. Auch NGOs seien zum Beispiel nicht frei von eigenen, auch wirtschaftlichen Interessen.

Beachtet werden muss auch, dass Wissenschaft heute keineswegs grundsätzlich jenseits öffentlicher Relevanz forscht. So sorgen Studierende und Doktoranden mit der Wahl ihrer Forschungsthemen tausendfach für eine Erfrischung des wissenschaftli-

chen Betriebs von unten. Helmuth Berking weist auf den Einfluss von Umwelt- und Frauenbewegung beim Agenda-Setting hin, Heinz Bude berät Kommunen in der hoch aktuellen und relevanten Frage der Ansiedlung von Flüchtlingen.

All das zeigt: Öffentliche Beteiligung ist nicht zwingend, um Relevanz zu erzeugen. Sie sollte aber in wissenschaftlichen Prozessen viel selbstverständlicher als Möglichkeit mitgedacht werden. Wo sie relevant sein kann, sollte sie – auch in experimentellen Formen – erprobt werden. Das gilt gerade auch für Themen von lokaler und regionaler Relevanz. In diesem Sinne fände ich es sehr erfreulich, wenn das Furtwanger Agenda-Setting-Experiment von Stefan Selke Nachahmer fände und irgendwo tatsächlich erprobt würde. Die Frankfurter Rundschau wäre ein möglicher Kooperationspartner, um in einem solchen Fall bei der Beteiligung von Öffentlichkeit hilfreich zu sein, sofern das Experiment im Rhein-Main-Gebiet angesiedelt wird.

6

Biogramme der Teilnehmenden



Prof. Dr. Gabriele Abels, geboren 1964, ist seit 2007 Professorin für politische Systeme Deutschlands und der EU sowie Europäische Integration an der Universität Tübingen. Abels studierte Politikwissenschaft, Soziologie und Englische Philologie an der Universität Marburg. Sie ist Mitherausgeberin der „femina politica – Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft“. Von 2012 bis 2015 war sie Vorsitzende der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft. Gabriele Abels ist seit 2014 Mitglied des Kleinen Konvents der Schader-Stiftung.



Elena Albrecht, geboren 1991, ist Praktikantin der Schader-Stiftung. Sie studiert Soziologie an der Technischen Universität Darmstadt mit dem Schwerpunkt Bildung und Macht.



Prof. Dr. Klaus-Dieter Altmeyen, geboren 1956, ist Professor für Journalistik an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt. Er studierte Neuere Geschichte, Publizistik und Politikwissenschaft in Münster. Altmeyen war Gastprofessor am Institut für Kommunikationswissenschaft der Universität Salzburg und am Institut für Publizistikwissenschaft und Medienforschung der Universität Zürich. Von 2010 bis 2014 war Altmeyen Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft. Seit 2014 ist er Mitglied des Kleinen Konvents der Schader-Stiftung.



Dr. Peter Bartelheimer, geboren 1954, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter und Projektleiter am Soziologischen Forschungsinstitut der Universität Göttingen. Zudem ist er Koordinator des Forschungsverbunds Sozioökonomische Berichterstattung. Er studierte Sozialpädagogik, Soziologie, Politologie und Volkswirtschaftslehre an der Freien Universität Berlin und promovierte an der Goethe-Universität in Frankfurt über den von ihm koordinierten ersten Frankfurter Sozialbericht. Bartelheimer war Referent der Grünen im Hessischen Landtag und in verschiedenen wissenschaftlichen Projekten tätig.



Andrea Bartl, geboren 1970, ist Geschäftsführerin der START-Stiftung gGmbH. Sie studierte Betriebswirtschaft an der EBS Universität für Wirtschaft und Recht in Oestrich-Winkel, an der École Supérieure de Commerce de La Rochelle in Frankreich und an der University of California in Berkeley, USA. Seit 2007 ist Andrea Bartl für das START-Schülerstipendienprogramm für engagierte Jugendliche mit Migrationshintergrund, eines der größten Projekte der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung, verantwortlich.



Pitt von Bebenburg, geboren 1961, ist seit 35 Jahren als Journalist für die Frankfurter Rundschau tätig, seit 2005 als hessischer Landeskorrespondent. Zuvor war er stellvertretender Nachrichtenchef in Frankfurt und Hauptstadt-Korrespondent in Berlin. Bebenburg studierte Soziologie in Frankfurt am Main. Er ist Mitglied der Landespressekonferenz Hessen. 2014 erhielt er den Hessischen Journalistenpreis. Bebenburg ist auch als Buchautor tätig. Zuletzt erschien „Deutschland ohne Ausländer. Ein Szenario“, gemeinsam mit Matthias Thieme.



Dr. Sergio Bellucci, geboren 1950, ist seit 1996 Geschäftsführer von TA-SWISS, Zentrum für Technologiefolgen-Abschätzung der Akademien der Wissenschaften Schweiz in Bern. Er studierte Agrarwissenschaften an der Eidgenössischen Technischen Hochschule in Zürich, wo er 1980 auch promovierte. Er arbeitete bei einem Pharma- und Chemieunternehmen in den Bereichen Forschung, Entwicklung und Marketing, wurde 1989 Leiter des Zentrums für Weiterbildung an der Technischen Hochschule in Zürich und vier Jahre später Leiter des Management und Technologie Instituts am Technopark in Zürich.



Dr. Carmen Berger-Zell, geboren 1967, ist evangelische Pfarrerin. Sie ist bei der Diakonie Hessen als theologische Referentin für den Bereich Gesundheit, Alter und Pflege tätig. 2012 promovierte die Theologin an der Universität Paderborn im Bereich Praktische Theologie zu dem Thema „Trauerleibsborg – Ein Resonanzphänomen“. Sie ist Mitherausgeberin der evangelischen Internetseite trauernetz.de.



Monika Berghäuser, geboren 1955, ist freie Mitarbeiterin der Schader-Stiftung. Nach dem Studium der Rechtswissenschaften, Soziologie und Politikwissenschaft an der Justus-Liebig-Universität Gießen und der Zweiten Juristischen Staatsprüfung war sie als Korrektorin für wissenschaftliche Texte tätig. Ihr Arbeitsschwerpunkt liegt im Bereich innovative Wohnkonzepte und gemeinschaftliche Wohn-Pflegeformen.



Prof. Dr. Helmuth Berking, geboren 1950, ist seit 2002 Professor für Soziologie an der Technischen Universität Darmstadt. Er war Gastprofessor an der Freien Universität Berlin, an der Technischen Universität Berlin und der Universität Freiburg sowie Associate Professor der Northwestern University, Evanston, Illinois. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Globalisierungstheorien, kulturelle Globalisierung und Urban Anthropology. Berking ist unter anderem Mitherausgeber und Redakteur der Zeitschrift *Ästhetik und Kommunikation*.



Dr. Michèle Bernhard, geboren 1984, ist seit 2013 wissenschaftliche Mitarbeiterin der Koordinierungsstelle Bürgerbeteiligung im Amt für Stadtentwicklung und Statistik der Stadt Heidelberg. Schwerpunkt ihrer Tätigkeit ist die Umsetzung der „Leitlinien für mitgestaltende Bürgerbeteiligung“. Bernhard studierte Soziologie an der Technischen Universität Darmstadt und promovierte zum Thema *Eigenlogik der Städte* unter dem Aspekt der Partizipation. Von 2009 bis 2012 war sie wissenschaftliche Volontärin der Schader-Stiftung.



Prof. Dr. Dieter Bingen, geboren 1952, ist seit 1999 Direktor des Deutschen Polen Instituts. Er studierte Politische Wissenschaft, Verfassungs-, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Soziologie und Erziehungswissenschaft an der Universität Bonn und promovierte dort. Von 1981 bis 1999 war er wissenschaftlicher Mitarbeiter im Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. Bingen ist Honorarprofessor an der Hochschule Zittau/Görlitz, Gastprofessor an der Technischen Universität Darmstadt und unter anderem Mitglied der Europäischen Akademie der Wissenschaften und Künste.



Tyll Birnbaum, geboren 1990, ist ehemaliger Praktikant der Schader-Stiftung. Er studiert an der Universität Hamburg den Masterstudiengang Soziologie. Zuvor absolvierte er an der Technischen Universität Darmstadt den Bachelorstudiengang Soziologie.



Dr. Felix Blaser, geboren 1979, ist Referent für Armutspolitik sowie Mitarbeiter der Stabsstelle Diakonische Kultur bei der Diakonie Hessen. Er studierte Theologie, Soziologie und Philosophie in Würzburg, Barcelona, Heidelberg und Frankfurt am Main und promovierte im Fach Philosophie. Berufsbegleitend studierte er Wirtschaftsrecht und erlangte einen Master in Commercial Law. Schwerpunkte seiner Tätigkeit sind Wahrnehmung und Gestaltung der Organisationskultur und -entwicklung der Diakonie Hessen sowie die Bearbeitung armutspolitischer und theologisch-ethischer Grundsatzfragen.



Diana Böhm, geboren 1979, ist akademische Mitarbeiterin am Lehrstuhl Entwerfen und Stadtplanung der Universität Stuttgart. Sie studierte Architektur und Landschaftsarchitektur in Rapperswil, Schweiz, in Augsburg und Weihenstephan und war als Architektin/Landschaftsarchitektin im Stadtplanungsamt der Stadt Ingolstadt und an der Technischen Universität Darmstadt tätig. Als promovierte Architektin und Stadtforscherin beschäftigt sie sich mit der bebauten Umwelt im urbanen Raum, forscht zu Stadt- und Raumwahrnehmung, Mobilität und Bewegungsformen sowie sozialer Teilhabe von Menschen.



Prof. Dr. Wolfgang Bonß, geboren 1952, ist seit 1995 Professor für Allgemeine Soziologie an der Universität der Bundeswehr in München und seit 2012 Sprecher des Forschungszentrums RISK. Bonß absolvierte das Studium der Soziologie, Politikwissenschaft, Germanistik und Geschichte in München. Er promovierte an der Universität Bielefeld und habilitierte sich an der Universität Bremen. Seine Arbeitsschwerpunkte sind unter anderem soziologische Theorie und Modernisierungsforschung, Risiko und Unsicherheit sowie Verwissenschaftlichung und Verwendung wissenschaftlichen Wissens.



Prof. Dr. Michael Braum ist Geschäftsführender Direktor der Internationalen Bauausstellung GmbH (IBA) Heidelberg und seit 1998 Professor am Institut für Städtebau und Entwerfen der Leibniz-Universität Hannover. Er studierte Stadtplanung und Städtebau an der Technischen Universität Berlin. Braum war Mitglied der Expertenbeiräte „Bau“ und „IBA“ der Bundesregierung, hat als Städtebauer und Stadtplaner über 30 Jahre praktiziert und war bis 2012 Vorsitzender der Jury des Deutschen Städtebaupreises. Von 2008 bis 2013 war er Gründungsvorstandsvorsitzender der Bundesstiftung Baukultur.



Dr. Bettina Brohmann ist seit 1984 als Projektleiterin und Senior Researcher beim Öko-Institut e.V. tätig. Von 1988 bis 1996 hatte die promovierte Sozialwissenschaftlerin und Regionalwissenschaftlerin Lehraufträge an der Hochschule Darmstadt sowie an der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt. Seit 2012 ist sie als Forschungskoordinatorin im Bereich transdisziplinärer Nachhaltigkeitswissenschaften für verschiedene Aspekte transformativer Prozesse zuständig. Schwerpunkte ihrer Arbeit sind Themen wie nachhaltiger Konsum, Energiepolitik und die Evaluierung von Beteiligungsverfahren.



Prof. Dr. Heinz Bude, geboren 1954, ist seit 2000 Professor für Makrosoziologie an der Universität Kassel. Bude studierte Soziologie, Philosophie und Psychologie an der Eberhard Karls Universität Tübingen und der Freien Universität Berlin. 1986 promovierte er, 1994 erfolgte die Habilitation. Seit 1992 war er wissenschaftlicher Mitarbeiter am Hamburger Institut für Sozialforschung und von 1997 bis 2014 dort Leiter des Bereichs „Die Gesellschaft der Bundesrepublik“. Seine Forschungsschwerpunkte sind Generations-, Exklusions- sowie Unternehmerforschung.



Friederike von Büнау, geboren 1972, ist seit 2006 Geschäftsführerin der EKHN Stiftung. Sie absolvierte zunächst eine Ausbildung zur Luftverkehrskauffrau bei der Lufthansa in Köln, Frankfurt und Accra, Ghana. Anschließend studierte sie Wirtschaftswissenschaften an der Goethe-Universität Frankfurt am Main. Von Büнау war daraufhin mehrere Jahre im Bereich Equity Capital Markets der Deutschen Bank tätig. Im Bundesverband Deutscher Stiftungen leitet sie den Arbeitskreis Frauen und Stiftungen und ist Vorstandsmitglied der Initiative Frankfurter Stiftungen.



Dr. Alexander Deppert, geboren 1968, ist Erfinder des Science Slam. Deppert studierte Psychologie in Darmstadt und Frankfurt am Main. An der Technischen Universität Darmstadt promovierte er im Jahr 2000 zum Thema „Verstehen und Verständlichkeit wissenschaftlicher Texte“. 2004 erhielt er den Wilhelm-Busch-Preis für satirische und humoristische Verdichtungen.



Wiebke Drews, geboren 1989, ist Ph.D.-Anwärterin am European University Institute, Department of Political and Social Sciences, in Florenz. Sie studierte Integrated Social Sciences an der Jacobs University Bremen und absolvierte 2013 den Erasmus Mundus Doppelabschluss Master of Arts Politics and Security, University College London, und Master of Arts Social Sciences, Universität Tartu. Von 2014 bis 2015 war sie wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität der Bundeswehr München. Seit 2015 ist Drews Mitglied des Kleinen Konvents der Schader-Stiftung.



Dr. Christof Eichert, geboren 1953, ist Geschäftsführender Vorstand der Herbert Quandt-Stiftung. Er studierte Rechts- und Staatswissenschaften in Heidelberg, Erlangen und Freiburg. Eichert war von 1985 bis 2003 parteiloser Bürgermeister in Isny im Allgäu und Reutlingen sowie Oberbürgermeister der Stadt Ludwigsburg. Anschließend war er in der Geschäftsleitung der Bertelsmann-Stiftung, danach der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung tätig. Von 2007 bis 2010 war Eichert Abteilungsleiter im nordrhein-westfälischen Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration.



Sebastian Fellner, geboren 1988, ist seit 2013 studentischer Mitarbeiter der Schader-Stiftung. Er studiert an der Technischen Universität Darmstadt den Masterstudiengang Governance und Public Policy. Zuvor absolvierte er ein Studium der Politik- und Kommunikationswissenschaften an der Universität Augsburg.



Verena Fries, geboren 1985, ist Diplom-Soziologin und seit 2012 bei der Schader-Stiftung in Darmstadt, seit 2013 als Assistentin des Stifters tätig. Dabei ist sie seitens der Schader-Stiftung verantwortlich für den „Runden Tisch Wissenschaftsstadt Darmstadt“ sowie die Bereiche Netzwerkforschung und Öffentliche Wissenschaft. Verena Fries studierte an der Technischen Universität Darmstadt Soziologie mit dem Schwerpunkt Bildung und Macht. Bis August 2016 befindet sie sich in Elternzeit.



Prof. Dr. Martin Führ, geboren 1958, ist seit 1994 Professor für Öffentliches Recht, Rechtstheorie und Rechtsvergleichung an der Hochschule Darmstadt. Er promovierte und habilitierte sich an der Goethe-Universität Frankfurt am Main. Nach einer Tätigkeit im Öko-Institut e.V. war er von 1993 bis 1994 Professor für Rechtsfragen der Technikentwicklung an der Fachhochschule Fulda. Er leitet an der Hochschule Darmstadt die Sonderforschungsgruppe Institutionenanalyse (sofia). Führ ist seit 2008 von der Europäischen Kommission ernannter Verwaltungsrat der Europäischen Chemikalienagentur.



Ansgar Funcke, geboren 1967, ist Vorstandsmitglied und Caritasdirektor des Caritasverbandes Darmstadt e.V. Funcke ist Bankkaufmann und Diplom-Sozialpädagoge. Er war im Kriseninterventionsbereich des Kinderheims des Diakonischen Werkes im Kirchenkreis Recklinghausen e.V. und als stellvertretender Leiter und Mitglied der Geschäftsführung der St. Antonius-Haus gGmbH in Herten tätig. Von 2009 bis 2014 war er Vorstandsvorsitzender des Caritasverbandes Gladbeck e.V.



Alexander Gemeinhardt, geboren 1973, ist seit 2013 Vorsitzender des Vorstands und Direktor des Stiftungszentrums der Schader-Stiftung in Darmstadt. Gemeinhardt studierte Religionspädagogik, Sozialwesen und Soziale Verhaltenswissenschaften in Marburg, Frankfurt, Darmstadt und Magdeburg. Er war von 2000 bis 2003 Geschäftsführer des Evangelischen Bundes Hessen und Nassau und unterrichtete an der Fachschule für Heilerziehungspflege der Nieder-Ramstädter Diakonie. Von 2004 bis 2013 war er Geschäftsführer und Referent für Publizistik des Konfessionskundlichen Instituts in Bensheim.



Dr. Katharina Gerarts ist Forschungsleiterin und Senior Researcher für Children Studies am World Vision Institut für Forschung und Innovation. Sie studierte Erziehungswissenschaften an der Universität Bielefeld und promovierte 2014 an der Goethe-Universität Frankfurt. Seit 2013 ist sie Mitglied im Beirat des Masterstudiengangs Childhood Studies and Children's Rights an der Freien Universität Berlin. Gerarts ist ständige Sachverständige in der Enquete-Kommission „Rahmenbedingungen, Chancen und Zukunft schulischer Bildung in Hessen“ des Hessischen Landtags.



Dr. des. Anja Gerdemann, geboren 1976, ist Referentin der Direktion am Hessischen Landesmuseum Darmstadt. Zuvor war sie dort in der Abteilung Kunst und Kulturgeschichte als wissenschaftliche Volontärin und wissenschaftliche Mitarbeiterin tätig. Sie absolvierte ein Studium der Kunstgeschichte, Theater-, Film- und Fernsehwissenschaft und Skandinavistik an den Universitäten Erlangen, Oslo und Köln. Gerdemann war Promotionsstipendiatin im Graduiertenkolleg „Imaginatio Borealis“ an der Universität Kiel. Sie promovierte 2011 an der Universität zu Köln.



Prof. Dr. Ulrike Gerhard, geboren 1969, ist Professorin für die Geographie Nordamerikas und Stadtgeographie am Geographischen Institut sowie am Heidelberg Center for American Studies der Universität Heidelberg. Nach ihrem Studium der Geographie, Politikwissenschaft und Volkswirtschaftslehre in Marburg und Waterloo, Kanada, promovierte sie in Marburg und Edmonton, Kanada und habilitierte anschließend an der Universität Würzburg. Ulrike Gerhard ist unter anderem Leiterin des Reallabors Nachhaltige Stadtentwicklung in der Wissensgesellschaft der Universität Heidelberg.



Prof. Dr. Wolfgang Glatzer, geboren 1944, lehrte von 1984 bis 2010 Soziologie mit dem Schwerpunkt sozialstruktureller und kultureller Wandel am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Goethe-Universität Frankfurt. Er studierte Soziologie, Volkswirtschaftslehre und Sozialpolitik und war als wissenschaftlicher Mitarbeiter und Bereichsleiter in der Forschung tätig. 1979 promovierte er an der Universität Mannheim. Hauptthemen seiner Forschung sind Lebensqualität, Sozialstaat und Haushaltsproduktion mit Schwerpunkt auf Sozialindikatorenforschung und Sozialberichterstattung.



Isabella Göring ist Geschäftsführerin der Architekten- und Stadtplanerkammer Hessen (AKH) und Leiterin der Akademie der AKH. Göring ist Diplom-Ingenieurin und Architektin. Sie absolvierte ein Studium der Architektur in Wiesbaden. Seit 2004 ist Göring Mitarbeiterin der AKH, wo sie sich sowohl mit Themenfeldern aus den Bereichen Architektur und Stadtplanung, mit der Entwicklung von Weiterbildungskonzepten für Architekten und Architektinnen als auch mit betriebswirtschaftlichen Aspekten des Berufsstandes beschäftigt.



Prof. Dr. Marion Großklaus-Seidel, geboren 1957, ist Präsidentin der Evangelischen Hochschule Darmstadt. Sie studierte Evangelische Theologie und Pädagogik in Bochum und an der Kirchlichen Hochschule Wuppertal. Von 1985 bis 1990 arbeitete sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Internationale Erwachsenenbildung der Universität Bochum. Anschließend war sie Pastorin im Kirchlichen Dienst der Polizei und Ethikdozentin an der Polizei-Führungsakademie in Münster. Seit 1995 ist sie Professorin für Ethik und Erwachsenenbildung an der Evangelischen Hochschule Darmstadt.



Dr. Franz Grubauer ist Oberkirchenrat und Referent für Statistik und Sozialforschung der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau. Seit Oktober 2015 ist er außerdem ehrenamtlicher Leiter der Evangelischen Stadtakademie Darmstadt. Zuvor war Grubauer Generalsekretär des Verbands Evangelischer Akademien in Deutschland. Er gehört der Präsidialversammlung des Deutschen Evangelischen Kirchentags an und war Lehrbeauftragter am Institut für Soziologie der Technischen Universität Darmstadt.



Alina Gute, geboren 1991, ist Praktikantin der Schader-Stiftung. Sie studiert an der Philipps-Universität Marburg den Bachelorstudiengang Geographie of Science mit dem Schwerpunkt Wirtschaftsgeographie und Regionalplanung.



Jessica Haase ist seit 2008 am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung tätig und leitet dort das Büro für Forschungsplanung und -strategie. Gemeinsam mit David Skopec, Universität der Künste in Berlin, entwickelte sie das Visual Society Program zur Förderung interdisziplinärer Forschungsansätze. Haase studierte Politikwissenschaft an den Universitäten München und Bremen und schloss mit dem Executive MPA an der Hertie School of Governance ab. Sie ist seit 2014 Lehrbeauftragte an der Humboldt-Universität zu Berlin.



Dieter Hackler, geboren 1953, ist Mitglied des Bundesvorstands der Evangelischen Kranken- und Alten-Hilfe e.V. Er studierte Evangelische Theologie und Rechtswissenschaften an der Universität Bonn. Hackler war Pfarrer der Evangelischen Kreuzkirchengemeinde Bonn und Vorsitzender des Evangelischen Gemeindeverbandes Bonn. Von 1991 bis 2006 war er Bundesbeauftragter für den Zivildienst. Hackler war von 2006 bis 2014 Ministerialdirektor im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und Leiter der Abteilung Ältere Menschen, Wohlfahrtspflege, Engagementpolitik.



Dr. Ulrich Hatzfeld, geboren 1953, leitet seit 2006 verschiedene Unterabteilungen im Bauministerium des Bundes und ist zur Zeit Leiter der Unterabteilung Grundsatzangelegenheiten und planungsrelevante Rechtsetzung im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit. Hatzfeld studierte Stadt-, Regional- und Landesplanung an der Universität Dortmund. Er war Inhaber des Büros Hatzfeld-Junker, Stadtforschung/Stadtplanung. Von 1996 bis 2006 war er Gruppenleiter Stadtentwicklung im Ministerium für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen.



Prof. Dr. Michael Haus ist seit 2012 Professor für Moderne Politische Theorie an der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg. Er studierte die Fächer Politikwissenschaft, Soziologie und Philosophie an der Universität Frankfurt und an der Universität Heidelberg. 2009 wurde er an der Technischen Universität Darmstadt habilitiert. Es folgten Tätigkeiten als wissenschaftlicher Mitarbeiter und Vertretungsprofessor an verschiedenen Universitäten. Bis 2015 war Haus Sprecher des Arbeitskreises „Lokale Politikforschung“ sowie Mitglied im Beirat der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft.



Katja Hintze, geboren 1971, ist Gründerin und Geschäftsführende Vorstandsvorsitzende der Stiftung Bildung mit Sitz in Berlin sowie ehrenamtliche Vorsitzende des Landesverbandes Schulischer Fördervereine Berlin-Brandenburg e.V. Sie hat Philosophie, Kommunikationswissenschaften, Publizistik, Gender Studies und Wirtschaftsethik an der Freien Universität Berlin und der Humboldt-Universität zu Berlin studiert. Langjährig arbeitete sie als Kooperationsmanagerin in der freien Wirtschaft.



Dr. Patrick Honecker, geboren 1969, ist Leiter des Dezernats für Kommunikation und Marketing der Universität zu Köln. Er studierte Germanistik, Geschichte und Sprechwissenschaften in Bonn, Aachen und Trier. Er arbeitete für den Südwestrundfunk, die Wissenschaftsredaktion des Deutschlandfunks und die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (heute GWK). Honecker ist Fellow Wissenschaftsmanagement des Stifterverbands für die Deutsche Wissenschaft und Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats der Universität Siegen.



Dr. Uwe Hunger, geboren 1970, ist Privatdozent am Institut für Politikwissenschaft der Universität Münster und Fellow am Forschungskolleg der Universität Siegen. Von 2011 bis 2014 war er Vertretungsprofessor für Migrationsforschung an der Universität Osnabrück. Hunger ist Sprecher des Arbeitskreises „Migrationspolitik“ in der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft. Er studierte von 1991 bis 1997 Politikwissenschaft, Wirtschaftspolitik, Soziologie, Philosophie und Germanistik an der Universität Münster. Forschungsaufenthalte führten ihn in die USA sowie nach Indien und Japan.



Prof. Dr. Dirk Jörke, geboren 1971, lehrt seit 2014 Politische Theorie und Ideengeschichte am Institut für Politikwissenschaft der Technischen Universität Darmstadt. Er schloss 1996 sein Studium der Politikwissenschaft, Soziologie, Geschichte und Philosophie in Kiel und Hamburg mit seiner Magisterarbeit an der Universität Hamburg ab. 2002 promovierte er an der Universität Greifswald und wurde 2009 durch die Philosophische Fakultät der Universität Greifswald habilitiert.



Dr. Frank Jost, geboren 1961, ist seit 2005 wissenschaftlicher Referent beim vhw - Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e.V. Er absolvierte ein Studium der Stadt- und Regionalplanung an der Technischen Universität Berlin, wo er 1999 auch promoviert wurde. Es folgten Tätigkeiten als Stadtplaner in freien Planungsbüros, als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Stadt- und Regionalplanung der Technischen Universität Berlin sowie als Sonderbeauftragter des Oberbürgermeisters in der Stadt Frankfurt (Oder).



Dr. Karin Jurczyk, geboren 1952, ist Leiterin der Abteilung Familie und Familienpolitik des Deutschen Jugendinstituts. Sie absolvierte ein Studium der Soziologie und Politologie in München. An der Universität Bremen promovierte sie über „Familienpolitik als andere Arbeitspolitik“. Es folgten Forschungen zum Zusammenhang von Familie und Beruf, zu Familienpolitik, Gender, alltäglicher Lebensführung und Zeit an der Universität München. Außerdem lehrte sie an den Universitäten Gießen, Kassel, Marburg, Innsbruck und München.



Prof. Dr. Karl-Dieter Keim, geboren 1939, studierte Soziologie, Politikwissenschaft und Öffentliches Recht an der Universität Mannheim. Von 1970 bis 1982 war er am Deutschen Institut für Urbanistik in Berlin tätig. 1982 wurde er im Fach Soziologie habilitiert. Von 1982 bis 2004 war er Professor an den Universitäten Bamberg und Cottbus. Keim leitete von 1992 bis 2004 das Leibniz-Institut für Regionentwicklung und Strukturplanung in Erkner bei Berlin. Er war von 1998 bis 2006 Mitglied des Kuratoriums der Schader-Stiftung und von 2003 bis 2006 dessen Stellvertretender Vorsitzender.



Ulf Kilian studierte Philosophie, Kunstgeschichte und Kunstpädagogik an der Goethe-Universität Frankfurt und Freie Bildende Kunst an der Staatlichen Hochschule für Bildende Künste - Städelschule Frankfurt am Main. 1999 gründete er die Firma techne, 1998 war er Mitgründer des interdisziplinären Ensembles daimonion. Er ist als Künstler in den Bereichen Plastik, Installation und Performance, als Gestalter in den Bereichen Bühnenbild, Ausstellungsdesign und Möbelentwurf tätig. Seit 2000 ist Ulf Kilian Vorsitzender des Deutschen Werkbundes Hessen.



Christoph Kintzinger ist seit 2014 bei der Stiftung Mercator als Koordinator des Ressorts Wissenschaft tätig. Er studierte Sozial- und Politikwissenschaften an den Universitäten von Bochum und Utrecht. Anschließend war Kintzinger als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Öffentliche Verwaltung, Stadt- und Regionalpolitik der Universität Bochum beschäftigt.



Dr. Silke Kleihauer ist seit 2001 wissenschaftliche Mitarbeiterin der Sonderforschungsgruppe Institutionenanalyse (sofia) an der Hochschule Darmstadt. Ihr Tätigkeitsschwerpunkt sind Methoden der Folgenbetrachtung sowie der Risikoabschätzung. Zudem entwickelte sie federführend ein Studiengangkonzept für einen Masterstudiengang „Risk Assessment and Sustainability Management“ an der Hochschule Darmstadt. Kleihauer studierte Biologie an der Universität Göttingen. Sie promovierte an der Universität Tübingen zu einem Thema an der Schnittstelle von Ökologie, Wissenschaftstheorie und Recht.



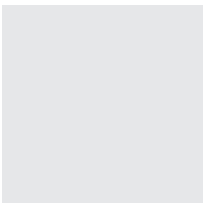
Wolfgang Klenk, geboren 1954, ist seit 2009 Mitglied der Geschäftsleitung der Breuninger Stiftung und vertritt die Themenschwerpunkte Bürgergesellschaft und Bildung. Er absolvierte ein Studium der Erziehungswissenschaften mit Schwerpunkt Erwachsenenbildung. Anschließend war Wolfgang Klenk Programmbereichsleiter der Volkshochschule Stuttgart, Qualitätsentwickler, Kompetenzmanager sowie Berater von Institutionen und Personen wie auch Moderator von Entscheidungs- und anderen Prozessen. Er war als Lehrbeauftragter an verschiedenen Hochschulen tätig.



Prof. Dr. Michèle Knodt, geboren 1967, ist Professorin für Politikwissenschaft an der Technischen Universität Darmstadt. Sie promovierte 1997 und habilitierte sich 2004 an der Universität Mannheim zu Themen des Regierens im erweiterten europäischen Mehrebenensystem. Seit 2005 hat Knodt den Lehrstuhl für Vergleichende Analyse politischer Systeme und Integrationsforschung am Institut für Politikwissenschaft der Technischen Universität Darmstadt inne. 2011 wurde ihr von der Europäischen Kommission der Titel Jean Monnet Professorin verliehen.



Dr. Harald König, geboren 1962, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Technikfolgenabschätzung und Systemanalyse des Karlsruher Instituts für Technologie (KIT). Er arbeitet dort zu Chancen und Risiken sowie Fragen der Governance neuer Biotechnologien. Nach dem Studium der Biologie an der Universität Karlsruhe promovierte er 1992 in Biologie. Die Habilitation im Fach Genetik erfolgte im Jahr 1999. Bis 2010 war König Privatdozent an der Universität Karlsruhe und am KIT. Von 1999 bis 2011 war er zudem Forschungsgruppenleiter am Institut für Toxikologie und Genetik des KIT.



Prof. Dr. Michaela Köttig, geboren 1965, ist Vorstandsvorsitzende der Deutschen Gesellschaft für Soziale Arbeit und seit 2009 Professorin für Kommunikation, Gesprächsführung und Konfliktbewältigung an der Frankfurt University of Applied Sciences. Sie studierte Sozialwesen, Politik und Soziologie an der Universität Kassel und promovierte an der Universität Göttingen im Fach Soziologie. Es folgten praktische Tätigkeiten in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit sowie als Jugendbildungsreferentin. Zudem war sie wissenschaftliche Mitarbeiterin an verschiedenen Universitäten.



Prof. Dr. Jürgen Kohl, geboren 1946, ist emeritierter Professor am Max-Weber-Institut für Soziologie der Universität Heidelberg mit Schwerpunkt Sozialstrukturanalyse und Politische Soziologie. Er studierte Soziologie, Wirtschaftswissenschaften und Politikwissenschaft an den Universitäten Frankfurt und Bielefeld und promovierte an der Universität Mannheim. Kohl war wissenschaftlicher Angestellter am Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung, zudem Jean Monnet Fellow am European University Institute in Florenz und Gastprofessor an der Northwestern University, Evanston, Illinois.



Michael Kolmer, geboren 1970, leitet seit 2005 das Amt für Wirtschaft und Stadtentwicklung der Wissenschaftsstadt Darmstadt. Er studierte Geographie an der Technischen Universität Darmstadt. Nach beruflichen Stationen an der Technischen Universität Darmstadt und beim Land Baden-Württemberg wurde er 2000 stellvertretender Leiter der Darmstädter Wirtschaftsförderung.



Dr. Thomas Kreuzer, geboren 1967, ist Theologe und Kommunikationswirt. Seit 1999 ist er Geschäftsführer der Fundraising Akademie in Frankfurt am Main. Er studierte in Rom, Frankfurt am Main und Heidelberg Theologie und Kommunikationswissenschaft und promovierte im Fach Sozialethik. Kreuzer ist Mitglied im Präsidium von World Vision Deutschland. Seit 2007 ist er Vorsitzender der Frankfurter Bibelgesellschaft.



Dr. Rudolf Kriszeleit, geboren 1955, ist Rechtsanwalt und war bis 2014 Staatssekretär im Hessischen Ministerium der Justiz, für Integration und Europa. Er studierte Rechtswissenschaft und Volkswirtschaftslehre in Frankfurt am Main. Nach Tätigkeiten bei der Staatsanwaltschaft am Landgericht Frankfurt und im Hessischen Ministerium der Finanzen war er von 1995 bis 2001 Leiter der Finanzabteilung der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau und von 2001 bis 2009 Vorstandsmitglied der Investitionsbank Hessen. Er ist stellvertretender Vorsitzender des Stiftungsrats der Schader-Stiftung.



Isabel Kronenberger, geboren 1986, ist Fotografin und Grafikdesignerin. Nach ihrer Fotodesign-Ausbildung am Berliner Lette Verein studierte sie von 2010 bis 2015 Visuelle Kommunikation an der Universität der Künste Berlin (UdK). In der Klasse Visuelle Systeme unter Leitung von Professor David Skopec spezialisierte sie sich auf die Gestaltung von Informationen und Identitäten. In ihrem Masterstudium untersuchte sie im Rahmen des Visual Society Programs, einer Kooperation der UdK mit dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, das Verhältnis von Wissenschaft und Gestaltung.



Prof. Dr. Cordula Kropp, geboren 1966, ist seit 2009 Professorin für sozialwissenschaftliche Innovations- und Zukunftsforschung an der Fakultät für angewandte Sozialwissenschaften der Hochschule München. Kropp absolvierte ein Studium der Soziologie, Ethnologie, Psychologie und Politikwissenschaften an der Ludwig-Maximilians-Universität München, wo sie anschließend als wissenschaftliche Mitarbeiterin für die Themen Umwelt- und Techniksoziologie zuständig war. Nach ihrer Promotion im Jahr 2001 war sie bis 2009 in der Münchner Projektgruppe für Sozialforschung e.V. tätig.



Christoph Kulenkampff, geboren 1947, ist heute Rechtsanwalt in Frankfurt am Main. Er absolvierte das Studium der Rechtswissenschaften in München und Gießen. 1975 trat er als Staatsanwalt in die Hessische Justiz ein, 1978 erfolgte seine Abordnung in das Hessische Ministerium der Justiz. 1986 wurde er zum Generalstaatsanwalt des Landes Hessen ernannt, 1991 zum Staatssekretär im Hessischen Ministerium des Innern. Von 1993 bis 2000 leitete er als Vorstand einen wohnungswirtschaftlichen Verband. Danach war er bis 2007 Geschäftsführender Vorstand der Schader-Stiftung.



Dr. Ulrich Kuther, geboren 1963, leitet seit 2004 im Auftrag der Karl Kübel Stiftung für Kind und Familie als Bevollmächtigter der Geschäftsführung die „hessenstiftung – familie hat zukunft“ mit den Schwerpunkten zukunftsorientiertes Aufwachsen von Kindern und Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Er studierte Katholische Theologie in Mainz, Angers und Tübingen und promovierte an der Goethe-Universität Frankfurt am Main. Auf praktische Jahre in der Gemeindegarbeit folgten Weiterbildungen in Kommunikation und Rhetorik, in Betriebswissenschaft und zum Stiftungsmanager.



Dr. Thorsten Latzel, geboren 1970, ist seit 2013 Direktor der Evangelischen Akademie Frankfurt. Er studierte Evangelische Theologie an der Universität Marburg und promovierte 2002 im Rahmen des DFG-Graduiertenkollegs „Religion und Normativität“ an der Universität Heidelberg. Von 2000 bis 2005 arbeitete Latzel zunächst als Vikar und anschließend als Pfarrer im Kirchenkreis Hanau-Land. Er war von 2005 bis 2012 im Kirchenamt der Evangelischen Kirche in Deutschland als Oberkirchenrat tätig. Seit 2007 leitete er zudem das Projektbüro im Reformprozess „Kirche im Aufbruch“.



Prof. Dr. Joachim-Felix Leonhard, geboren 1946, studierte Geschichte, Klassische Philologie, Historische Hilfswissenschaften und Philosophie in Frankfurt und Heidelberg. Er war Generalsekretär des Goethe-Instituts und Staatssekretär im Hessischen Ministerium für Wissenschaft und Kunst. Leonhard ist Honorarprofessor für Geschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin und war Gründungspräsident der von Behring-Röntgen-Stiftung in Marburg. Er ist seit 2007 Vorsitzender des Kuratoriums, dann des Stiftungsrats der Schader-Stiftung und Mitglied im Universitätsrat der Universität Augsburg.



Prof. Dr. Julia Lepperhoff, geboren 1969, ist Professorin für Sozialpolitik an der Evangelischen Hochschule Berlin. Sie absolvierte ein Studium der Politikwissenschaft in Marburg und Berlin. 2002 promovierte Lepperhoff am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft der Freien Universität Berlin. Es folgten Tätigkeiten als wissenschaftliche Mitarbeiterin. Von 2007 bis 2008 war sie Vertretungsprofessorin am Institut für Politikwissenschaft der Universität Duisburg-Essen. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind unter anderem Geschlechterforschung, Arbeitsmarkt-, Sozial- und Gleichstellungspolitik.



Prof. Dr. Stephan Lessenich, geboren 1965, ist seit 2014 Professor für Soziologie mit dem Schwerpunkt Soziale Entwicklungen und Strukturen an der Ludwig-Maximilians-Universität München. Von 2004 bis 2014 war er Professor für Soziologie an der Universität Jena. Lessenich studierte Politikwissenschaft, Soziologie und Geschichte an der Universität Marburg. 2015/2016 ist er Gastprofessor an der Universität St. Gallen, School of Humanities and Social Sciences. Lessenich ist Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Soziologie und seit 2014 Mitglied des Kleinen Konvents der Schader-Stiftung.



Michael Lobeck, geboren 1965, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter des Geographischen Instituts der Universität Bonn und freiberuflicher Berater. Der Diplom-Geograph und Wirtschaftsmediator leitete das Forschungsprojekt zur ersten deutschen Smart City in Friedrichshafen im Auftrag der Deutschen Telekom und koordinierte das DFG-Erkennistransferprojekt „Gesellschaftlicher Wandel und Quartiersentwicklung“. In Forschung und Beratung beschäftigt er sich vor allem mit guter Kommunikation in der Stadtentwicklung und sinnvollen Aspekten von Smart Cities.



Peter Lonitz, geboren 1959, ist wissenschaftlicher Referent der Schader-Stiftung in Darmstadt und zuständig für den Bereich Presse und Öffentlichkeitsarbeit. Er studierte Soziologie, Psychologie und Städtebau an der Technischen Universität Darmstadt. Peter Lonitz ist Mitglied im Presseclub Darmstadt und vertritt die Schader-Stiftung im Stiftungsnetzwerk Südhessen.



Prof. Dr. Ulf Matthiesen, geboren 1943, ist apl. Professor an der Humboldt-Universität zu Berlin. Er studierte Soziologie, Philosophie und Rechtswissenschaften. Matthiesen war unter anderem mit dem Aufbau und der Leitung der Forschungsabteilung 3 – Wissensmilieus und Raumstrukturen – am Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung in Erkner betraut. In Forschung und Lehre untersucht er unter anderem die Koevolution von Wissens- und Raumentwicklungen, die Rolle von Raumpionieren in Innovationsprozessen sowie regionale und lokale Kulinarik-Kreisläufe in Europa.



Viola van Melis ist seit 2009 Leiterin des Zentrums für Wissenschaftskommunikation der Universität Münster. Sie studierte Geschichte, Anglistik und Volkswirtschaftslehre an der Universität zu Köln und am Trinity College Dublin. Es folgten Tätigkeiten als freie Mitarbeiterin der Pressestelle der Universität zu Köln und als Redakteurin der Katholischen Nachrichten-Agentur in Bonn und Köln. Von 2004 bis 2009 war sie Leiterin der Landesredaktion Nordrhein-Westfalen der Katholischen Nachrichten-Agentur in Bonn. Van Melis war 2015 Lehrbeauftragte am Karlsruher Institut für Technologie.



Dr. Kirsten Mensch, geboren 1967, ist seit 2000 wissenschaftliche Referentin der Schader-Stiftung in Darmstadt. Sie studierte Politikwissenschaften, Philosophie sowie Rechtswissenschaften. 1993 folgte ein Studienaufenthalt an der Universität Groningen in den Niederlanden. Von 1994 bis 1998 war Mensch wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Politikwissenschaft der Technischen Universität Darmstadt. 1999 wurde sie promoviert. Inhaltliche Schwerpunkte ihrer Tätigkeit bei der Schader-Stiftung sind Projekte zu gesellschaftlich und politisch relevanten Fragen.



Prof. Dr. Dr. h.c. Peter Meusbürger, geboren 1942, ist seit 2007 Distinguished Senior Professor der Universität Heidelberg. Studium, Promotion und Habilitation im Fach Geographie erfolgten an der Universität Innsbruck. Von 1983 bis 2007 war Meusbürger Professor für Wirtschafts- und Sozialgeographie und Direktor des Geographischen Instituts der Universität Heidelberg. Er war unter anderem Vorsitzender des Verbands der Geographen an Deutschen Hochschulen und Präsident der Deutschen Gesellschaft für Geographie und ist Herausgeber der Reihe Knowledge and Space des Springer-Verlags.



Prof. Dr. Ingrid Thea Miethe, geboren 1962, ist seit 2010 Professorin für Allgemeine Erziehungswissenschaft an der Universität Gießen. Sie studierte Erziehungswissenschaften an der Technischen Universität Berlin und promovierte in Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin. Von 2002 bis 2010 war Ingrid Thea Miethe Professorin für Allgemeine Pädagogik an der Evangelischen Fachhochschule Darmstadt. 2007 erfolgte die Habilitation in Erziehungswissenschaft an der Universität Halle-Wittenberg. Sie ist Mitglied im Vorstand der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft.



Rosa Mugler, geboren 1988, ist seit 2014 Mitarbeiterin der Breuninger Stiftung. Dort liegt ihr Arbeitsschwerpunkt in der Durchführung von Runden Tischen und anderen Beteiligungsprojekten. Rosa Mugler absolvierte ein Studium der Sozialwissenschaften an der Universität Augsburg und studiert zurzeit den Masterstudiengang Soziologie an der Friedrich-Schiller-Universität in Jena.



Oliver Müller, geboren 1987, ist Mitarbeiter am Stadtforschungsinstitut „Open Urban Institute“ in Frankfurt am Main. Er studierte Europawissenschaften, Kulturanthropologie und Humangeographie an den Universitäten Maastricht, Wien und Frankfurt am Main. Sein Forschungsschwerpunkt ist die kommunikative Dimension der gebauten Umwelt an der Schnittstelle von Architektur, Philosophie und Raumtheorie. Zuletzt war er Mitherausgeber der Publikation „Kleinöde. Ein Bildband zur Idee und Praxis städtischer Plätze in Frankfurt am Main“.



Prof. Dr. Ursula Münch, geboren 1961, ist seit 2011 Direktorin der Akademie für Politische Bildung Tutzing. Von ihrer Professur am Institut für Politikwissenschaft der Universität der Bundeswehr München ist sie derzeit beurlaubt. Münch studierte Politik- und Kommunikationswissenschaft, Psychologie sowie Neuere Geschichte an der Ludwig-Maximilians-Universität München. Sie ist unter anderem Mitglied im Wissenschaftsrat und im Hochschulbeirat der Hochschule für Politik an der Technischen Universität München. 2014 wurde sie in den Kleinen Konvent der Schader-Stiftung gewählt.



Melanie Neugart ist Mitarbeiterin im Bereich Wissenskommunikation und Öffentlichkeitsarbeit des Instituts für sozial-ökologische Forschung mit dem Schwerpunkt Pressearbeit. Sie studierte an der Technischen Universität Darmstadt Germanistik, Soziologie und Politikwissenschaft und absolvierte ein Volontariat zur Rundfunkredakteurin. Als Fernsehredakteurin war sie für öffentlich-rechtliche Sender im Bereich Magazine und Dokumentationen tätig. Anschließend war Melanie Neugart Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit bei der Stiftung Pestalozzi-Fröbel-Haus und freie PR-Redakteurin.



Prof. Dr. Irene Neverla, geboren 1952, ist seit 1992 Professorin für Journalistik und Kommunikationswissenschaft an der Universität Hamburg. Nach dem Studium an den Universitäten Wien und Salzburg promovierte und habilitierte sie sich an der Universität München. Neverla ist Mitglied im Direktorium des Research Center for Media and Communication und Principal Investigator im Exzellenzcluster für Klimaforschung an der Universität Hamburg. Zu ihren Forschungsschwerpunkten zählen Journalismusforschung und Rezeptionsforschung sowie Umweltkommunikation und transkulturelle Kommunikation.



Dr. Steffi Ober ist Initiatorin und Leiterin des Projekts Forschungswende bei der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler VDW e.V. Die Plattform Forschungswende unterstützt das Wissen und den Austausch der zivilgesellschaftlichen Organisationen zu Forschung und Innovation. Steffi Ober ist promovierte Tierärztin und hat einen Master in Public Policy der Humboldt-Viadrina School of Governance. Seit 2004 ist sie für den NABU - Naturschutzbund Deutschland e.V. tätig. Darüber hinaus unterrichtet sie als Dozentin an mehreren Hochschulen.



Jochen Partsch, geboren 1962, ist seit 2011 Oberbürgermeister der Wissenschaftsstadt Darmstadt. Er studierte Sozialwissenschaften an der Georg-August-Universität in Göttingen. Partsch war Referent für lokale Beschäftigungsförderung bei der Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte Hessen e.V. und wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Hochschule Darmstadt. Von November 2006 bis Juni 2011 war er Dezernent für Soziales, Jugend, Wohnen, Arbeitsmarktpolitik, Frauenpolitik und interkulturelle Angelegenheiten in Darmstadt. Partsch ist Mitglied im Stiftungsrat der Schader-Stiftung.



Alice Pawlik koordiniert als Referentin für Bildung und Vermittlung das ausstellungsbegleitende Programm der Galerie der Schader-Stiftung. Sie studierte Ethnologie, Kulturanthropologie und Psychologie an der Goethe-Universität Frankfurt am Main. Pawlik ist zudem Leiterin der Bild-, Film- und Medienabteilung des Weltkulturen Museums in Frankfurt am Main.



Dr. Sören Petermann ist seit 2015 Leiter der Stabsstelle Wissensvermittlung des GESIS - Leibniz-Instituts für Sozialwissenschaften in Köln. Er studierte Soziologie an den Universitäten Leipzig und Utrecht. Es folgte eine Anstellung an der Martin-Luther-Universität in Halle-Wittenberg. Dort promovierte und habilitierte er sich auch. Von 2008 bis 2014 war er Research Fellow am Max-Planck-Institut zur Erforschung multireligiöser und multiethnischer Gesellschaften Göttingen. Von 2013 bis 2015 bekleidete er Vertretungsprofessuren an den Universitäten Halle und Frankfurt am Main.



Dr.-Ing. Simone Planinsek, geboren 1981, arbeitet bei der Unternehmensgruppe Nassauische Heimstätte/Wohnstatt als Projektleiterin im Bereich Stadtentwicklung. Sie promovierte am Karlsruher Institut für Technologie (KIT) im Bereich Wohnungsmarktbeobachtung. Darüber hinaus ist sie in verschiedenen wissenschaftlichen Netzwerken aktiv – insbesondere mit den Schwerpunkten Wohnen und Stadtquartiersforschung.



Prof. Dr. Thomas Pleil, geboren 1967, ist seit 2004 Professor für Public Relations an der Hochschule Darmstadt. Er leitet den Studiengang Onlinekommunikation (B.Sc.), den er aufgebaut hat. Zudem ist er Sprecher des Direktoriums des Instituts für Kommunikation und Medien. Pleil studierte Journalistik, Politikwissenschaft und Soziologie in Eichstätt und promovierte in Salzburg zum Thema PR-Forschung. Seine Forschungsschwerpunkte liegen in den Bereichen Online-PR und Social Media, PR für neue Technologien, Nonprofit-PR und lebenslanges Lernen.



Prof. Dr. Oliver Quiring, geboren 1969, ist Professor für Kommunikationswissenschaft an der Universität Mainz. Seit 2014 ist er Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft. Er studierte Kommunikationswissenschaft, Soziologie, Psychologie und Volkswirtschaft an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg und promovierte dort. Er habilitierte an der Ludwig-Maximilians-Universität in München. Quirings Forschungsschwerpunkte sind unter anderem soziale, ökonomische und politische Kommunikation sowie Medienwandel und Medieninnovation.



Wolfert von Rahden, geboren 1947, war Chefredakteur der Zeitschrift *Gegenorte*, die bis 2013 von der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften herausgegeben wurde und sich Fragen der Wissenschaftskommunikation widmete. Er studierte Philosophie, Sprach- und Literaturwissenschaft sowie Soziologie und Politikwissenschaft in Hamburg und in Berlin an der Freien und der Technischen Universität. Von Rahden war stellvertretender Direktor des Einstein Forums Potsdam und ist Mitglied der Redaktion der Zeitschrift für Ideengeschichte, deren verantwortlicher Gründungsredakteur er war.



Natascha Riegger, geboren 1985, koordiniert als Referentin für Bildung und Vermittlung das ausstellungsbegleitende Programm der Galerie der Schader-Stiftung. Sie studierte Ethnologie und Kulturanthropologie an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz. Riegger ist zudem Mitarbeiterin am Weltkulturen Museum in Frankfurt am Main.



Prof. Dr. Lars Rinsdorf, geboren 1971, ist an der Hochschule der Medien Stuttgart Professor für Journalistik im Studiengang Crossmedia Redaktion/Public Relations, den er aufgebaut hat und als Studiendekan leitet. Rinsdorf studierte Journalistik und Raumplanung an der Universität Dortmund und promovierte dort. Seine Forschungsschwerpunkte sind Rezeptionsforschung, Redaktionsmanagement, Forschung und Entwicklung in Medienunternehmen sowie Medienmarken. Er ist stellvertretender Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft.



Prof. Dr. Caroline Y. Robertson-von Trotha, geboren 1951, ist Direktorin des ZAK - Zentrum für Angewandte Kulturwissenschaft und Studium Generale am Karlsruher Institut für Technologie und Professorin für Soziologie und Kulturwissenschaft. Sie studierte Politikwissenschaft, Soziologie und Geschichte in Heidelberg und Karlsruhe. Sie ist Koordinatorin des deutschen Netzwerks der Anna Lindh Stiftung, Mitglied im Fachausschuss Kultur der deutschen UNESCO-Kommission und Vorsitzende des Wissenschaftlichen Initiativkreises Kultur und Außenpolitik am Institut für Auslandsbeziehungen.



Dr. Tobias Robischon, geboren 1963, ist wissenschaftlicher Referent der Schader-Stiftung in Darmstadt. Er studierte Politikwissenschaft an der Universität Marburg und an der Freien Universität Berlin und promovierte am Kölner Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Stadtentwicklung im Kontext des sozialen und demographischen Wandels, Demokratie und Menschenrechte sowie Bürgerengagement und kommunale Fragen.



Prof. Dr. Josef Rützel, geboren 1943, ist emeritierter Professor für Berufspädagogik an der Technischen Universität Darmstadt. Rützel studierte Maschinenbau in Friedberg, Berufspädagogik, Psychologie und Rechtswissenschaften in Darmstadt und promovierte und habilitierte an der Universität Dortmund. Er war Mitglied mehrerer Expertengruppen sowie Dekan, Senator, Ombudsmann für ausländische Studierende und Vertrauensperson für wissenschaftliches Fehlverhalten an der Technischen Universität Darmstadt. Als Gastdozent lehrte er am Institut für Berufsbildung der Tongji Universität Shanghai.



Dipl.-Ing. Alois M. Schader, geboren 1928, war freiberuflich als beratender Bauingenieur tätig. 1988 gründete er die Schader-Stiftung in Darmstadt, deren Finanzvorstand er ist. Er wurde 2013 mit der Leibniz-Medaille der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften ausgezeichnet. 2015 erhielt er die Johann-Heinrich-Merck-Ehrung der Wissenschaftsstadt Darmstadt.



Kjell Schmidt, geboren 1981, ist Angestellter des Landesbetriebs Hessen-Forst und als Referent im Projekt „Land mit Zukunft“ der Herbert Quandt-Stiftung sowie der Landesstiftung „Miteinander in Hessen“ tätig. Schmidt studiert nebenberuflich Business Administration an der Hochschule Mainz. Zuvor absolvierte er ein Studium der Forstwirtschaft an den Hochschulen Rottenburg und Inverness. Anschließend war Schmidt stellvertretender Geschäftsführer des Naturparks Taunus. Schwerpunkte seiner Arbeit als Referent liegen im Bereich der Bürgerbeteiligung und des demografischen Wandels.



Prof. Dr. Dr. h.c. Manfred G. Schmidt, geboren 1948, ist seit 2001 Professor für Politische Wissenschaft an der Universität Heidelberg. Er studierte Politische Wissenschaft und Anglistik an der Universität Heidelberg. Für seine Habilitationsschrift erhielt er den Stein Rokkan Prize for International Comparative Social Research der UNESCO. Schmidt war Professor für Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin und der Universität Bremen. Er ist Mitglied der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften. Von 1998 bis 2006 gehörte er dem Kuratorium der Schader-Stiftung an.



Dr. Dieter Schneberger, geboren 1958, ist verantwortlicher Redakteur des epd-Landesdienstes Mitte-West in Frankfurt am Main und Lehrbeauftragter am Institut für Publizistik der Universität Mainz. Er studierte von 1979 bis 1985 Publizistik, Politikwissenschaft und Englische Philologie an der Universität Mainz. Nach einer Tätigkeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Demoskopie Allensbach wurde Schneberger 1990 promoviert. Von 1989 bis 1990 absolvierte er ein Volontariat beim Wiesbadener Kurier und war danach Politikredakteur bei der Oberhessischen Presse in Marburg.



Dr. Christopher Scholtz, geboren 1972, ist seit 2014 Studienleiter für Politik und Religion an der Evangelischen Akademie Frankfurt. Er studierte Evangelische Theologie, Philosophie und Pädagogik an den Universitäten in Mainz, Pisa, Frankfurt und Göttingen. Scholtz ist Pfarrer der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau, systemischer Organisationsentwickler und Coach. Bis 2013 war er wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Goethe-Universität Frankfurt am Main.



Dr. Ulrich Schreiterer ist seit 2008 Senior Researcher am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung. Er studierte Soziologie, Geschichte und Germanistik in Marburg, Bielefeld und an der London School of Economics. Schreiterer war Referent des Rektors der Universität Bielefeld, Referatsleiter in der Geschäftsstelle des Wissenschaftsrates in Köln, Projektleiter am Centrum für Hochschulentwicklung in Gütersloh sowie von 2003 bis 2008 Senior Research Scholar am Center for International and Area Studies und Lecturer im Department of Sociology der Yale University.



Dr. Patricia Schütte-Bestek, geboren 1983, ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl Arbeitsorganisation und Arbeitsgestaltung des Instituts für Arbeitswissenschaft an der Ruhr-Universität Bochum. Sie absolvierte ein Bachelorstudium der Sozialpsychologie und Romanischen Philologie und ein Masterstudium in Sozialwissenschaften. Schütte-Bestek war Doktorandin an der Fakultät für Sozialwissenschaft der Ruhr-Universität Bochum, wo sie 2014 promovierte. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind unter anderem Organisationswissenschaft, empirische Polizeiforschung und Organisationswandel.



Prof. Dr. Dr.-Ing. Kai Schuster lehrt Soziologie und Sozialpsychologie mit dem Schwerpunkt Architekturpsychologie und -soziologie an der Hochschule Darmstadt. Er studierte Psychologie in Eichstätt, Göttingen und Heidelberg, promovierte an der Universität Kassel und schloss dort ein Studium der Architektur ebenfalls mit der Promotion ab. Er war als wissenschaftlicher Mitarbeiter bei der Forschungsgesellschaft für umweltschonende Energieumwandlung und -nutzung mbH sowie bei der Energienstiftung Schleswig-Holstein und am Institut für Psychologie der Universität Kassel tätig.



Prof. Dr. Hanns H. Seidler ist seit 2002 Vorstand des Zentrums für Wissensmanagement Speyer. Er studierte an den Universitäten Frankfurt, Berlin und Freiburg Rechtswissenschaften und promovierte 1972. Seidler war Referent in der Präsidialabteilung und seit 1985 Kanzler der Technischen Universität Darmstadt sowie unter anderem Mitglied einer Expertenkommission des Bundesministeriums für Bildung und Forschung für ein neues Dienstrecht. Seidler gehört seit 2014 dem Stiftungsrat der Schader-Stiftung an.



Prof. Dr. Stefan Selke, geboren 1967, ist Professor für das Lehrgebiet Gesellschaftlicher Wandel sowie Forschungsprofessor für Transformative und Öffentliche Wissenschaft an der Hochschule Furtwangen (HFU). Er studierte Luft- und Raumfahrttechnik und promovierte 2002 im Fach Soziologie. Selke ist Senatsbeauftragter für Nachhaltige Entwicklung an der HFU, gründete das von der United Nations University zertifizierte Regional Centre of Expertise im Bereich Bildung für Nachhaltige Entwicklung sowie das Public Sociology Lab. 2014 wurde er in den Kleinen Konvent der Schader-Stiftung gewählt.



Christoph Siegl, geboren 1985, ist Diplom-Geograph und Stadtforscher. Er studierte Geographie, Ethnologie und Politikwissenschaft an der Goethe-Universität Frankfurt. Anschließend war er als Wirtschaftsförderer, Regionalentwickler und Wissenschaftsredakteur tätig. Zudem ist Siegl seit 2009 Gründungsmitglied des Open Urban Institute (OUI). Sein Forschungs- und Publikationsschwerpunkt liegt im Bereich angewandter Stadtforschung und Kulturarbeit.



Dr. Frank Simon, geboren 1961, ist Gründer und Inhaber des Instituts für Nachhaltigkeitsmanagement, Geschäftsführer der ZfW Compliance Monitor GmbH und Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Deutschen Netzwerks Wirtschaftsethik. Nach der Ausbildung zum Industriekaufmann studierte Simon Betriebswirtschaftslehre in Hagen und Münster, anschließend folgte die Promotion. Seine Schwerpunkte liegen in Fragen der nachhaltigen Ausrichtung und des Wertemanagements von Unternehmen und gemeinnützigen Organisationen.



Prof. Dr. Ralph Stengler ist seit 2010 Präsident der Hochschule Darmstadt. Er forscht und lehrt am Fachbereich Maschinenbau und Kunststofftechnik der Hochschule Darmstadt. Stengler studierte Physik an den Universitäten Bonn und Mainz und promovierte in Mainz. Er ist umfassend aktiv im Qualitätsmanagement, unter anderem als Auditor der European Organization of Quality und als Beauftragter im Beirat für Lehre an Hochschulen der Deutschen Gesellschaft für Qualität.



Volker Stollorz, geboren 1964, ist Redaktionsleiter des Science Media Center Germany Köln. Er studierte Biologie und Philosophie in Köln und Amsterdam. Als freier Wissenschaftsjournalist war er für Tages- und Wochenzeitungen, überregionale Magazine und das WDR-Fernsehen tätig. Darüber hinaus war er einige Jahre Vorstandsmitglied des Wissenschaftsjournalistenverbandes Wissenschafts-Pressekonferenz und engagiert sich im Bereich Datenjournalismus. Für seine Veröffentlichungen hat er zahlreiche Preise erhalten, unter anderem den Georg von Holtzbrinck Preis für Wissenschaftsjournalismus.



Aaron Szczerba, geboren 1987, ist ehemaliger Praktikant der Schader-Stiftung. Er studiert Soziologie an der Technischen Universität Darmstadt mit den Schwerpunkten Bildung, Macht und Geschlechterverhältnisse.



Dr. Georgios Terizakis, geboren 1975, ist Teilprojektleiter des Qualitätspakt Lehre-Projekts „Kompetenzentwicklung durch interdisziplinäre Vernetzung von Anfang an (KIVA): Entwicklung Interdisziplinarität“ an der Technischen Universität Darmstadt. Er studierte Politikwissenschaft, Neuere Geschichte und Philosophie in Darmstadt, Frankfurt am Main und an der Panteion Universität Athen. Terizakis war Projektkoordinator bei der Landeshauptstadt Hannover und der Metropolregion Hannover, Braunschweig, Göttingen. Er ist Mitglied der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft.



Dr. Wolfgang Thiel, geboren 1972, ist Fachbereichsleiter Sozial-, Wirtschafts- und Geisteswissenschaften sowie Sicherheitsforschung bei der Bayerischen Forschungsallianz in München, die Wissenschaftler bei der Beteiligung an EU-Programmen unterstützt. Er studierte Altertumswissenschaften in München, Göttingen und Köln und promovierte 2002 als Stipendiat eines Graduiertenkollegs an der Universität zu Köln. Danach war Thiel mit dem Aufbau des Lehr- und Forschungszentrums für die antiken Kulturen des Mittelmeerraumes (ZaKMIRa) an der Universität zu Köln betraut.



Prof. Dr. Peter F. Titzmann, geboren 1973, ist Professor für Psychologie an der Pädagogischen Hochschule Weingarten. Er studierte an der Universität Greifswald Psychologie und promovierte, neben seiner Tätigkeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter, an der Universität Jena. Nach seiner Habilitation war er Assistenzprofessor für Lebenslauf- und Kompetenzentwicklung im Kindes- und Jugendalter an der Universität Zürich. Titzmann ist Mitglied mehrerer Fachgesellschaften, so der Deutschen Gesellschaft für Psychologie und der European Association for Developmental Psychology.



Prof. Dr. Dr. h.c. Klaus Töpfer, geboren 1938, war von 2009 bis 2015 Exekutivdirektor des Institute for Advanced Sustainability Studies, Potsdam. Er studierte Volkswirtschaftslehre in Mainz, Frankfurt am Main und Münster. 1968 promovierte er an der Universität Münster. 1987 wurde Töpfer zum Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit ernannt. Von 1994 bis 1998 war er Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau. Er war bis 2006 Exekutivdirektor des Umweltprogramms der Vereinten Nationen und Generaldirektor des Büros der Vereinten Nationen in Nairobi.



Dr. Bernd Villhauer, geboren 1966, ist seit 2015 Geschäftsführer des Weltethos-Instituts an der Universität Tübingen. Nach einer Lehre zum Industriekaufmann studierte er Philosophie, Altertumswissenschaft und Kunstgeschichte an den Universitäten Freiburg, Jena und Hull, UK. Er war für verschiedene Unternehmen im Verlag- und Medienbereich tätig und Lehrbeauftragter an den Universitäten Karlsruhe, Jena, Darmstadt und Tübingen. Villhauer ist Mitbegründer des Instituts für Praxis der Philosophie e.V. Seine derzeitigen Arbeitsschwerpunkte liegen im Bereich der Geldtheorie und Finanzethik.



Johanna Volk, geboren 1989, ist ehemalige Praktikantin der Schader Stiftung. Sie studiert an der Zeppelin Universität Friedrichshafen den Masterstudiengang Communication and Cultural Management und schreibt aktuell an ihrer Master-Thesis zum Thema „Geschlechterverhältnisse im Alter“. Ihr Bachelorstudium absolvierte sie an der Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin im Fach Museumskunde.



Dr. Monika Wächter, geboren 1956, ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Geistes- und Sozialwissenschaften beim Projektträger im Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt e.V. (DLR-PT). Sie absolvierte ein Biologiestudium an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg und promovierte 2003 an der Technischen Universität Berlin. Sie verfügt über langjährige Erfahrung im Projekt- und Wissenschaftsmanagement in der Umwelt- und Nachhaltigkeitsforschung, der Wissenschaftsforschung sowie der Forschung zu großen gesellschaftlichen Herausforderungen.



Stefan Wallaschek, geboren 1987, ist Doktorand an der Bremen International Graduate School of Social Sciences (BIGSSS) der Universität Bremen und beschäftigt sich in seiner Dissertation mit Solidarität in Europa in Zeiten der Krise(n). Er studierte Politikwissenschaft, Ethnologie und Sozialwissenschaft in Halle (Saale), Bremen und Amsterdam. Von 2012 bis 2015 war er im Vorstand der Deutschen Nachwuchsgesellschaft für Politik- und Sozialwissenschaft (DNGPS), dabei amtierte er von 2014 bis 2015 als dessen Vorsitzender. Danach wurde er in den Beirat der DNGPS gewählt.



Prof. Dr. Ismeni Walter, geboren 1967, ist seit 2014 Professorin im Studiengang Ressortjournalismus an der Hochschule für angewandte Wissenschaften Ansbach. Walter studierte Biologie an der Technischen Universität München. Nach einem Forschungsjahr an der Harvard Medical School promovierte sie auf dem Gebiet der marinen Ökotoxikologie an der Universität Hamburg. Sie arbeitet als freie Journalistin für Wissenschaft und Umwelt mit Schwerpunkt audiovisuelle Medien/TV in Köln, vorwiegend für die Programmgruppe Wissenschaft des WDR.



Prof. Julian Wékel, geboren 1951, ist seit 2001 Professor für Entwerfen und Stadtplanung an der Technischen Universität Darmstadt. Er studierte Architektur und Städtebau in Wien und Berlin und war von 1979 bis 2001 Stadtplaner in leitender Funktion in Hamburg, Frankfurt und Berlin. Wékel ist Mitglied des Kuratoriums Nationale Stadtentwicklungspolitik, Wissenschaftlicher Sekretär der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung und lehrte unter anderem in Paris, Saigon und Berkeley. Er war Kurator der Schader-Stiftung und wurde 2014 in den Kleinen Konvent der Stiftung gewählt.



Peter Werner, geboren 1953, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut Wohnen und Umwelt in Darmstadt. Er absolvierte ein Studium der Biologie an der Freien Universität Berlin. Von 1981 bis 1983 war Peter Werner als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Freien Universität Berlin in dem Forschungsprojekt „Untersuchungen zur ökologischen Bedeutung von industriellen Brach- und Restflächen Berlin“ tätig. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Stadtökologie und nachhaltige Stadtentwicklung.



Prof. Dr. Petra Werner, geboren 1966, ist Professorin für Journalistik und Geschäftsführende Direktorin des Instituts für Informationswissenschaft an der Technischen Hochschule Köln. Sie studierte Journalistik und Sozialwissenschaften, war als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Journalistik der Universität Dortmund tätig und promovierte dort. Parallel war sie Projektleiterin sowie Redakteurin beim media consulting team Dortmund. Von 2001 bis 2003 war sie als Professorin für Print- und Online-Journalismus an der Fachhochschule Hannover tätig.



Dr. Christina West ist wissenschaftliche Koordinatorin und Geschäftsführerin des Reallabors „Urban Office - Nachhaltige Stadtentwicklung in der Wissensgesellschaft“ an der Universität Heidelberg. Sie studierte Geographie und Deutsche Philologie in Mannheim, wo sie 2008 zur Stadtentwicklung in Barcelona promovierte und Senior Researcher am Lehrstuhl für Wirtschaftsgeographie war. Sie vertrat die Professur für Geographiedidaktik, Universität Koblenz-Landau und war 2014 Visiting Scholar und Co-ordinator im Programm „Urban Innovations“ beim EU Academic Programme in Hong Kong.



Michael Wihlenda, geboren 1981, ist Initiator der World Citizen School und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Weltethos-Institut der Universität Tübingen. Er studierte Volkswirtschaftslehre an der Universität Regensburg, der Freien Universität Berlin und der Universität Örebro, Schweden. Anschließend war er an der Steinbeis-Hochschule Berlin tätig. In seiner Dissertation beschäftigt er sich mit dem freiwilligen Bildungsentagement studentischer Initiativen, die als zivilgesellschaftliche Akteure an Hochschulen Rollenmodelle für selbstbestimmtes und entdeckendes Lernen darstellen.



Hanna Wilbrand, geboren 1990, studiert Geographie und Wirtschaftswissenschaften an den Universitäten Heidelberg und Stockholm. Ihre Studienschwerpunkte umfassen Fragestellungen rund um den Ausbau zukunftsfähiger Energie- und Mobilitätskonzepte ebenso wie wirtschaftsgeographische Theoriediskussionen. Darüber hinaus ist Hanna Wilbrand als wissenschaftliche Hilfskraft für die Economic Geography Group der Universität Heidelberg sowie für das Umweltkompetenzzentrum Rhein-Neckar e.V. unterstützend tätig.



Dr. Harald Wilkoszewski, geboren 1976, ist Leiter des Informationszentrums und des Brüsseler Büros von Population Europe. Zuvor war er Analyst am Centre for Educational Research and Innovation im Direktorat für Bildung der OECD und Research Fellow am Max-Planck-Institut für demografische Forschung. Wilkoszewski studierte Politikwissenschaft, Europäisches Recht und Religionswissenschaft in München. Seine Promotion in Social Policy erfolgte an der London School of Economics and Political Science. Von 2008 bis 2010 war er Fellow der Stiftung neue Verantwortung in Berlin.



Prof. Dr. Dr. h.c. Klaus Willimczik, geboren 1940, ist Gastprofessor für Sportwissenschaften an der Technischen Universität Darmstadt. Er studierte Philosophie, Geschichte, Geographie und Leibeserziehung. Von 1971 bis 1980 war er Professor für Sportwissenschaft an der Technischen Hochschule Darmstadt, bis 2005 Professor für Sportwissenschaft an der Universität Bielefeld. Er war mehrfacher deutscher Meister über 110 Meter Hürden und von 1979 bis 1985 Präsident der Deutschen Vereinigung für Sportwissenschaften. Seine Schwerpunkte sind Wissenschaftstheorie und Forschungsmethodik.



Thorsten Witt, geboren 1980, ist als Projektleiter bei Wissenschaft im Dialog unter anderem für die Citizen Science-Webplattform Bürger schaffen Wissen und die Wissenschafts-Crowdfunding-Plattform Sciencestarter zuständig. Witt studierte Politikwissenschaft und Soziologie in Erlangen, Berlin und Falun, Schweden. Der Fokus seiner Arbeit liegt auf der Entwicklung neuer interaktiver Kommunikationsprojekte, mit dem Ziel, den Wissenschaftsprozess zu öffnen.



Karin Wolff MdL, geboren 1959, ist Staatsministerin a.D. und Mitglied des Hessischen Landtages. Sie studierte Geschichte und Theologie an den Universitäten Mainz und Marburg. Von 1999 bis 2008 war sie Hessische Kultusministerin. Wolff amtierte als stellvertretende Ministerpräsidentin und stellvertretende Landesvorsitzende der CDU und war Stadtverordnete in Darmstadt. Sie ist Kuratoriumsvorsitzende der Ehrenamtsakademie der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau und gehört dem Kuratorium der Evangelischen Hochschule Darmstadt sowie seit 2014 dem Stiftungsrat der Schader-Stiftung an.



Dr. Marie-Luise Wolff-Hertwig, geboren 1958, ist seit 2013 Vorstandsvorsitzende der ENTEGA AG in Darmstadt. Sie studierte Anglistik und Musikwissenschaft in Deutschland, England und den USA. Nach Stationen als Leiterin des Marketing-Ressorts von SONY Deutschland sowie der Unternehmenskommunikation der VEBA AG hatte sie verschiedene Leitungsfunktionen im E.ON-Konzern inne. Von 2009 bis 2013 war sie Vorstand der Mainova AG. Wolff-Hertwig ist unter anderem stellvertretende Vorsitzende des Präsidiums des House of Energy e.V. und gehört dem Stiftungsrat der Schader-Stiftung an.



Felix W. Wurm, geboren 1964, ist Diplom Sozialwissenschaftler und seit 1994 Geschäftsführer der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft. Er studierte Politikwissenschaft, Philosophie und Geschichte an der Universität Duisburg sowie Public Affairs an der Indiana University of Pennsylvania, USA. Von 2007 bis 2013 war er Generalsekretär der European Confederation of Political Science Associations. Wurm ist seit 2011 Mitglied im Rat der Stadt Osnabrück.



Peter Zoche, geboren 1951, koordiniert die Sicherheitsforschung und Technikfolgenabschätzung am Fraunhofer-Institut für System- und Innovationsforschung ISI, Karlsruhe. Zoche studierte Soziologie und Psychologie an der Universität Freiburg. Am ISI leitete er die interdisziplinäre Forschungsabteilung auf dem Gebiet moderner Informations- und Kommunikationssysteme, die Geschäftsstelle des ISI im Büro für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag und gehörte dem internen Führungskreis der Institutsleitung an.



Brigitte Zypries MdB, geboren 1953, ist Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Wirtschaft und Energie. Von 1991 bis 1997 war sie in der Niedersächsischen Staatskanzlei tätig. Anschließend war sie beamtete Staatssekretärin, zunächst im Niedersächsischen Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales, von 1998 bis 2002 im Bundesministerium des Inneren. Zypries war von 2002 bis 2009 Bundesministerin der Justiz. Seit 2005 ist sie direkt gewählte Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Darmstadt. Seit 2014 ist Zypries Mitglied im Stiftungsrat der Schader-Stiftung.

7

Wahl zum Kleinen Konvent



Die Mitglieder des Großen Konvents wählen jeweils bei ihrer Jahrestagung im November aus den Reihen der Gesellschaftswissenschaftlerinnen und Gesellschaftswissenschaftler einen Kleinen Konvent, der als zentrales Beratungs- und Begutachtungsgremium die Aufgabe hat, mit dem Vorstand gemeinsam die kommende Konventstagung vorzubereiten, Förderanträge zu begutachten und die Stiftung in wissenschaftlichen Fragen zu beraten.

Der Kleine Konvent besteht aus sechs Personen und hat die Möglichkeit, ein weiteres Mitglied als Vertretung des akademischen Nachwuchses zu kooptieren.

Am 14. November 2014 wurden mit Wirkung bis zum Großen Konvent 2016 gewählt:

- Prof. Dr. Ursula Münch (Politikwissenschaft; Akademie für Politische Bildung Tutzing und Universität der Bundeswehr, München)
- Prof. Dr. Stefan Selke (Soziologie; Hochschule Furtwangen)
- Prof.-Ing. Julian Wékel (Architektur/Stadtplanung; Technische Universität Darmstadt)

Die Wahl zum Kleinen Konvent unterliegt folgenden Grundregeln:

- Wählbar sind Gesellschaftswissenschaftlerinnen und Gesellschaftswissenschaftler im Verständnis von § 2 (2) der Satzung der Schader-Stiftung.
- Es muss mindestens je ein Mitglied des Kleinen Konvents dem Bereich der Soziologie, der Politikwissenschaft sowie der Publizistik- und Kommunikationswissenschaft angehören.
- Es dürfen nicht gleichzeitig mehrere Mitglieder des Kleinen Konvents einer Hochschule oder einem Institut angehören.
- Gewählt werden immer drei Mitglieder auf jeweils zwei Jahre, so dass ein jährlicher Wahlprozess entsteht.
- Das passive Wahlrecht ist nicht an die Präsenz bei der Tagung des Großen Konvents gebunden.
- Das aktive Wahlrecht kann nur persönlich während der Tagung des Großen Konvents wahrgenommen werden.

- Eine direkte Wiederwahl ist einmalig möglich. Nach dem Ausscheiden aus dem Kleinen Konvent ist eine spätere Wiederwahl ebenfalls möglich. Dabei gelten die Erstberufungen in diesem Sinne nicht als Wahl.
- Die Wahlliste wird von Vorstand und amtierendem Kleinen Konvent aufgestellt.
- Weitere Nennungen sind von den Mitgliedern der Gremien und Organe der Stiftung möglich.
- Der Kleine Konvent soll ein jüngeres Mitglied aus dem Bereich der Gesellschaftswissenschaften kooptieren. Für dieses stimmberechtigte Mitglied gilt eine Berufungszeit von zwei Jahren.

Die Wahl zum Kleinen Konvent wurde ordnungsgemäß während der Jahrestagung des Großen Konvents am 20. November 2015 vollzogen. Die Kandidierenden hatten Gelegenheit, sich persönlich vorzustellen. Die Wahlbeteiligung lag bei 83 %. Jedes Mitglied des Konvents hatte drei Stimmen. Dabei entfielen auf die Kandidierenden Stimmen in folgender prozentualer Verteilung:

Prof. Dr. Gabriele Abels (Politikwissenschaft; Eberhard Karls Universität Tübingen)	91 %
Prof. Dr. Klaus-Dieter Altmeyen (Kommunikationswissenschaft; Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt)	85 %
Prof. Dr. Stephan Lessenich (Soziologie; Ludwig-Maximilians-Universität München)	96 %

Prof. Dr. Gabriele Abels, geboren 1964, ist seit 2007 Professorin für politische Systeme Deutschlands und der EU sowie Europäische Integration an der Universität Tübingen. Abels studierte Politikwissenschaft, Soziologie und Englische Philologie an der Universität Marburg. Sie ist Mitherausgeberin der „femina politica – Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft“. Von 2012 bis 2015 war sie Vorsitzende der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft. Gabriele Abels ist seit 2014 Mitglied des Kleinen Konvents der Schader-Stiftung.

Prof. Dr. Klaus-Dieter Altmeyen, geboren 1956, ist Professor für Journalistik an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt. Er studierte Neuere Geschichte, Publizistik und Politikwissenschaft in Münster. Altmeyen war Gastprofessor am Institut für Kommunikationswissenschaft der Universität Salzburg und am Institut für Publizistikwissenschaft und Medienforschung der Universität Zürich. Von 2010 bis 2014 war Altmeyen Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft. Seit 2014 ist er Mitglied des Kleinen Konvents der Schader-Stiftung.

Prof. Dr. Stephan Lessenich, geboren 1965, ist seit 2014 Professor für Soziologie mit dem Schwerpunkt Soziale Entwicklungen und Strukturen an der Ludwig-Maximilians-Universität München. Von 2004 bis 2014 war er Professor für Soziologie an der Universität Jena. Lessenich studierte Politikwissenschaft, Soziologie und Geschichte an der Universität Marburg. 2015/2016 ist er Gastprofessor an der Universität St. Gallen, School of Humanities and Social Sciences. Lessenich ist Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Soziologie und seit 2014 Mitglied des Kleinen Konvents der Schader-Stiftung.

Seit Juli 2015 vertritt Wiebke Drews als kooptiertes Mitglied die nachfolgende Generation im Kleinen Konvent der Schader-Stiftung.

Wiebke Drews, geboren 1989, ist Ph.D.-Anwärterin am European University Institute, Department of Political and Social Sciences, in Florenz. Sie studierte Integrated Social Sciences an der Jacobs University Bremen und absolvierte 2013 den Erasmus Mundus Doppelabschluss Master of Arts Politics and Security, University College London, und Master of Arts Social Sciences, Universität Tartu. Von 2014 bis 2015 war sie wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität der Bundeswehr München. Seit 2015 ist Drews Mitglied des Kleinen Konvents der Schader-Stiftung.

„Mir ist es nicht nur in meiner Tätigkeit als Vorsitzende der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft (DVPW), sondern auch als Wissenschaftlerin sowie in meinem professionellen Selbstverständnis immer wichtig gewesen, Bezüge zwischen Wissenschaft und Praxis herzustellen. Über das Angebot, im Kleinen Konvent der Schader-Stiftung mitzuwirken, war ich daher sehr froh und glücklich. In meiner Zeit als Vorsitzende der DVPW bis zum Herbst 2015 habe ich versucht, für das Angebot der Schader-Stiftung, der Förderung des Dialogs zwischen Gesellschaftswissenschaften und Praxis, Werbung zu machen und gemeinsam mit der Stiftung themenbezogen das Verhältnis zwischen Wissenschaft und Praxis weiter auszuführen.“

Prof. Dr. Gabriele Abels

„Was, glaube ich, der Wert der Stiftung ist, an dem wir weiter arbeiten sollten: Wie vermittele ich das, was ich als Wissenschaftler erstelle, nicht nur an Kolleginnen und Kollegen – wo ich auf einem hohen Niveau argumentieren sollte – sondern wie vermittele ich es an die, die es betrifft, nämlich die Öffentlichkeiten.“

Prof. Dr. Klaus-Dieter Altmeyden

„Als Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (DGS) habe ich mir ‚Public Sociology‘ und die Öffnung von Sozialwissenschaften für unterschiedliche nichtwissenschaftliche Öffentlichkeiten programmatisch auf die Fahnen geschrieben. Ich selbst beschäftige mich viel mit Soziologie der Sozialpolitik und vor allem in den letzten Jahren mit Fragen von Wachstumsgesellschaften, Wachstumsdynamiken und auch der Frage, wie Wachstumszwecke in Subjekte gelangen und dort ausgelebt werden. Es gibt de facto enge Verknüpfungen zwischen einer professionspolitischen Programmatik der DGS und der Schader-Stiftung.“

Prof. Dr. Stephan Lessenich

„Als jüngeres Mitglied des Kleinen Konvents möchte ich gerne der Schader-Stiftung und dem Kleinen Konvent die Ansichten meiner und der kommenden akademischen Generation näher bringen. Ich glaube, dass ich durch meine Studien- und Arbeitserfahrung an diversen Universitäten im In- und Ausland viel Erfahrung gesammelt habe und dazu beitragen kann. Ich hoffe, dass ich mit meinem Interesse an Beteiligungsmechanismen der Schader-Stiftung mit Rat und Tat zur Seite stehen kann. So muss doch der Stiftungszweck, der Dialog zwischen Gesellschaftswissenschaft und Praxis, in passende Foren und Formate eingebettet werden.“

Wiebke Drews

Einmal jährlich führt ein Großer Konvent die Partnerinnen und Partner der Schader-Stiftung zusammen. Diesem Konvent gehören neben aktuellen Projektpartnern die Mitglieder der Organe, Gremien und Arbeitskreise der Stiftung an.

Unter dem Leitwort „Öffentliche Wissenschaft“ tagte am 20. November 2015 der dritte Große Konvent. Damit wurde ein zentrales Anliegen der Schader-Stiftung thematisiert und mit Vertreterinnen und Vertretern aus den Gesellschaftswissenschaften und aus der Praxis von Politik, Wirtschaft, Verwaltung und Gesellschaft, aus dem Wissenschaftsmanagement und der angewandten Wissenschaft, aus Verbänden und nichtstaatlichen Organisationen diskutiert. Die „Öffentliche Wissenschaft“ bildet eine inhaltliche Brücke vom Konventsthema 2014 „Nachhaltigkeit im Dialog“ hin zur Frage „Kulturelle Praktiken 4.0 – Verführung oder Selbstbestimmung?“, dem Konventsthema 2016.

Die vorliegende Dokumentation informiert über den Großen Konvent 2015, die Teilnehmenden und die Wahl zum Kleinen Konvent.

www.schader-stiftung.de/GrKo15

ISBN 978-3-932736-45-2